

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

1/2011



Weichen stellen

Landwirtschaft vor neuen Herausforderungen

Weichen stellen

Landwirtschaft vor neuen Herausforderungen

Inhalt

Editorial 2
Jürgen Maier

Schwerpunkt

**„Masse statt Klasse“ -
Fleischkonsum und seine Folgen** 3

Carolin Callenius

**Das Spiel mit dem Hunger - Preisvolatilität und
Spekulation an den Agrarmärkten** 5

Ute Straub

**Opfer oder Täter? - Die Landwirtschaft
in der Klimadebatte** 7

Florian Schöne

**Hungerbekämpfung als Business Case -
Unternehmen als zentrale Akteure
im Kampf gegen Hunger?** 9

Benjamin Luig

**Land Grabbing - Strukturelle Auswirkungen des
globalen Landraubs in den Blick nehmen** 11

Roman Herre

Chinas Landwirtschaft global 12

Uwe Hoering

**Umwelt: befriedigend; Entwicklung: mangelhaft -
Der Vorschlag der EU Kommission zur
Europäischen Agrarpolitik nach 2013** 14

Tobias Reichert

**Kampagne „Meine Landwirtschaft“
nimmt Fahrt auf** 15

Berit Thomsen

Erneuerbare Energien auf dem Prüfstand 16

László Maráz

**Schuldenfalle in der Landwirtschaft - Zur
Krise der Mikrofinanzierung in Indien** 20

Christa Wichterich

Aktuell

Bericht der Klima-Allianz 22
Katharina Reuter

**Auf halbem Weg - Reicht der EU ein Ziel von 30%
Treibhausgasreduktionen für 2020 oder sind 25%
schon zu viel?** 23

Dietrich v. Tengg-Kobligk

Rio + 20

Rio+20 - Die Vorbereitungen nehmen Fahrt auf ... 24

Jürgen Maier

**Die OECD ergrünt zum 50. Geburtstag - Ein
Workshopbericht zur neuen „Green Growth
Strategy“** 25

Kim Nguyen Van/ Anuschka Hilke

Themen & AGs

Internationales Jahr der Wälder 26

László Maráz

**IPBES - Die Schnittstelle zwischen Wissenschaft
und Politik wird eingerichtet** 28

Axel Paulsch

**Halb voll oder halb leer? - Die Rechte indigener
Völker im ABS-Protokoll gegen Biopiraterie** 29

Michael Frein, Hartmut Meyer

**Neuer multilateraler Klimafonds - Der Green Climate
Fund und seine Ausarbeitung in 2011** 30

Sven Harmeling

**Welthandel und Klimaschutz - Die Konflikte
werden zahlreicher** 32

Michael Frein, Tobias Reichert

**China überholt alle - Ausbau des
Hochgeschwindigkeitsverkehrs
ist ohnegleichen** 33

Christian Schwarzer/ Manfred Treber

**Gesellschaftlicher Fortschritt? - Der Weg in die
Zukunft geht nicht geradeaus** 35

Elisabeth Stiefel

Veranstaltungen / Termine 36
Publikationen / Filme



**Forum Umwelt
und Entwicklung**

Impressum:
Herausgeber:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzer Str. 65, 53173 Bonn
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Dieser Rundbrief wurde mit finanzieller Unterstützung von Brot für die Welt herausgegeben. Die redaktionelle und inhaltliche Verantwortung liegt beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Juni 2011.



Jürgen Maier

Liebe Leserinnen und Leser,

Man hat den Eindruck, Politik wird heute im wesentlichen von Skandalen und Katastrophen bestimmt. Der erste Skandal im Jahr 2011 war der Dioxin-Futtermittel-Skandal, wobei der Begriff »Skandal« wohl eher verharmlosend für geradezu systematische kriminelle Machenschaften und völlig überforderte behördliche Aufsicht steht.

Auch ohne den Futtermittelskandal steht das Grundgerüst europäischer Agrarpolitik, die mit dem Kürzel GAP abgekürzte Gemeinsame Agrarpolitik, in diesem Jahr zur Disposition. Die Reform der GAP wird für die Jahre ab 2013 gelten, aber ihre wesentlichen Entscheidungen fallen in diesem Jahr. Die Anforderungen an die künftige Landwirtschaft aus Sicht von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sind sehr weitgehend, und manchmal ähneln sie fast der Quadratur des Kreises. Natürlich soll Landwirtschaft gesunde und möglichst ökologisch erzeugte Lebensmittel liefern, in ausreichender Menge und zu angemessenen Preisen für Erzeuger wie auch für Verbraucher. Europas Landwirtschaft soll zwar keine Autarkie-Insel sein, aber in ihren Außenbeziehungen sollte sie ihre enormen Futtermittelimporte ebenso abbauen wie ihren wachsenden Trend zum Export sogenannter »Veredelungsprodukte« wie Milch und Fleisch. Europas Agrarmärkte sollen sich nicht gegenüber Entwicklungsländern abschotten, aber auch nicht immer mehr Biomasseexporte (in welcher Form auch immer) aus dem Süden aufnehmen, denn damit beansprucht Europa knappes Agrarland in anderen Teilen der Welt. Die europäische Landwirtschaft soll nicht immer weiter industrialisiert werden, das Leitbild des bäuerlichen Betriebs soll auch im Sinne neuer Perspektiven für den ländlichen Raum politisch gefördert werden. Gleichzeitig gehört zu den neuen Perspektiven aber auch die wachsenden Anforderungen an die Landwirtschaft aus dem Non-Food-Bereich, die auch in den Energiewende-Konzepten und den allmählich Konturen annehmenden Vorstellungen der NGOs von einer postfossilen »low carbon economy« eine wichtige Rolle spielen. Biogas als speicherbare erneuerbare Energie, Kurzumtriebsplantagen als Holzäcker – die Rahmenbedingungen für diese Dinge sind so umstritten, wie man es an der Schnittstelle so kontroverser Themen wie Agrarpolitik, Energiepolitik und Waldpolitik erwarten muss.

Ein zunehmend breiter werdendes Bündnis von Organisationen hat im Januar die Kampagne »Meine Landwirtschaft« gestartet. Sie will auf die anstehenden Entscheidungen zur Reform der EU-Agrarpolitik Einfluss nehmen. Über die engere EU-Agrarpolitik hinaus steht die Landwirtschaft vor weitreichenden Herausforderungen, die wir mit dem vorliegenden Rundbrief beleuchten wollen.

Erbauliche Lektüre wünscht

Jürgen Maier

„Masse statt Klasse“

Fleischkonsum und seine Folgen

Der weltweite Fleischkonsum nimmt weiterhin zu. Besonders in den Entwicklungs- und Schwellenländern ist ein starkes Wachstum zu verzeichnen. Für diesen hohen Fleischverbrauch braucht es große Mengen an Futtermitteln, die überwiegend in den Ländern des Südens produziert werden. Die Folgen könnten verheerender nicht sein: Zerstörung von Wäldern und Umwelt, Land- und Wasserknappheit und erhöhte Nahrungsmittelpreise. Die EU-Agrar- und Handelspolitik hat diese Entwicklung aktiv mit gefördert. Statt eine nachhaltige Tierproduktion zu fördern, hat sie auf „Masse statt Klasse“ gesetzt. Die GAP-Reform könnte hier jetzt umsteuern.

Seelenruhig fliegt die kleine Cessna einige hundert Meter über die weiten Flächen des Gran Chaco. Plötzlich erscheinen lodernde Flammen am Horizont, welche bei näherem Hinsehen bereits eine große verbrannte Mondlandschaft hinterlassen haben. In dem kleinen Flugzeug sitzen eine Mitarbeiterin von „Brot für die Welt“, ein Fotograf und die Koordinatorin der Partnerorganisation Asociana. Diese Nichtregierungsorganisation setzt sich für die traditionellen Rechte der Wichi-Indianer ein und kämpft mit ihnen gegen ihre Vertreibung. Ziel des Flugs ist es, den jüngsten Landraub zu dokumentieren.

Denn das illegale Brandrodung ist kaum zu stoppen. Der Gran Chaco ist einer der artenreichsten Lebensräume dieser Erde. Im Länderdreieck von Bolivien, Paraguay und Argentinien umspannt es ein Gebiet, das ungefähr fünf Mal so groß ist wie Deutschland. Um den Hunger der westlichen Industrieländer nach Fleisch und Diesel zu decken, sind auf den ehemaligen Waldflächen Monokulturen entstanden. Der größte Anteil dieser Fläche entfällt dabei auf Soja.

Der Sojaanbau in Argentinien ist ein neuzeitliches Phänomen. Vor dreißig Jahren beschränkte sich der Anbau noch auf rund zwei Millionen Hektar, während er im Jahr 2006/07 das achtfache: 16 Millionen Hektar betrug. Das ist die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Argentiniens¹. Ein Großteil des Sojas wird nach Europa exportiert. Ungefähr zwei Drittel des in Deutschland verbrauchten Sojas kommt aus Argentinien und Brasilien².

Futtermittelanbau zerstört Regenwälder

Dass unsere Kühe heute am argentinischen „La Plata“ weiden und der Sojaanbau wertvolle Ökogegebiete zerstört, steht in jedem Schulbuch. Dem Weltklimarat zufolge ist bereits ein Fünftel des Amazonasregenwaldes zerstört, überwiegend aufgrund der Tierhaltung. Das Muster des Raubbaus ist meist dasselbe: zuerst wird das wertvolle Holz geplündert, dann werden Weiden für die Rinderhaltung angelegt, oder es lassen sich Kleinbauernfamilien nieder. Anschließend wird auf den abgeholzten Flächen und auf dem Weideland Soja angebaut. Der Gewinnung von neuem Weideland folgt oft die Abholzung in anderen Gebieten.

Nicht selten hat der fortschreitende industrielle Ackerbau Landverteilungskonflikte zwischen großen Plantagenbetreibern, nicht selten große Multinationale Konzerne, und der ländlichen und indigenen Bevölkerung zur Folge. Im Jahr 2007 wurden nach Schätzungen durch die Ausbreitung der Sojaproduktion in Brasilien 300.000 Menschen in Rio Grande do Sul sowie 2,5 Millionen in Paraná von ihrem Land vertrieben. In Argentinien verloren etwa 150.000 Familien ihren Lebensraum, in Paraguay 90.000 Familien³. Der Zugang zu Land ist existenziell für die ländliche Bevölkerung und Grundlage ihrer Ernährungssicherung. In keinem Fall darf ein Volk seiner Existenzmittel beraubt werden, so ist das Menschenrecht im UN-Menschenrechtsabkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte festgehalten.



Foto: Florian Kopp/ Brot für die Welt

Der Zugang zu Land ist existenziell für die ländliche Bevölkerung und Grundlage ihrer Ernährungssicherung.

Import von Lebensgrundlagen nach Europa

De facto aber importiert Europa mit den Futtermitteln eine große Menge dieser Existenzgrundlage. Virtuelles Land zum Beispiel. Das ist Land, das benötigt wird, um die Produkte anzubauen, die die EU importiert. Insgesamt ist die EU Nettoimporteur von fast 35 Millionen Hektar – ein Großteil davon geht auf die Rechnung der Futtermittel⁴. Mit der Tierhaltung und der Fleischerzeugung verbrauchen wir aber auch eine große Menge Wasser. Ein Kilogramm Rindfleisch braucht in der Erzeugung 16.000 Liter Wasser. Auf das Konto der Tierhaltung gehen über acht Prozent des globalen menschlichen Wasserverbrauchs, vor allem für die Bewässerung von Flächen für den Futtermittelanbau. Die Tierhaltung ist gleichzeitig auch einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung: mit einem erheblichen Beitrag zur Eutrophierung (Überdüngung), zu „toten“ Zonen in Küstengebieten und zur Zerstörung von Korallenriffen. Das sind Kosten, die sich nicht in den Marktpreisen widerspiegeln, sondern für die Allgemeinheit anfallen, oder der nächsten Generation aufgebürdet werden.

Fleischkonsum wächst weltweit

Die Probleme wachsen in dem Ausmaß, wie auch der Fleischkonsum wächst. Der weltweite Verbrauch von Fleisch ist von 1961 bis heute von 71 Mio. auf 284 Mio. Tonnen gestiegen.

Bis 2050 soll er sich nochmals verdoppeln. Zwar stagniert in den Industriestaaten der Fleischkonsum. Doch das Niveau ist hoch. In Deutschland liegt der jährliche Pro-Kopf-Verzehr bei 88,5 Kilogramm Fleisch. Einen starken Zuwachs gibt es hingegen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Dabei hatte sich der Konsum in den Schwellenländern bereits zwischen 1980 und 2002 von 14 kg auf 28 kg/Person und Jahr verdoppelt. Eine wachsende Mittelschicht kann sich den Fleischkonsum leisten, der für sie zum guten Leben dazugehört.

Teller oder Trog?

Wenn eine kaufkräftige Mittelschicht immer mehr Produkte wie Fleisch verzehren will, müssen die Ärmsten den Gürtel noch enger schnallen. Denn die tierische Veredlung findet unter großen Energieverlusten statt. Die Umwandlungsrate von pflanzlichen in tierische Kalorien pro Kilogramm schwankt zwischen 2:1 bei Geflügel, 4:1 bei Schweinen und 7:1 bei Rindern. Dies ist insbesondere dann kritisch, wenn es sich nicht um Grünland handelt, sondern um Getreide und Hülsenfrüchte, die auch der menschlichen Ernährung dienen könnten.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen stellte fest, dass, wenn wir den Fleischkonsum in den reichen Ländern reduzieren und ihn weltweit bis 2050 auf einem Pro-Kopf-Verbrauch auf dem Niveau von 2000 festschreiben – also auf jährliche 37,4 kg/Kopf – dann könnten ungefähr 400 Millionen Tonnen Getreide für die menschliche Ernährung freigesetzt werden. Das ist genug, um zusätzlich 1,2 Milliarden Menschen mit ausreichend Kalorien zu versorgen.⁵

Die steigende Nachfrage nach höherwertigen Nahrungsmitteln führt nicht nur zu steigenden Preisen für Fleisch- und Milchprodukte, sondern lässt ebenfalls die Preise für Futtermittel und Getreide steigen⁶. So sind im Januar 2011 die Nahrungsmittelpreise auf einem Höchststand wie 2008⁷. Eine Reihe von Faktoren ist dafür verantwortlich, darunter zunehmend auch die Konkurrenz um Landnutzung für den Anbau von Futtermitteln oder Agrartreibstoffen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre erwarten OECD und FAO einen Anstieg der Preise für Getreide zwischen 15 und 40 Prozent

und für Pflanzenöl um mehr als 40 Prozent gegenüber dem durchschnittlichen Preisniveau, das zwischen 1997 und 2006 erreicht wurde⁸.

Dies bedeutet eine weitere Verknappung der Nahrungsmittelverfügbarkeit, unter der besonders die Ärmsten stark leiden. Während in den nördlichen Industrieländern nur 10-15 Prozent des Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben werden, und steigende Futtermittelpreise kaum auf den Fleischkonsum durchschlagen, ist bei den Ärmsten, die 50-80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, direkt die Ernährungssicherheit in Gefahr.

Für eine Politik der Nachhaltigkeit

Bisher hat die EU Agrarpolitik die tierhaltende Agrarindustrie unterstützt, statt nachhaltige Wege zu beschreiten. Damit hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft hin zu immer größeren Höfen fortgesetzt. Während bäuerliche Tierhalter mit kleinen Beständen nur geringe Fördermittel erhalten und dem Wettbewerbsdruck immer weniger gewachsen sind, wurden die Großbetriebe, die ihre Bestände weiter ausdehnten und die Effizienz von Haltung und Fütterung ausbauten, gefördert. So geht das Gros der EU-Agrarmittel an Großbetriebe wie beispielsweise satte drei Millionen Euro an Deutschlands größten Rinderzüchter Osterhuber Agrar, oder an Doux, den größten Produzenten und Verarbeiter von Geflügelfleisch in Europa. Billig zu produzieren war auch sehr im Interesse der Exportorientierung der EU-Agrarhandelspolitik.

Die Tierhaltung in Europa (besonders die Schweine- und Geflügelproduktion) stützt sich auf die proteinreichen Futtermittelimporte. Nur 35 Prozent der eiweißreichen Futtermittel stammen aus Europa selbst, der Rest wird importiert. Grund dafür ist, dass diese Importe weitgehend zollfrei eingeführt werden dürfen, so festgelegt im GATT- und Blair-House-Abkommen⁹. Dieser Wettbewerbsnachteil muss korrigiert und die bisherige Eigenerzeugung von europäischem Eiweißfuttermitteln, wie z.B. Ackerbohnen, Ackererbsen oder Lupinen gefördert werden. Verschiedene Instrumente könnten hier dienlich sein, vom Außenschutz, der gezielten Förderung

des Eiweißpflanzenanbaus bis hin zur Forschung.

Im weiteren Kontext hat die Europäische Union mit der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik die Chance, die Weichen auf mehr Nachhaltigkeit umzustellen. Eine Fruchtfolge mit einem höheren Leguminosenanteil ist hier ebenso von Bedeutung wie die Anpassung der Tierhaltung an die lokalen Gegebenheiten. Es braucht eine konsequente Bindung der Tierhaltung an die Fläche, sowie Bestandsobergrenzen. Die Rahmenbedingungen dafür müssen so gestaltet werden, dass soziale und ökologische Leistungen der Tierhaltung gefördert werden, und eine weitere Intensivierung verhindert wird.

Weniger – anders – besser

Billigfleisch wird auf Kosten der Umwelt und der Ernährungssicherung von Menschen in Entwicklungsländern produziert. Immer mehr Verbraucher und Verbraucherinnen wissen das, und der Anteil jener, die grundsätzlich ethisch verantwortlich konsumieren wollen, wächst. Beim Fleischkonsum heißt das zunächst, den eigenen Verbrauch zu reduzieren. Die Einführung eines oder mehrerer fleischfreier Tage pro Woche ist auch besser für die Gesundheit. Wer weniger Fleisch isst, kann sich dann ein besseres – meist teureres – Stück Fleisch aus artgerechter Tierhaltung leisten. Dabei wird mit hohem Grundfutteranteil und einheimischen Futtermitteln gemästet, und die Produkte schmecken auch meist besser.



Carolin Callenius

Die Autorin ist bei Brot für die Welt in der Abteilung Politik und Kampagnen zuständig für die Kampagne für Ernährungssicherheit "niemand isst für sich allein".

- 1 Proplanta (2008): Knappes Sojaschrot bleibt teuer
- 2 Schuler C. (2007): Für Fleisch nicht die Bohne! Futtermittel Agrotreibstoff – Flächenkonkurrenz im Doppelpack. Studie zum Sojaanbau für die Erzeugung von Fleisch und Milch und für den Agrokraftstoffeinatz in Deutschland 2007. Erstellt im Auftrag des BUND
- 3 Grain (2009): Twelve years of GM soya in Argentina a disaster for people and the environment
- 4 Sören Steger (2005): Der Flächenrucksack des europäischen Außenhandels mit Agrarprodukten, Wuppertal Institut
- 5 UNEP Hg. (2009) The environmental food crisis: the environment's role in averting future
- 6 FAO (2006): Livestock's long shadow. Environmental issues and options.
- 7 FAO (2011): FAO Food Price Index.
- 8 OECD-FAO (2010): Agricultural Outlook 2010-2019
- 9 APRODEV (2010): CAP Lobby brief Nr. 4 EU imports of soy for animal feed

Das Spiel mit dem Hunger

Preisvolatilität und Spekulation an den Agrarmärkten

Das Thema „Preisvolatilität auf den Agrarrohstoffmärkten“ ist spätestens seit der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 zurück auf der internationalen Agenda. Auch in den vergangenen Monaten sind einige Nahrungsmittelpreise stark gestiegen. Im Februar 2011 erreichte der Preisindex für Nahrungsmittel der FAO ein noch nie dagewesenes Rekordniveau. Die extremen Preisausschläge sind nach Ansicht vieler Beobachter durch Fundamentaldaten nur noch unzureichend zu erklären. Die Rolle der Spekulationen mit Agrarrohstoffen rückt zunehmend ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Das Jahr 2011 begann mit furiosen Preisschwankungen und Preisspitzen auf internationalen Agrarmärkten. Zwischen Dezember 2010 und Januar 2011 explodierten die Nahrungsmittelpreise förmlich und erreichten wieder das Niveau der Krisenjahre 2007/2008. Vor allem die Weltmarktpreise für Weizen (75%), pflanzliche Öle und Fette (56%) sowie Zucker (73%) stiegen in den vergangenen acht Monaten drastisch¹. Der FAO (Food and Agricultural Organization – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) Index für Nahrungsmittel stieg im Februar 2011 den achten Monat in Folge und erreichte mit 236 Indexpunkten ein neues Allzeithoch.

Die Auswirkungen der Preisausschläge sind unterschiedlich spürbar. In den wohlhabenden Industrienationen fallen solche Preisschwankungen kaum ins Gewicht, weil hier nur ein geringerer Teil des verfügbaren Einkommens für Lebensmittel ausgegeben wird. Doch für Länder, die zu großen Teilen von Nahrungsmittelimporten abhängig sind und die nur geringen finanziellen Spielraum besitzen, haben diese Steigerungen folgenreiche Auswirkungen. In vielen dieser Länder führten die hohen Weltmarktpreise für Weizen auch zu einer signifikanten Erhöhung der lokalen Weizenpreise. Höhere Mais-, Zucker- und Ölpreise trugen zu höheren Kosten für zahlreiche Lebensmittel bei, auch wenn in Subsahara-Afrika durch gute Ernten die lokalen Maispreise zu großen Teilen stabil blieben. Für die bereits verletzlichsten Bevölkerungsteile, die oft 60-80 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, sind jedoch selbst kleine Preisschwankungen katastrophal. Die fehlende Möglichkeit, die Ernährung zu diversifizieren und teurer werdende Produkte durch andere zu

ersetzen, verschlimmert das Problem. Seit Juni 2010 wurden der Weltbank zufolge weltweit zusätzlich 44 Millionen Menschen durch die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel in extreme Armut und Hunger getrieben.²

Die vielfältigen Gründe für Preisvolatilität

Erklärungsansätze und Gründe für steigende und volatile Preise an den Agrarmärkten gibt es viele. So haben an den physischen Märkten wie auch den Warenterminmärkten in den vergangenen Jahren weitreichende Veränderungen stattgefunden. Auch viele politische Rahmenbedingungen haben sich geändert.

An den physischen Märkten verschob sich in den letzten Jahren das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Durch steigende Einkommen und sich dadurch verändernde Konsumgewohnheiten, steigende Bevölkerungszahlen, höhere Energiepreise und die subventionierte Produktion von Biokraftstoffen ist die Nachfrage nach Agrarprodukten gestiegen. Gleichzeitig ist das Angebot durch Ernteauffälle aufgrund zunehmender Wetterextreme angespannter, wie zum Beispiel die verheerenden Waldbrände im Sommer 2010 in Russland und die anhaltende Dürre in China. Produktivität und Produktionswachstum leiden durch eine Verknappung von Land und Wasser, sowie Unterinvestitionen in die ländliche Infrastruktur und Agrarwissenschaften.

Da Märkte zunehmend in die Weltwirtschaft integriert sind, können sich Schocks in der internationalen Arena schneller auf heimische Märkte übertragen. Auch makroökonomische Faktoren, wie zum Beispiel die aktuelle expansive Geldpolitik vieler Regierungen führen zu einer hohen Liquidität an den Märkten und treiben die Inflation und Preisspirale an.

Doch all diese veränderten Fundamentaldaten allein erklären das Ausmaß der Preisschwankungen und Steigerungen nur unzureichend. So kommt eine gemeinsame Studie von Wissenschaftlern der Weltbank und der EU Kommission zu dem Schluss, dass während der Nahrungsmittelpreiskrise 2008 Aktivitäten von Indexfonds eine Schlüsselrolle gespielt haben während Nachfragesteigerungen durch Biokraftstoffe überschätzt wurden.³

Finanzialisierung der Agrarmärkte

Denn auch an den Warenterminmärkten waren in den letzten Jahren folgenreiche Veränderungen zu beobachten? eine wachsende Verflechtung mit den Finanzmärkten, die Zunahme des Handels mit neuen Finanzinstrumenten, wie Derivaten und weitreichende Deregulierungen.

Die UNCTAD bestätigte in ihrem Trade and Development Report 2009, dass "die Finanzialisierung des Rohstoffhandels zu erhöhten Preisschwankungen geführt hat, die nicht direkt mit den Marktgrundlagen von Angebot und Nachfrage zusammen hängen."^[4] Mit anderen Worten, wird der Markt vermehrt von Akteuren dominiert die nicht an dem eigentlichen Handel der Rohstoffe und dem Absichern ihrer eigenen Preisrisiken (Hedging) interessiert sind, sondern lediglich nach erhöhten Renditen für Finanzinvestitionen suchen, wie zum Beispiel Rohstoff-Indexfonds.

Die Rolle der Index-Fonds

Mit der Einführung von sogenannten Rohstoff-Indexfonds ist die Anzahl von Derivaten und Terminverträgen zwischen 2002 und 2008 um mehr als fünfhundert Prozent gestiegen. Indexfonds wetten meist „langfristig“ auf steigende Preise, und sie halten ihre Investments über einen längeren Zeitraum als ein typischer kommerzieller Händler dies aus Preissicherungsgründen tut. In der Tendenz werden damit die Preise nach oben getrieben, was wiederum mehr Spekulationskapital anzieht und die Volatilität verstärkt. ^[5] Die an sich wichtige Marktfunktion dieser Finanzierungsinstrumente, die sowohl Käufern als auch Verkäufern ermöglicht, sich vor Preisschwankungen in der Zukunft zu versichern, wird dadurch unterminiert.

Darüber hinaus werden bis zu 80% Prozent der Transaktionen über sogenannte over the counter derivatives (OTC-Derivate) abgewickelt. Das sind Derivate die nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Händlern „über den Schalter“ gehandelt werden. Ein Großteil des Handels wird somit nicht erfasst und bleibt unreguliert und intransparent.

In der Wissenschaft herrscht große Uneinigkeit über den Anteil von Spekulation an den Preissteigerungen. Und letztlich ist es aufgrund der hohen Komplexität der ökonomischen Zusammenhänge nahezu unmöglich sich auf eine eindeutige Prozentzahl festzulegen.

Nichtsdestotrotz sprechen die vielen Fakten für einen signifikanten Anteil von Spekulation an den Preissteigerungen und es ist an der Zeit aufzuhören, darüber zu streiten, ob und welchen Einfluss Spekulation an Preissteigerungen haben, und damit zu beginnen, ein effektives Regelwerk zu entwickeln, das funktionierende Warenterminmärkte sicherstellt, weitere Verletzungen des Rechts auf Nahrung unterbindet und verhindert, dass noch mehr Menschen in extreme Armut und Hunger getrieben werden.

Regulierungsansätze der G20

Frankreich hat die Regulierung der Warenterminmärkte für (Agrar-)Rohstoffe zu einer der Prioritäten ihrer laufenden G20 Präsidentschaft gemacht. Das ist ein erstes Signal in die richtige Richtung. Doch noch ist nicht klar, inwieweit die anderen G20 Staaten bereit sind, aus den Folgen der Finanz- und der Welternährungskrise die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Im Juni 2011 werden zum ersten Mal die Agrarminister der G20 zu einem Treffen zusammenkommen, um diese Fragen zu erörtern.

Bereits beim letzten Gipfel haben die G20 mehrere internationale Organisationen (darunter FAO, OECD, IFAD, UNCTAD, WFP und WTO) dazu aufgefordert eine gemeinsame Studie mit Politikempfehlungen zu erarbeiten, wie man das Problem der Preisvolatilität besser in den Griff bekommen kann, ohne Märkte zu verzerren, und um die Ärmsten und Verletzlichsten zu schützen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Empfehlungen weitreichende Reformen für Warenterminbörsen beinhalten, die exzessive Spekulation unterbinden, enthalten und nicht nur einmal mehr einen „verwässerten“ Kompromiss darstellen. Denn um eine

erneute Hungerkrise abzubremesen, muss vor allem die Teilnahme von Investmentbanken, Hedgefonds und Pensionsfonds an Termingeschäften mit Agrarrohstoffen eingeschränkt werden. Dazu brauchen wir innerhalb und außerhalb der Börsen deutlich mehr Transparenz sowie Obergrenzen für Preise und für die Anzahl von Termingeschäften pro Investor. Nie war der Handlungsbedarf größer als heute.



Ute Straub

Die Autorin ist Referentin für internationalen Agrarhandel bei der Heinrich-Böll-Stiftung und Ko-Koordinatorin der AG Landwirtschaft im Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 World Bank: Food Price Watch Feb 2011: http://siteresources.worldbank.org/INTPOVERTY/Resources/335642-1210859591030/Food_Price_Watch_Feb2011.pdf.
- 2 World Bank: Food Price Watch Feb 2011: http://siteresources.worldbank.org/INTPOVERTY/Resources/335642-1210859591030/Food_Price_Watch_Feb2011.pdf.
- 3 Baffes, J. (World Bank) and Haniotis, T. (European Commission) (2010): Placing the 2006/08 Commodities Boom into Perspective. World Bank Research Working Paper 5371
- 4 Trade and Development Report 2009 – Chapter II The Financialization of Commodity Markets. United Nations Conference on Trade and Development.
- 5 Wise, Timothy: Die Finanzialisierung der Agrarmärkte, in Informationsbrief Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, Feb 2011.

Rezension:

Anita Idel: Die Kuh ist kein Klima-Killer.

„Die Kuh ist kein Klima-Killer“ betitelt die Tierärztin Anita Idel ihr neuestes Buch. Die Kuh ist neben Schaf und Ziege der wichtigste tierische Landschaftsgärtner weltweit. Bis vor einigen Jahrzehnten war das Zusammenleben von Menschen und Rindern von effizienter Ressourcennutzung geprägt. Die industrialisierte Landwirtschaft hat dieses Zusammenspiel zum Nachteil der Rinder verschoben. Heute gelten Rinder für viele als Klima-Killer. Manche Forscher fordern bereits eine Klimasteuer auf Rinder-Steaks und Milchprodukte. Die Verbraucher sind verunsichert, -auch bei Bioware. Die Mitautorin des Weltagrarberichts Anita Idel räumt mit Vorverurteilungen und Schuldzuweisungen auf. Sie rehabilitiert über wissenschaftlich fundierte Fakten und Praktikerberichten eines der wichtigsten Haustiere der Menschheit. Es stimmt: Rinder rülpsen

Methan, dies ist 25-mal klimaschädlicher als Kohlendioxid. Kraftfutter und Kunstdünger in der fast allgegenwärtigen, industrialisierten Landwirtschaft setzen aber Unmengen an Lachgas frei und das ist 256-mal klimaschädlicher. Sofern Rinderhaltung und Grünlandnutzung sich an den Zielen einer nachhaltigen Landwirtschaft orientieren, können sie vielmehr ein Schlüssel für heutige Umweltprobleme wie Klimawandel, Bodenerosion und Artenstreben sein. In dem lesenswerten ersten Band der Reihe „Agrarkultur im 21. Jahrhundert“ plädiert Idel zurecht für eine Abkehr vom Weiter-So-Wie-Bisher.

*Rezensiert von Mira Beinert,
Bundesfachgruppenleiterin Natur- und
Umweltschutz Naturfreunde Deutschlands*

*Anita Idel
Die Kuh ist kein Klimakiller
Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet
und was wir dagegen tun können*

*Metropolis Verlag, Marburg 2010
ISBN-10 3895188204
ISBN-13 9783895188206
Kartonierte, 186 Seiten, 18,00 EUR*



Opfer oder Täter?

Die Landwirtschaft in der Klimadebatte

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken. Der Beitrag der Landwirtschaft zur Zielerreichung beschränkt sich dabei bislang lediglich auf Nebeneffekte im Rahmen des umweltpolitischen Ordnungsrechts, während der Klimaschutz noch nicht ernsthaft in die Agrarpolitik und die landwirtschaftliche Praxis integriert ist. Und dies, obwohl eine Vielzahl ungenutzter Maßnahmen mit einem erheblichen Reduktionspotenzial existiert.

Die deutsche Landwirtschaft verursacht über 11% der gesamten Treibhausgasemissionen, in der EU-27 sind es insgesamt 9,2%. Den größten Anteil an diesen Emissionen machen Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O) aus. THG-Emissionen aus der Landwirtschaft entstehen nicht nur durch die tierische Verdauung, die Ausbringung und Lagerung von Dünger sowie die Bodennutzung. Sie umfassen darüber hinaus CO₂- und N₂O-Emissionen, die durch Landnutzungsänderungen freigesetzt werden sowie CO₂-Emissionen durch den landwirtschaftlichen Verkehr. Während die Methanemissionen aus der Tierhaltung seit 1990 in Folge einer gestiegenen tierischen Produktivität sowie Verbesserungen beim Wirtschaftsdüngermanagement etwas gesunken sind, steigen die Emissionen durch Landnutzungsänderungen weiter an. Einen Großteil dieser Emissionen verursachen die Entwässerung von Hoch- und Niedermoorflächen und deren anschließende Nutzung als Grünland oder für den Ackerbau. Auf diesen Flächen, die ca. 5-8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche einnehmen, entstehen fast 5 % der gesamten THG-Emissionen Deutschlands.

Für eine umfassende Klimabilanz müssten darüber hinaus theoretisch auch die Emissionen aus den vorgelagerten Sektoren einberechnet werden. Diese Emissionen entstehen durch die Herstellung von Dünge- und Futtermitteln, die Stromerzeugung sowie die Produktion und Wartung von Maschinen. Am Beispiel der Abholzung von Regenwäldern für den Sojaanbau in Brasilien oder für Palmölplantagen in Malaysia und Indonesien wird deutlich, dass die deutsche Agrar- und Bioenergiepolitik zumindest mitverantwortlich für steigende Emissionen in diesen Ländern ist.

Opfer oder Täter?

Der Deutsche Bauernverband behauptet gerne, die Landwirtschaft binde im Rahmen ihrer Produktion CO₂ und sei daher klimaneutral. Bei der pflanzlichen Erzeugung handelt es sich jedoch nur um einen extrem kurzfristigen Speicher, da die Biomasse in kürzester Zeit durch Verzehr oder Verrottung wieder abgebaut und mineralisiert wird. In der Gesamtbilanz stellen landwirtschaftlich genutzte Flächen sogar eine starke Netto-CO₂-Quelle dar, weil die CO₂-Verluste durch die Nutzung entwässerter Moore und den Grünlandumbruch wesentlich höher liegen als die CO₂-Bindung auf verbuschten Brachflächen oder neu geschaffenen Grünland. Nach Be-

rechnungen des von-Thünen-Instituts kompensiert die Bindung von Treibhausgasen durch die Landwirtschaft lediglich 9% der Treibhausgase, die die Landwirtschaft durch Tierhaltung, Düngung, Moornutzung und Energieverbrauch emittiert. Die Landwirtschaft hat damit eine besondere Verantwortung bei der Verringerung der THG-Emissionen, zumal sie als Primärproduzent unmittelbar von funktionsfähigen Ökosystemen und günstigen Klimabedingungen abhängig ist.

Ziele und Anforderungen

Aus Umweltsicht müsste die Landwirtschaft entsprechend der nationalen Klimaschutzziele ebenfalls zu einer Senkung der THG-Emissionen um 40% bis zum Jahr 2020 verpflichtet werden. Sollte die EU ihr aktuelles Klimaschutzziel von minus 20% bis 2020 nicht erhöhen, könnten sogar noch höhere Verpflichtungen auf die Landwirtschaft zukommen: Da die Obergrenzen des Emissionshandels für die Stromwirtschaft und für energieintensive Branchen EU-weit bei minus 20% festgelegt werden, müsste Deutschland sein eigenes, anspruchsvolleres Ziel in Sektoren außerhalb des Emis-

**Quellgruppen der THG-Emissionen im deutschen Agrarsektor, Daten 2007
(ohne Emissionen aus den vorgelagerten Sektoren) (NABU 2010)**

Quellgruppe	Spezifizierung	Treibhausgasemissionen in 1.000 t CO ₂ -Äquivalenten		
		CO ₂	CH ₄	N ₂ O
	Einsatz fossiler Energie im landwirtschaftlichen Verkehr, Emissionen aus der Wärmeerzeugung in kleinen und mittleren Feuerungsanlagen (für Gewächshäuser und Ställe)	5.357,94	-	-
Fermentation bei der Verdauung	Freisetzung von CH ₄ durch mikrobielle Umsetzungen insbesondere von Cellulose im Magen von Wiederkäuern	-	16.994,51	-
Wirtschaftsdüngermanagement	Freisetzung von u.a. CH ₄ und N ₂ O bei der Lagerung von Wirtschaftsdüngern im Stall, auf befestigten Flächen außerhalb des Stalls, beim Weidegang, im Lager und bei der Ausbringung	-	5.477,42	2.401,62
Landwirtschaftliche Böden ²	Direkte und indirekte Emissionen von Stickstoff-Spezies (N ₂ O und NO) sowie CH ₄ -Aufnahme von landwirtschaftlichen Böden und Pflanzenbeständen	k.A.	-633,38	27.239,29
Landnutzungsänderungen (LULUCF) Acker	Freisetzung von CO ₂ :	32.613,88	k.A.	662,18
	<ul style="list-style-type: none"> aus ackerbaulich genutzten Mooren, aus mineralischen Böden infolge von Umwandlung in Ackerland oder Umstellung von perennierenden auf einjährige Kulturen bzw. umgekehrt, aus Biomasse und durch Bodenkaikung. 			
Landnutzungsänderungen (LULUCF) Grünland	N ₂ O-Freisetzung infolge der Umwandlung von Grünland-, Siedlungs-, Feuchtgebiets- oder anderen Flächen und Wäldern in Ackerland			
	CO ₂ -Freisetzung durch:	14.102,58	k.A.	k.A.
	<ul style="list-style-type: none"> Entwässerung organischer Grünlandböden, Veränderungen in der Biomasse 			
Total		52.074,40	22.471,93	30.303,09
Total landwirtschaftliche Emissionen				104.849,42
Anteil an gesamten Emissionen in Deutschland²				11,15%

k.A. = keine Angabe; Quelle: UBA (2008, 2009a); ¹inkl. Forstwirtschaft und Fischerei; berechnet auf Basis von 0,56% Anteil an Gesamtemissionen (siehe UBA 2009a); ²Die Anwendung von Hornstoff-Düngern setzt ebenfalls CO₂ frei, dafür liegen jedoch bisher keine Daten vor; ³Gesamt-Emissionen inkl. LULUCF betragen 939,99 Mio. t CO₂-Äquivalente

Von der Landwirtschaft zur Ernährung – Klimakiller Fleisch?

In den vergangenen 40 Jahren hat sich der weltweite Fleischverbrauch von 78 auf 250 Millionen Tonnen pro Jahr mehr als verdreifacht. Der Weltagrarbericht (IAASTD) geht davon aus, dass dieser Trend anhält, wenn der hohe Fleischkonsum der Industrieländer gleich bleibt und städtische Mittelschichten in China und anderen Schwellenländern sich diesem Niveau weiter annähern. Die Viehhaltung hat jedoch enorme Auswirkungen auf die Umwelt: 18% der gesamten THG-Emissionen und 9% aller anthropogenen CO₂-Emissionen gehen auf ihr Konto. Allein die deutschen Sojaimporte zur tierischen Fütterung belegen rund 2,8 Mio. ha Ackerflächen in Übersee. 70% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 30% der globalen Landfläche werden von der Tierhaltung beansprucht.

Wo Tiere vorwiegend Gras und andere Pflanzen fressen, die zur direkten menschlichen Ernährung nicht geeignet sind, erhöhen sie das Lebensmittelangebot und leisten einen Beitrag zur Produktion. Die meisten

Masttiere fressen heute jedoch nicht mehr Gras, sondern Mais, Soja und Getreide, das auf Ackerflächen wächst, die der direkten Lebensmittelproduktion verloren gehen.

Die Reduzierung des Fleisch- und Milchverbrauchs in den Industriestaaten und ihre Begrenzung in den Schwellenländern ist daher der dringendste und effektivste Schritt zur Sicherung der Ernährung, der natürlichen Ressourcen und des Klimas. Eine kritische Auseinandersetzung mit unserem Fleischkonsum sollte daher zu den zentralen Anliegen der Umwelt- und Entwicklungsbewegung gehören. Als mögliche Instrumente könnten hierfür schärfere ordnungsrechtliche Maßnahmen (z.B. Fleisch- oder Futtermittelsteuer, Flächenbindung der Tierhaltung, Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Fleisch) sowie Aufklärungskampagnen („Rückkehr zum Sonntagsbraten“) diskutiert werden. Die Klima-Allianz will sich in den kommenden Monaten intensiv mit dieser Frage auseinandersetzen.

onshandels erreichen – also in Bereichen wie Verkehr und Landwirtschaft.

Mit der Ausarbeitung eines verbindlichen Aktionsprogramms für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft und der Festlegung verbindlicher quantitativer Reduktionsziele im Bereich Landwirtschaft und Landnutzungsänderungen könnte ein erster Schritt hin zu einer effektiven Klimaschutzstrategie geleistet werden. Grundlage für dieses Programm sollten Maßnahmen bilden, die aufgrund ihres hohen Reduktionspotenzials und der günstigen Synergieeffekte Vorrang haben. Dies bedeutet Folgendes:

1. Der Schutz bestehender Kohlenstoffspeicher sollte in der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik an erster Stelle stehen. Dies umfasst vor allem den Moorschutz und den Schutz von Dauergrünland vor Umbruch und Umwandlung in Ackerland. So hat der Schutz von Dauergrünland ein Minderungspotenzial von jährlich 10 t CO₂/ha und die Renaturierung/ Vernässung von Moorflächen sogar bis zu 37 Mio. t

CO₂. Für eine Prioritätensetzung auf diese Maßnahmen sprechen nicht nur das hohe Minderungspotenzial und die Synergien mit anderen Umweltzielen, sondern auch die Tatsache, dass: a) der Schutz von kohlenstoffreichen Böden hinsichtlich Kosten und Nutzen effizienter ist als Maßnahmen zur Steigerung des Kohlenstoffgehaltes in Böden; b) potenziell mehr Kohlenstoff durch die Zerstörung von Speichern verloren geht als durch neue Anreicherungsmaßnahmen gewonnen werden kann und c) die Erfassung des Kohlenstoffgehaltes einfacher und verlässlicher ist als die Ermittlung der Zunahme von Kohlenstoff in Böden.

2. Es sollten multifunktionale Maßnahmen zur Minderung von Stickstoffemissionen in den Bereichen Tierhaltung und Düngemanagement umgesetzt werden, die zudem einen praktikablen Monitoring- und Verwaltungsaufwand aufweisen. Diese Kriterien werden u.a. bei der verbesserten Wirtschafts-

düngerlagerung und reduzierten N-Düngung erfüllt.

3. Zusätzlich sollten geeignete Bewirtschaftungsmaßnahmen gefördert werden, die zur Kohlenstoff-Fixierung beitragen. Dazu gehören u.a. der Anbau von Leguminosen, eine reduzierte Bodenbearbeitung, das Belassen von Ernterückständen auf dem Feld und die Einhaltung von vielfältigen Fruchtfolgen. Diese Maßnahmen sind zudem mit geringen Umsetzungskosten verbunden und besitzen einen mehrfachen Nutzen: Sie verbessern die Langzeitproduktivität der Böden und tragen zur Ernährungssicherung sowie zur Anpassung an den Klimawandel bei.
4. Die Umstellung auf ökologischen Landbau hat mehrere positive Auswirkungen auf die Abschwächung des Klimawandels. Durch den Verzicht auf Pestizide und Kunstdünger, einen reduzierten Viehbesatz, die Förderung einer Kreislaufwirtschaft und die Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit können beim Ökolandbau klimagasmindernde Effekte erreicht werden. Die THG-Emissionen von Öko-Betrieben in Deutschland sind daher auch pro produzierter Einheit deutlich niedriger als im konventionellen Landbau.

Klimaschutz darf dabei aber nicht gegen Tierschutz oder andere Ziele einer zukunftsfähigen Agrarpolitik ausgespielt werden. Wer versucht, den Einsatz von Totalherbiziden und gentechnisch verändertem Saatgut unter dem Deckmantel des Klimaschutzes für eine „konservierende Bodenbearbeitung“ hoffähig zu machen, treibt den Teufel mit dem Beelzebub aus. Gentechnik, Pestizide oder industrielle Massentierhaltung bieten keine nachhaltigen Lösungen für die komplexen Probleme unserer Landnutzungssysteme. Stattdessen muss versucht werden, Synergieeffekte zwischen der Klimapolitik und weiteren Zielen wie dem Erhalt der biologischen Vielfalt und dem Ressourcenschutz zu erreichen.


Florian Schöne

Der Autor ist Referent für Agrarpolitik & Bioenergie sowie stellvertretender Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik beim NABU-Bundesverband in Berlin.



Hungerbekämpfung als Business Case

Unternehmen als zentrale Akteure im Kampf gegen Hunger?

BASF, Danone, Heinz & Co. treten zunehmend als zentraler Akteur im Kampf gegen Hunger auf. Insbesondere die Produktion nährstoffangereicherter Nahrungsmittel (food fortification) versucht die Ernährungsindustrie als neues Paradigma der Hungerbekämpfung durchzusetzen. Ihre Argumente werden kaum hinterfragt.

Bislang stellte die Ernährungspolitik ein zwar vernachlässigtes, aber genuin staatliches Politikfeld dar. Seit einigen Jahren jedoch verschiebt sich dieser Diskurs. Auf internationaler Ebene wurde dies spätestens auf dem 3. Welternährungsgipfel in Rom 2009 deutlich, wo Lobbyisten von Agribusiness und Ernährungsindustrie stark präsent waren. Parallel zum Ernährungsgipfel formulierten Vertreter der Privatwirtschaft eine „Erklärung von Mailand“, in der sie von den Staaten spezifische Rahmensetzungen zur privaten Hungerbekämpfung forderten. Auch in Deutschland werden Großkonzernen von Seiten der Regierung zunehmend Foren geboten, in denen sie ihren vermeintlichen Beitrag zur

Hungerbekämpfung herausstellen und mit Forderungen an die staatliche EZ verknüpfen können. Im Januar 2010 veranstaltete das BMELV eine Tagung zum Thema „Beiträge der Wirtschaft zur Sicherung der Welt-ernährung“. Im Juni letzten Jahres stellte der Beitrag der Konzerne zur Hungerbekämpfung einen Schwerpunkt des BMELV Dialogs „Politiken gegen Hunger“ dar.

Ein die Diskussionen und Abschlusserklärungen dieser Foren dominierendes Paradigma ist die Annahme, das Nahrungsmittel verarbeitende Konzerne Hunger durch den Verkauf von angereicherten Nahrungsmitteln an arme KonsumentInnen direkt bekämpfen. Vielzitierte „Erfolgsbeispiele“ in diesem Zusammenhang sind

das „Minute Maid Kids+“ Getränk von Coca-Cola, das besondere Kalzium und Vitamin-Anreicherungen enthält, oder die mit Eisen angereicherten Maniok-Kekse von Unilever. Die Argumentation, dass private Unternehmen innerhalb ihres Kerngeschäfts einen positiven sozialen Beitrag gegen Armut leisten können, indem sie arme Menschen als neues Kundensegment für sich entdecken, geht auf C.K. Prahalads Buch „Fortune at the Bottom of the Pyramid“ von 2004 zurück. Prahalad argumentiert darin nicht nur, dass die breite Masse der ärmsten Menschen weltweit über eine aggregierte Kaufkraft verfüge, die privaten Anbietern signifikante Profite ermögliche, sondern auch, dass insbesondere multinationale Großkonzerne aufgrund ihrer Skalenvorteile in der Lage seien, diese Kaufkraft zu nutzen.

Eine Globale Allianz für wen?

Food fortification ist ein neues Geschäftsfeld der Ernährungsindustrie geworden. In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von einflussreichen Netzwerken entstanden, die food fortification verbreitet und als Kernstrategie zur Hungerbekämpfung in urbanen Räumen propagiert. Die „Global Alliance for Improved Nutrition“ (GAIN)¹ veranschaulicht die Funktion, aber auch die Problematik freiwilliger Initiativen im Ernährungsbereich. GAIN agiert auf zwei Ebenen: International fungiert es als Plattform für den Austausch von Informationen zwischen Privatwirtschaft und Geberorganisationen und tritt ein für die Harmonisierung von nationalen Politiken zur Nahrungsmittelanreicherung. Auf Länderebene fördert und finanziert GAIN PPPs zwischen Privatwirtschaft, Staaten und NGOs zu konkreten Beimischungsinitiativen und technischer Beratung. Laut eigenen Statuten verfolgt GAIN das Ziel, weltweit die Kindersterblichkeit zu verringern, die ökonomische Produktivität armer Bevölkerungen zu steigern, sowie die Kosten für öffentliche Gesundheitsdienstleistungen zu senken. Nach Aussage eines GAIN Mitarbeiters liegt der Hauptanreiz zur Beteiligung an GAIN für Konzerne wie Danone, Unilever und der Tata Group im Marktzugang und der Durchsetzung von „beimischungsfreundlichen“ Regelungen auf Länderebene.² Es wird deutlich, dass Hungerreduzierung durch den

direkten Verkauf von angereicherten Nahrungsmitteln an arme KonsumentInnen von der Privatwirtschaft vornehmlich als attraktives Geschäftsfeld angesehen wird. Dabei erscheinen vor allem drei Punkte problematisch: Erstens verkürzt GAIN die Problematik der Mikroernährung auf die Strategie der Beimischung. Laut FAO, die eine Mitgliedschaft bei GAIN ablehnt, bräuchte es hingegen eine Mehrfachstrategie: Neben der Beimischung sind Maßnahmen wichtig, die auf die sehr viel kostengünstigere Diversifizierung der Nahrungsmittel zielen, auf die kurzfristige Ergänzung von Nahrungsmitteln, beispielsweise durch Injektionen von Vitamin A in akuten Notfällen, sowie auf Reformen eines öffentlichen Gesundheitswesens, das die Bekämpfung von verstecktem Hunger („hidden hunger“) als eines seiner Kernaufgaben begreift. Die einseitige Ausrichtung auf fortification ist auch deshalb problematisch, weil die GAIN-Maßnahmen nicht nur private Gelder, sondern über PPPs auch einen großen Anteil öffentlicher Gelder binden, die dann in anderen Bereichen, wie beispielsweise der Förderung einer diversifizierten bäuerlichen Landwirtschaft fehlen. Zweitens drohen Investitionen in Anreicherungsinitiativen in Entwicklungsländern kleinere Unternehmen und Händler zu verdrängen. Der Verarbeitungsschritt der Anreicherungen wird von den Konzernen in Fabriken vorgenommen, und nicht innerhalb lokaler Produktions- und Vermarktungsstrukturen. Drittens verschwimmt bei GAIN die Grenze zwischen Wohltätigkeit und Lobbyismus endgültig. Für Konzerne besteht über GAIN die Möglichkeit, das „rule making“ entlang der gesamten Wertschöpfungskette zentral mitzugestalten: Standards und Qualitätskontrollen zur Nahrungsmittelbeimischung in Entwicklungsländern können mitentwickelt und Weiterbildungen von Mitarbeiterinnen politischer Kontrollinstanzen können selbst durchgeführt werden.

An den armen KonsumentInnen vorbei

Bei GAIN und weiteren Initiativen dieser Art geht es nicht um wohltätige CSR-Initiativen wie kostenfreie Schulspeisungen, sondern um den Absatz eigener Produkte über den Markt. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit

Konzerne KonsumentInnen mit geringer Kaufkraft überhaupt erreichen können. Einer empirischen Studie aus dem Jahr 2007 zufolge würde eine indische Familie aus der untersten urbanen Einkommensgruppe mit dem Kauf eines Päckchens Waschpulver und einer 1 Liter Flasche „fortified“-Cola bereits 40% ihres monatlichen Einkommens verbrauchen. Eine ausreichende Selbstversorgung mit dem Grundnahrungsmittel Reis hingegen ist bei stabilen Marktpreisen gut möglich. Erst in der Mittelschicht kann man sich angereicherte Markenartikel leisten. Initiativen wie GAIN zielen somit eher auf aufstrebende Mittelschichten in Schwellenländern wie Brasilien, China und Indien, nicht aber auf den echten „bottom of the pyramid“. Hunger ist eine Frage der Kaufkraft. Dies wird deutlich an einem von Prahalad selbst gewählten Beispiel: Hindustan Lever Ltd., das indische Tochterunternehmen von Unilever, verkauft Annapurna-Salz mit aufwendig angereichertem Jod-Gehalt zu 7,5 Rupien pro kg, wohingegen diverse regionale Produzenten ebenfalls Salz, dem Jod auf einfache Weise beigemischt ist, für lediglich 2 Rupien pro kg verkaufen.³

Um die Auswirkungen der Ernährungsindustrie auf die Ernährungssicherheit zu bewerten, ist ein umfassender Blick auf die Nahrungsmittelpolitik der letzten zwanzig Jahre notwendig. In Indien führte die Liberalisierung des Nahrungsmittelsektors gepaart mit hohen Wachstumsraten und steigenden Einkommen in den 1990er Jahren zu einer Diversifizierung des Nahrungsmittelkonsums. Die städtischen Konsumenten aßen im Durchschnitt weniger Weizen, vor allem aber weniger Reis, und dafür mehr Fleisch, Fisch und Eier, sowie Obst und Gemüse. Zugleich aber stieg der Anteil urbaner Haushalte, die an chronischer Kalorienunterversorgung litten, zwischen 1987 und 2002 von 37% auf 51% an. Viele der Haushalte, die über zu wenig Nahrungsmittel verfügten, lagen dabei oftmals über der offiziellen Armutsgrenze.⁴ Dies weist darauf hin, dass der Zugang zu Nahrungsmitteln für bestimmte Gruppen durch Veränderung auf der Angebotsseite, insbesondere durch die Ausbreitung von Supermärkten auf Kosten von Wochenmärkten, erschwert wurde.

Zwar wirft die Nahrungsmittel-

industrie weltweit jährlich 15.000-20.000 neue Produkte auf den Markt⁵, doch es handelt sich dabei um keine wirklich kosten- und damit preissenkenden Innovationen, sondern um die ewige Wiederholung des Immergleichen. Nach wie vor wendet die urbane Bevölkerung in Indien im Durchschnitt nur 5% ihrer Nahrungsmittel-Ausgaben für verarbeitete Produkte auf.⁶ Solange also die Armut der Masse zu groß ist, bleibt auch das Marktpotenzial für Wal-Mart, Metro und Co. beschränkt. Dass Konzerne aufgrund ihrer ungeheuren Marktmacht auch Aufgaben der Politikgestaltung („Rule Making“) für sich beanspruchen, ist alles andere als legitim, aber nachvollziehbar. Konzerne wie Unilever oder die Metro AG agieren in Afrika, Lateinamerika oder Asien nur in seltenen Fällen auf „freien Märkten“; ihnen geht es um die weitreichende Kontrolle vor- und nachgelagerter Stufen der Wertschöpfungskette. Die Darstellung der eigenen Operationen als Hungerbekämpfung legitimiert die eigene Expansion. Auf diese Weise ist äußerst fraglich, ob die an sich hilfreiche Technologie der Nahrungsmittelanreicherung zur Unterstützung des Königswegs gegen Mangelernährung, der Diversifizierung der Nahrungseinnahme, eingesetzt wird.



Benjamin Luig

Der Autor ist Referent für Agrarpolitik bei Misereor. Die von ihm verfasste Studie „Hungerbekämpfung als Business Case. Die fragwürdigen Beiträge von Agribusiness und Ernährungsindustrie zur Welternährung“ erscheint in Kürze in der Schriftenreihe des Forums Umwelt und Entwicklung.

- 1 Mitglieder bei GAIN sind u.a. die Gates-Stiftung, USAID, die WHO, Coca-Cola, BASF und TetraPak. Weitere wichtige, mit GAIN eng verbundene Initiativen sind das Iodine Network, die Flour Fortification Initiative und in jüngster Zeit die breite Allianz „Scaling up Nutrition“. In Deutschland gibt es bislang nur eine nennenswerte food fortification-Initiative: SAFO, ein PPP zwischen BASF und der GLZ.
- 2 Vgl. C.Kaan / A.Liese (2010), *Public-Private-Partnerships in Global Food Governance: business engagement and legitimacy in the global fight against hunger and malnutrition*, in: *Agriculture and Human Values* 27, 5.
- 3 Vgl. A.Karnani (2007), *The Mirage of Marketing at the Bottom of the Pyramid*, in: *California Management Review* 49/4, 94; sowie C.K. Prahalad (2006), *The Fortune at the Bottom of the Pyramid. Eradicating Poverty through Profits*, Upper Saddle River, 181.
- 4 Vgl. R.Ray (2007), *Changes in Food Consumption and the Implications for Food Security and Undernourishment. India in the 1990s*, in: *Development and Change* 38(2), 341.
- 5 Vgl. Omahen (2003) zit. nach R. Patel (2007), *Stuffed and Starved. The Hidden Battle for the World Food System*, London, 253.
- 6 Vgl. Warnholz (2007), *Poverty reduction for profit?* (Oxford Working Paper 160), 10.

Land Grabbing

Strukturelle Auswirkungen des globalen Landraubs in den Blick nehmen

In nur 10 Monaten, von Oktober 2008 bis August 2009, wurden weltweit fast 50 Millionen Hektar Ackerland vor allem an private und ausländische Investoren transferiert.¹ Das entspricht etwa einem Viertel der Agrarfläche der gesamten Europäischen Union. Aber nur ein kleiner Teil dieses Ackerlandes liegt in Europa. Im Fokus der Investoren ist vor allem Afrika.

Würden sich die Investoren Millionen von Hektar in Europa oder gar Deutschland aneignen, wären die Proteste wahrscheinlich gewaltig und Politiker aller Couleur würden aktiv gegen diesen Ausverkauf von Land vorgehen. Warum? Weil etwas ganz Grundsätzliches falsch läuft, wenn man die Kontrolle über riesige Landstriche oder gar die Hälfte des eigenen Ackerlandes verliert. Daher sollte man neben der Einzelfall-Betrachtung ganz besonders die strukturelle Implikationen dieses Phänomens im Blick haben. Das Menschenrecht auf Nahrung ist dabei ein hilfreicher Analyserahmen.

Aus der Perspektive des Rechts auf Nahrung kann man zwischen direkten und strukturellen Folgen von Land Grabbing unterscheiden. Erstere sind unmittelbare und sehr konkrete Verletzungen des Rechts auf Nahrung, namentlich gewaltsame Vertreibungen lokaler Gruppen oder der Verlust des Zugangs zu Land und anderer natürlichen Ressourcen, welche ihre Existenzgrundlage bilden. Man muss sich vor Augen halten, dass in vielen Ländern, wie Kenia oder Kambodscha um die 80 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft und damit vom Land leben. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl gut dokumentierter Fälle von Vertreibungen und von Verlust des Zugangs zu Land oder Wasser durch solche großflächigen Landnahmen.²

Hungerländer sollen die Welt ernähren?

Angesichts dieser oft brutalen direkten Folgen geraten die strukturellen und langfristigen Folgen schnell in den Hintergrund. 43 der 53 afrikanischen Länder sind mittlerweile abhängig von umfassenden Nahrungsmittelimporten. Die meisten nicht-afrikanischen Zielländer der Investoren wie Kambodscha oder die Philippinen sind in der gleichen Situation. Nun werden

die besten Ackerflächen dieser Länder explizit für den Export von Nahrungsmitteln oder Agrartreibstoffen³ okkupiert und so die Abhängigkeit vom Weltmarkt weiter verschärft. Dies vor dem Hintergrund konstant steigender Nahrungsmittelpreise und immer stärkerer Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Schon 2008 mussten die ärmsten Länder tief in die Tasche greifen, als sich deren Kosten für Nahrungsmittelimporte verdreifachten⁴ und Nahrungsmittelpreisexplosionen zu Hungerrevolten in über 30 Ländern führten.

Land für Landlose

Dreiviertel der knapp 1 Milliarde hungernden Menschen weltweit leben im ländlichen Raum. Es sind vor allem KleinbäuerInnen, Landlose, Nomaden und Indigene. Staatliche Unterstützungen für diese Gruppen wurden in den letzten Jahrzehnten gänzlich zusammengestrichen und sie wurden sukzessive aus den fruchtbarsten Gegenden verdrängt. Heute ist eines ihre größten Probleme, dass sie nicht ausreichend Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land oder Wasser haben. Eine extrem ungleiche Landverteilung stellt heute eine Kernursache von Hunger und Unterernährung dar. Land Grabbing führt zu einer umfassenden Landkonzentration in den Händen weniger Konzerne und verstärkt damit ein zentrale strukturelle Ursache des weltweiten Hungers. So wird auch in Afrika Landlosigkeit ein immer größeres Problem.⁵

Viele der Ackerflächen, die aktuell vergeben werden, sind Staats- oder Gemeindeland. Die wachsende Bevölkerung in Afrika benötigt Land. Die Vergabe von riesigen Flächen an Investoren verhindert daher auch, dass Staaten ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen können, Land für die wachsende ländliche Bevölkerung bereit zu stellen.

Schließlich ist Land Grabbing inhärent verbunden mit einer großflächigen und industriellen Landwirtschaft und Exportproduktion (Ausnahmen bestätigen die Regel). Das impliziert eine umfassende Transformation des ländlichen Raums, die die bäuerliche Landwirtschaft weiter marginalisiert. Damit wird ein menschenrechtliches Grundprinzip, die von Hunger bedrohten oder betroffenen Gruppen ins Zentrum zu stellen und direkt zu unterstützen, auf den Kopf gestellt.

Freiwilliger Verhaltenskodex für philanthropische Investoren?

Land Grabbing schafft bzw. verschärft grundlegende strukturelle Probleme. Staatliche Fähigkeiten zur Sicherung der nationalen Ernährung und Durchsetzung des Rechts auf Nahrung werden reduziert und KleinbäuerInnen, Nomaden und indigene Gemeinschaften werden weiter marginalisiert.

Vor diesem Hintergrund muss der Versuch von Weltbank und Co., Land Grabbing durch freiwillige Prinzipien für verantwortungsvolle Agrarinvestitionen von einer Bedrohung zur Chance zu Verwandeln, einzig als Legitimierungsversuch für diese Investitionen gesehen werden. Die Zivilgesellschaft hat daher auf dem Weltsozialforum in Dakar im Februar das Komitee für Welternährungsfragen (CFS) aufgefordert, diese Prinzipien abzulehnen.



Roman Herre

Der Autor ist Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland

Die Erklärung von Dakar gegen Land Grabbing ist zu finden unter: www.fian.de

¹ Verglichen mit weniger als 4 Million Hektar in den Jahren vor 2008 (World Bank (2010) *Rising Global Interest in Farmland*).

² Beispielsweise FIAN (2010) *Land Grabbing in Kenya and Mozambique*.

³ Etwa 30 Prozent der Landnahmen gehen auf die Agrartreibstoffproduktion zurück.

⁴ FAO (2010) *Crop Prospects and Food Security*; Nr. 3

⁵ Abgesehen vom südlichen Afrika stellte Landlosigkeit kein größeres Problem da. In Ghana beispielsweise ist Landlosigkeit wachsendes Problem.

Chinas Landwirtschaft global

China kann sich zwar weitgehend selbst ernähren. Doch Rohstoffe wie Baumwolle oder Viehfutter wie Soja müssen zunehmend importiert werden, um die Industrie zu versorgen. Das treibt nicht nur die Preise auf dem Weltmarkt in die Höhe, sondern auch chinesische Agrarinvestoren in Nachbarländer der Region, nach Afrika und Lateinamerika.

„Wir sind von Land- und Wasserressourcen in anderen Ländern abhängig“, räumt Zhang Xiaoshan vom Forschungsinstitut CASS ein. Mit gerade einmal 10 Prozent der weltweit verfügbaren landwirtschaftlichen Nutzfläche hat China über 20 Prozent der Weltbevölkerung zu versorgen. Und Land und Wasser werden durch ausufernde Städte und ökologischen Raubbau immer knapper.

Schaut man sich nur die Außenhandelsbilanz an, scheint die Sorge vor einer Abhängigkeit allerdings übertrieben. Zwar stiegen die Agrarimporte zwischen 2000 und 2007, also seit dem WTO-Beitritt 2001, um mehr als das Dreifache auf 65,2 Milliarden US-Dollar. Damit wurde China der viertgrößte Importeur von Agrarprodukten, doch ihr Anteil an den Einfuhren insgesamt ging kontinuierlich auf 6,8 Prozent zurück. Schwierigkeiten, seine Einfuhrrechnungen zu bezahlen, hat das Land angesichts seiner enormen Devisenrücklagen verständlicherweise auch nicht. Außerdem gelang es, die Exporte im gleichen Zeitraum ebenfalls kräftig zu steigern. Mit 39 Milliarden US-Dollar war China 2007 der fünftgrößte Agrarexporteur, vor allem von Schweine- und Hühnerfleisch, Obst und Fisch.

Abhängigkeit von anderen Ländern besteht auch nicht beim wichtigen Sonderposten Lebensmittel: Grundnahrungsmittel wie Getreide und Reis, aber auch Fleisch und Fisch, Obst und Gemüse werden häufig weit über den eigenen Bedarf hinaus erzeugt. Zu den Ausnahmen gehören Milch und Milchprodukte, deren Konsum in den vergangenen Jahren durch ein staatliches Schulmilchprogramm angeschoßen wurde. Was Chinas Milchkühe

nicht schaffen, wird importiert, überwiegend aus Neuseeland und Australien.

Eine zunehmende Abhängigkeit besteht allerdings bei industriellen Rohstoffen. Zum einen benötigt die industrielle Landwirtschaft erhebliche Importe von Viehfutter, Chemiedünger und Erdöl. Bis vor kurzem noch Sojaexporteur, müssen jetzt drei Viertel des Bedarf importiert werden, vielfach Gen-Soja aus Brasilien und den USA. Und um die Versorgung mit Dünger zu kontrollieren, versuchte das größte chinesische Düngemittelunternehmens Sinofert, Tochter des staatlichen Ölkonzerns Sinochem, mit einem zweistelligen Milliarden-Betrag, den kanadischen Düngerproduzenten Potash zu übernehmen.

Auch die Industrialisierung treibt die Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen in immer neue Höhen: Bei Baumwolle für die Textilindustrie, die unter anderem aus den USA, zunehmend aber auch aus Afrika importiert wird, und bei Kautschuk für die boomende Autoindustrie gehört China inzwischen zu den wichtigsten Käufern auf dem Weltmarkt. 2002 überholte es die USA als weltgrößter Verbraucher von Naturkautschuk, für das Jahr 2020 wird seine Nachfrage auf 11,5 Millionen Tonnen im Jahr oder 30 Prozent der Produktion geschätzt.

Beobachter erwarten einen weiterhin stark wachsenden Agrarhandel besonders bei Plantagenprodukten wie Soja, Mais, Palmöl oder Kautschuk, die viel Land und Wasser beanspruchen. Auch wenn China weiterhin an seiner Politik der Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln festhält

– diese Nachfragemacht verschärft die Konkurrenz mit dem Anbau von Grundnahrungsmitteln und trägt zumindest indirekt dazu bei, die Nahrungsmittelpreise kontinuierlich in die Höhe zu treiben.

Die EU konnte von der Nachfrage allerdings kaum profitieren: Zwar stieg der Agrarhandel der EU mit China in den vergangenen vier Jahren um 82 Prozent. Aber der große Durchbruch, wie ihn die Exportförderungsstrategie „Global Europe“ anstrebt, ist im Reich der Mitte noch nicht erreicht. So exportiert die Europäische Union vor allem Verarbeitungsprodukte, hauptsächlich alkoholische Getränke, und hatte 2007 im Agrarhandel ein Defizit von 1,8 Mrd. Euro. Der Anteil am EU-Agrarexport lag gerade einmal bei 2,2 Prozent, Importe aus China bei 4,4 Prozent. Vor allem wurden Kaschmirwolle, Obst, Gemüse und Nüsse importiert.¹

Chinesische Bauern in Afrika

Seit Chinas globale Expansion nicht nur die Märkte für Industrie- und Konsumgüter aufmischt, sondern auch die Rohstoffpreise in die Höhe treibt, gehen auch immer wieder Geschichten über riesige Landgeschäfte durch die Medien. Berichte von Pachtverträgen für eine Million Hektar auf den Philippinen, für riesige Ländereien in Mosambik, Indonesien, Papua-Neuguinea, Simbabwe oder im Nordosten Brasiliens, Geschichten über hunderte chinesischer Dörfer in Afrika, in denen sich Bauarbeiter nach Vertragsende angesiedelt hätten, machen die Runde. Angesichts der beschränkten eigenen Ressourcen und des bekannten Appetits chinesischer Unternehmen scheinen sie nur all zu plausibel.

So soll ZTE International, eines der größten staatlichen Telekom-Unternehmen in China, im Sudan 10.000 ha Land für den Anbau von Weizen und Mais erhalten haben und auch in Äthiopien und anderen afrikanischen Ländern in die Landwirtschaft investieren, unter anderem in Futterfabriken und den Anbau von Ölsaaten. Im nigerianischen Bundesstaat Edo wollen angeblich chinesische Investoren 6.000 Hektar Land mit Reis und Cassava bebauen und Verarbeitungsbetriebe errichten, um Ethanol, Stärke und Nudeln erzeugen. In Tansania vereinbarte Beijing mit der Regierung, dass chinesische Unternehmen in Aquakul-



tur und Viehhaltungsprojekte investieren. Im August 2007 sei zudem ein Vertrag mit der Demokratischen Republik Kongo über 100.000 Hektar Ölpalmenplantagen abgeschlossen worden, berichtet Deborah Brautigam in ihrem Buch „The Dragon's Gift“², im November 2008 ein Abkommen mit Uganda über eine riesige Freihandelszone in der Nähe des Viktoria-Sees, in der auch Landwirtschaft betrieben werden soll. Auch zirkulieren Berichte über Planungen für weitere großflächige Konzessionen in Simbabwe, der Demokratischen Republik Kongo oder Angola. Doch wenig davon sei handfest, glaubt Brautigam.

Denn die Ambitionen stießen rasch auf Widerstand, zum Beispiel in Mosambik. China soll dem Land, das ein riesiges Potenzial für Bewässerungslandwirtschaft hat, 800 Millionen US-Dollar für die Modernisierung der landwirtschaftlichen Infrastruktur, für den Bau eines Staudamms und von Bewässerungssystemen sowie eine Entsendung von mindestens 100 Agrarexperten zugesagt haben. Dadurch sollte die Reisproduktion verfünffacht werden – vor allem wohl für Versorgung Chinas. Dennoch wurde dieses Vorhaben nach heftigen Protesten gestoppt.

Auch andere Vorhaben kamen nicht zustande wie ein Projekt der China State Farms Agribusiness Corporation (CSFAC) mit einem Volumen von 10 Millionen US-Dollar in Ghana, das im vergangenen Jahr nach einem Regierungswechsel zu Fall kam.³ Xu Jun, CSFAC-Manager, klagt, dass die „instabile politische Situation für chinesische Unternehmen, die in Afrika investieren wollen, die größte Herausforderung darstellt.“

Gleichzeitig scheint nach zahlreichen Konflikten mit Landnutzern, Streiks von Beschäftigten und wankelmütigen Regierungen nicht nur bei Investoren, sondern auch auf politischer Ebene Ernüchterung eingetreten zu sein. „Es ist nicht realistisch, Getreide in fernen Ländern anzubauen, besonders in Afrika oder Südamerika. In Afrika hungern so viele Menschen. Und das Getreide muss per Schiff nach China verfrachtet werden. Die Kosten und die Risiken sind sehr hoch“, sagt Xue Guoli, Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium.⁴ Von einem Plan der Regierung vom Sommer vergangenen Jahres, Investoren beim Lan-

derwerb in Afrika und Lateinamerika stärker zu unterstützen, will man jetzt in Beijing nichts mehr wissen.⁵

China global regional

Eindeutig hingegen der Vormarsch in Chinas unmittelbaren Nachbarländern. Investitionen in den Anbau von Grundnahrungsmitteln und agroindustriellen Rohstoffen, Viehfutter und Energiepflanzen gehen mit einem wachsenden Agrarhandel – in beiden Richtungen – einher. Ein bevorzugtes Ziel sind die kleinen Nachbarn Burma, Laos, Kambodscha und Vietnam. Für sie ist China längst wichtigster Wirtschaftsfaktor geworden, was sich auch im Agrarbereich niederschlägt.

So gehörte in Kambodscha Ende 2006 jede zweite der 26 wirtschaftlichen Landkonzessionen in ausländischem Besitz mit einer Gesamtgröße von 188.000 Hektar Chinesen. Überwiegend handelt es sich dabei anscheinend um Pflanzungen schnell wachsender Bäume wie Akazien und Eukalyptus, um Ölpalmen, Cassava, Zuckerrohr und Kautschuk. Außerdem gab China dem kleinen Nachbarn für den Ausbau der Bewässerung einen Millionen-Kredit, damit Kambodscha seine ehrgeizigen Pläne erreichen kann, zu einem führenden Reisexporteur aufzusteigen.

Auch in Laos fördert Chinas Regierung Agrarinvestitionen, unter anderem in die Kautschukproduktion. Wie in Afrika oder anderen Ländern sind belastbare Zahlen schwer zu bekommen, aber eine Schätzung spricht von 150.000 Hektar, die privaten Unternehmen preiswert für Pachtzeiten von 30 bis 50 Jahren zur Verfügung gestellt wurden.

Wie in Afrika sind unter den Investoren viele staatliche Unternehmen, häufig im Besitz chinesischer Provinzregierungen. Um die wachsenden Einkommensdisparitäten zwischen dem industrialisierten Osten und dem Westen und Nordosten zu verringern, hat ihnen die Regierung in Beijing im Rahmen eines „Going out“-Programms mehr Spielraum für eigene wirtschaftliche Aktivitäten eingeräumt. Einige Provinzregierungen stiegen innerhalb eines Jahrzehnts zu den größten Handelspartnern, Investoren und Gebern für asiatische Nachbarländer auf. Zu diesem Engagement gehören auch Pachtverträge über mehr als 400.000 Hektar Land, die die Nordostprovinz

Heilongjiang, mit einer Produktion von über 43 Millionen Tonnen (2009) der wohl größte Getreideproduzent in China, mit dem benachbarten Russland abschloss. Die Abkommen sehen Investitionen in Landwirtschaft, Viehzucht und Verarbeitung vor.

Doch ähnlich wie in Mosambik stößt auch in der Nachbarschaft die Suche Chinas nach Land und Wasser auf Widerstand. Eines der ersten Großprojekte Chinas im Off-shore-farming-Bereich war der Vorvertrag, den Fuhua, ein Unternehmen der Provinzregierung von Jilin, im Juni 2007 mit der philippinischen Regierung über die Pacht von einer Million Hektar Land für den Anbau von Hohertragreis, Mais und Sorghum unterzeichnete. Doch nach heftigen Protesten und einer erfolgreichen Mobilisierung durch zivilgesellschaftliche Gruppen, Bauernorganisationen, Kirchen und Medien machte die Regierung in Manila einen Rückzieher.

Selbst in den autoritären Nachfolgestaaten der einstigen Sowjetunion regt sich Protest. Als im Dezember 2009 Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbajev ankündigte, China wolle eine Million Hektar Land pachten, um Soja und Raps für Speiseöl anzubauen, gab es heftige Demonstrationen. „Sie haben sich 13 Milliarden US-Dollar von China geliehen“, klagt Bolat Abilov von der Oppositionspartei Azat, „und jetzt wollen sie das mit unserem Land zurückzahlen“. Kurze Zeit später dementierte die Regierung jegliche Pläne, an China Land zu verpachten.



Uwe Hoering

Der Autor betreibt die Website www.globe-spotting.de, auf der auch weitere Berichte zu Landwirtschaft in China zu finden sind.

Gekürzter Beitrag aus: *Landwirtschaft in China: Zwischen Selbstversorgung und Weltmarktintegration*, 2010. Bezug als Broschüre oder als Download (pdf-Datei): vertrieb@asienhaus.de bzw. <http://www.asienhaus.de/public/archiv/eu-china-newsletter1-11.htm#3>

- 1 European Commission, *Monitoring Agri-trade Policy. China: Out of the Dragon's den?* No. 01-08 Mai 2008.
- 2 Deborah Brautigam (2010), *The Dragon's Gift: The Real Story of China in Africa*, siehe besonders die Kapitel 9 und 10.
- 3 <http://farmlandgrab.org/14825> vom 12. August 2010.
- 4 Zitiert bei Stephen Marks, *China and the great global land grab*. *Pambazuka News*, 11. Dezember 2008.
- 5 Duncan Freemann u.a. 2008, *China's foreign farming policy*. *Brussels Institute of Contemporary Chian Studies. Asia Paper Vol. 3 (9) S. 11.*

Umwelt: befriedigend; Entwicklung: mangelhaft

Der Vorschlag der EU Kommission zur Europäischen Agrarpolitik nach 2013

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) steht vor einem weiteren Reformschritt. Die EU Kommission hat im November 2010 weit gehende Änderungen vorgeschlagen.

In der Problemanalyse identifiziert die Kommission drei zentrale Herausforderungen: Ernährungssicherheit, Umwelt und Klimawandel, sowie Räumliche Ausgewogenheit und Entwicklung ländlicher Räume. Die EU müsse auch einen Beitrag zur Welternährung leisten indem sie ihre Produktionskapazität aufrecht erhält und verbessert. Zugleich biete dies Chancen für die Europäische Lebensmittelindustrie. Zu Umwelt und Klimawandel werden zunächst die potenziell positiven Leistungen der Landwirtschaft beschrieben, und anschließend festgestellt, dass sie aktuell zu Umweltbelastungen führt. Um negative Klimawirkungen zu verringern soll (energie-)effizienter produziert, mehr Biomasse und erneuerbare Energien eingesetzt und mehr CO₂ im Humus gespeichert werden. Um den Herausforderungen gerecht zu werden schlägt die Kommission als neue Ziele der GAP vor:

- 1) Eine rentable Nahrungsmittelerzeugung
- 2) Die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimamaßnahmen.
- 3) Eine ausgewogene räumliche Entwicklung.

Interessant ist dabei, dass der Begriff Ernährungssicherheit in der Zieldefinition nicht auftaucht obwohl er zuvor als wichtige Herausforderung identifiziert wurde.

Reformierte Instrumente

Die Kommission schlägt die „nachhaltigere Gestaltung (der GAP) durch zielgerichtetere Maßnahmen“ vor. Grundlegende Instrumente würden in wesentlichen Punkten überarbeitet. So soll an den flächenbezogenen und von der Produktion unabhängigen Direktzahlungen festgehalten werden, die seit der Reform von 2003 den mit Abstand größten Posten des Agrarhaushalts bilden. Sie sollen allerdings neu begründet werden und mehrere Ziele erfüllen:

- Grundsicherung für die Einkommen;
- Verbesserung der Umweltleistung;
- Ausgleich besonderer natürlicher Einschränkungen.

Bezüglich der Instrumente, die direkt in das Marktgeschehen eingreifen, plädiert die Kommission dafür, Garantiepreise beizubehalten, die bei „normalen“ Bedingungen etwa auf dem Niveau der Weltmarktpreise liegen. Brechen die Preise stark ein, soll es weiterhin die Möglichkeit geben durch öffentliche Lagerhaltung und Exportsubventionen zu intervenieren. So will die EU die Risiken instabilerer Märkte auf ihre Handelspartner - gerade auch Entwicklungsländer abwälzen.

Da sich die Preise auf dem EU-Binnenmarkt nun weitgehend parallel zu den Weltmarktpreisen bewegen, werden Exporte genau dann subventioniert, wenn die Weltmarktpreise schon niedrig sind. Das so steigende Angebot führt tendenziell zum weiteren Preisverfall. Natürlich schaden die wenigen hundert Millionen Euro, die die EU heute für Exportsubventionen ausgibt, weniger als die bis zu zehn Milliarden, die in den 1980er und 1990er Jahren gezahlt wurden. Sie führen aber weiter zu Problemen und sind mit der Vorgabe entwicklungspolitischer Kohärenz nicht vereinbar.

Spezielle Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums

Ergänzend zu den Direktzahlungen und den Marktmaßnahmen, soll es weiter spezielle Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums geben. Dabei sollen Umwelt, Klimawandel und Innovation die Leitthemen sein und die Ziele untereinander stärker verknüpft werden. Als Beispiel werden in der Kommunikation Investitionen genannt, die sowohl die wirt-

schaftliche Leistung als auch die Umweltleistung eines Betriebs steigern sollten. Als neues Element sollen Instrumente für das Risikomanagement in die zweite Säule eingeführt werden.

Sinnvolle ökologische Ansätze - entwicklungspolitische Ignoranz

Die Überlegungen der Kommission setzen stärker auf Ökologisierung als alle bisherigen Reformvorhaben. Könnte sie sich damit durchsetzen, würde dies auch zur Lösung einiger entwicklungspolitischer Probleme beitragen. Eine umweltfreundlichere und weniger intensive Landwirtschaft wird die Weltmärkte und den internationalen Handel weniger verzerren, indem weniger künstlich verbilligte Produkte exportiert werden. Da die Vorschläge bislang nicht quantifiziert sind, ist derzeit schwer einzuschätzen, wie wirksam dies sein würde. Die ökologischen und sozialen Auswirkungen der europäischen Agrarimporte werden in der Kommunikation nicht thematisiert, dabei wird diese Frage umso relevanter, je weiter der angestrebte Liberalisierungskurs in die Praxis umgesetzt wird.

In den Teilen des Vorschlags, die sich direkt auf Märkte und Handel beziehen, ignoriert die Kommission entwicklungspolitische Anliegen. Dass Exportsubventionen weiter ein Element des „Sicherheitsnetzes“ für die europäischen Agrarmärkte bleiben sollen macht dies besonders deutlich. Auch dass der Beitrag der EU zur Welternährung vor allem im Export von verarbeiteten und tierischen Lebensmitteln gesehen wird stimmt bedenklich. Sie stellen eher ein Risiko für den Aufbau einer tragfähigen ländlichen Wirtschaft in diesen Ländern selbst dar, und führen durch den Futtermittelbedarf dazu, dass die EU viel mehr importiert als exportiert.



Tobias Reichert

Der Autor ist Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch und Mitglied in der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

Eine ausführliche Analyse zum Vorschlag der Europäischen Kommission zur Gestaltung der Europäischen Agrarpolitik nach 2013 aus umwelt- und handelspolitischer Sicht kann unter www.forumue.de herunter geladen werden.

Kampagne „Meine Landwirtschaft“ nimmt Fahrt auf

Bundesweite Aktionen, Diskussionsplattformen und Beteiligungsmöglichkeiten geplant

Die Debatte um die Zukunft der Agrarpolitik und die Ausrichtung der Landwirtschaft soll nicht länger von den Interessensvertretern der Agrarindustrie allein bestimmt werden. In der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ sind Verbraucher, Köche, Naturliebhaber, Klimaschützer, Weltläden-Besucher, Umweltschützer, Hungerbekämpfer, Bauern und viele mehr eingeladen, mitzuentcheiden, welche Landwirtschaft sie wollen. Ab 2014 soll es eine neue Agrarpolitik geben. Für die erste Hälfte dieses Jahres ist in der neuen Kampagne bereits einiges gestartet und vieles in Vorbereitung.

Zurzeit beteiligen sich an „Meine Landwirtschaft“ 29 Organisationen aus dem konventionellen und ökologischen Bauernspektrum, Umwelt- und Naturschutzvertreter sowie Tierschützer, aus der Entwicklungspolitik und den kirchlichen Kreisen. Eine Stiftung von prominenten Köchen und Verbrauchervertretungen sind auch dabei. In gemeinsamen monatlichen Treffen der Trägerorganisationen werden Ideen für die Kampagne entwickelt und die Umsetzung konkretisiert. Dabei steht im Vordergrund, dass die Kampagne in den Regionen gelebt werden muss, dass vor Ort in Foren Menschen diskutieren, und die Debatte um die Zukunft der Agrarpolitik gesellschaftlich breit geführt wird.

Kampagnenbausteine

Die bisherigen Bausteine der Kampagne sind vielfältig. Im Januar wurde die Webseite „meine-landwirtschaft.de“ online geschaltet. Zurzeit läuft die Abstimmung „Meine Landwirtschaft. Unsere Wahl!“. Die Bürger können entscheiden, wofür sie ihre Gelder eingesetzt haben wollen, denn etwa 100 Euro pro Bürger fließen jährlich in die Landwirtschaft. Sollen kleine, und bäuerliche Höfe oder Großunternehmen unterstützt werden, Gentechnik oder umweltgerechte Wirtschaftsweisen gefördert werden, sind faire Erzeugerpreise ein Ziel oder Exportsubventionen? Bis Mai läuft diese Abstimmung im Internet und über Flyer auch per Post.

Forderungen an die Politik

Aus dieser Abstimmung werden dann Forderungen an die Politik formuliert. Eine Chance besteht bei

dieser Reform darin, dass erstmalig das Europäische Parlament die Agrarreform mitgestaltet und somit der EU-Agrarrat, vertreten durch die Landwirtschaftsminister der EU-Länder, über die Agrarpolitik nicht mehr alleine entscheiden. Im November 2010 hat EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș eine erste Mitteilung zur Agrarreform rausgegeben. Gute Ansätze sind darin enthalten. Aber sowohl in der jüngsten Stellungnahme der deutschen Bundesregierung als auch

stützen. Die Kampagne will sich darüber hinaus über europäische Verbündete in der europäischen Debatte verankern. Der politische Fahrplan sieht vor, dass im Sommer das EU-Parlament über den Bericht von Albert Deß abstimmen will. Im Herbst plant die EU-Kommission den Legislativvorschlag zur Gemeinsamen Agrarpolitik. Darauf werden dann das europäische Parlament und der EU-Agrarrat reagieren. Das sind wichtige Meilensteine, wo die Kampagne agieren wird.

Regionale Aktivitäten

Gleichzeitig laufen diverse Aktivitäten in den Regionen und zu weiteren agrarpolitischen Anlässen, um die Kampagne und die Forderungen bekannter zu machen. Dabei sind Pressekonferenzen und Aktionen zu gezielten Terminen geplant. Im Mai machen sich junge Bäuerinnen und Bauern, initiiert von der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL), mehrere Wochen mit Treckern und Anhängern mit einer Sternfahrt auf den Weg durch Deutschland. Geplant sind in vielen Städten und Dörfern entlang der



im kürzlich erschienenen Entwurf für den europäischen Parlamentsbericht, verfasst vom bayrischen EU-Abgeordneten Albert Deß (CSU), werden die Reformansätze von Cioloș in beängstigender Weise totgeredet, statt weiterentwickelt.

Mobilisierung

Und genau da wird die Kampagne ansetzen. Sowohl die Bundesregierung soll Empfänger der gesellschaftlichen Forderungen sein, als auch die Europaabgeordneten aus Deutschland. Dafür müssen in diesem Jahren über verschiedene Methoden die Menschen mobilisiert werden, diese Forderungen an die Politik zu unter-

Strecke Veranstaltungen, Infotische auf Marktplätzen und das Sammeln von Unterstützern für unsere Forderungen sowie von Videobotschaften aus der Bevölkerung. Die Botschaften und Forderungen sollen in Berlin der Politik überreicht werden. Weitere gesellschaftliche Gruppen planen, die Sternfahrt zu ergänzen und zu unterstützen.

Viele Aktionen laufen außerdem unter dem Dach der Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Die Agrarkoordination führt eine Lobbybriefaktion durch zum Thema Futtermittelimporten. Am 14. Mai ist Weltladentag und die Kampagne wird bundesweit in den Weltläden beworben. Außerdem

sollen in einer Veranstaltungsreihe Verbraucher und Steuerzahler auf die Höfe der Bäuerinnen und Bauern eingeladen werden, um gemeinsam über die Zukunft der Landwirtschaft zu debattieren. Die Infos zur Kampagne werden über die vielen verschiedenen Verteiler der teilnehmenden Organisationen breit gestreut.

Weiterhin ist eine Plakataktion geplant, um die Kampagneninhalte komprimiert zu transportieren. Großplakate sollen an politisch wichtigen Orten geschaltet werden. Weitere mögliche „Plakaktwände“ sind Bauernhöfe und Felder an den Landstraßen. Kleinere Plakatformate können auf Veranstaltungen und an Info-

ständen eingesetzt werden. Eine Broschüre soll über die Hintergründe der Agrarpolitik und der Kampagne informieren und ebenfalls breit eingesetzt werden.

Engagement gefragt

Die Kampagne, die im Januar offiziell gestartet ist, nimmt langsam Formen an. Aber sie kann und wird noch weiter wachsen. Dabei hängt das meiste vom Engagement der vielen Gruppen und Akteure in den Regionen ab. Dort müssen die Debatten geführt werden. Dort heißt es, zu mobilisieren und zu unterstützen. Die Kampagne ist auf viele Organisationen, Menschen und Ideen angewiesen. Ein-

steigen und mitmachen ist jederzeit möglich. Auf das die Agrarreform, die über die Zukunft der Bäuerinnen und Bauern, des Klimas, der Umwelt, des Tierschutzes, der Hungerproblematik und vielem mehr maßgeblich entscheidet, in die richtige Richtung geht.



Berit Thomsen

Die Autorin arbeitet bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

*Kampagnenkoordination „Meine Landwirtschaft“
Aglaja Hajkova
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel: 030/67 81 775-76, Fax: 030/67 81 775-80
hajkova@meine-landwirtschaft.de
www.meine-landwirtschaft.de*

Erneuerbare Energien auf dem Prüfstand

EEG Novelle muss nachhaltigere Landwirtschaft fördern

Trotz der Irritationen, die mit der Einführung von E 10 verbunden sind, dürften demnächst in punkto Bioenergien wichtigere Debatten geführt werden. Denn in diesem Jahr novelliert die Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das in den vergangenen Jahren maßgeblich zum Ausbau des Anteils von alternativem Strom beigetragen hat. So konnten 2009 16 Prozent des gesamten Stromverbrauches durch Erneuerbare Energien abgedeckt werden, zu dem die Bioenergie wiederum rund ein Drittel beigesteuert hat. Die Neuerungen sollen zum 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Dass die verschiedenen Akteure hierüber sehr unterschiedliche Ansichten haben, liegt auf der Hand. Einigkeit herrscht allein darin, dass Fehlentwicklungen, die sich aus der teilweise massiven Förderung der Erzeugung und energetischen Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen ergeben haben, korrigiert werden müssen.

Andere Prioritäten

Die Debatte um E10, den Ottokraftstoff (Benzin und Super) mit einer Beimischung von 10 % Ethanol, zeigt aber auch, wo für viele Beteiligte die Prioritäten liegen. So warnen zwar viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen vor der massiven Verwendung von Ethanol, weil damit große Mengen von Stärke- und Zuckerrohstoffen nicht für Nahrungsmittel, sondern für die Mobilität aufgebraucht werden. Auch der Beitrag des Ethanol-Einsatzes zum Klimaschutz bleibt umstritten: Zwar soll etwa der Anbau

von Zuckerrohr dank der hohen Ernteerträge deutlich weniger Treibhausgase erzeugen, als dies beim fossilen Sprit der Fall ist. Laut Nachhaltigkeitsverordnung sind ja mindestens 35% Einsparung nachzuweisen. Solange nämlich der Einfluss von indirekten Landnutzungsänderungen noch längst nicht geklärt ist und die Aussagen dazu von „dies verschlechtert die Treibhausgasbilanz nur geringfügig“ bis hin zu „führt dazu, dass Biosprit schädlicher fürs Klima ist als Benzin“ reichen, kann der Klimaschutzbeitrag der Biokraftstoffpolitik jedenfalls infrage gestellt werden.

Doch um ökologische und soziale Nebenwirkungen kümmern sich nur wenige Autofahrer. Neben der sicheren Versorgung, geringerer Abhängigkeit von Importen und bezahlbaren Preisen ist es vor allem die Sorge um den Schaden für das eigene Auto und nicht für das Klima, die so viele dazu bewegt, erst einmal den teuren fossilen Sprit zu tanken. Für eine

häufig als Autofahrernation bezeichnete Republik ist es kein Ruhmesblatt, dass nicht einmal aus technisch-wissenschaftlicher Sicht Klarheit darüber herrscht, ob der E10-Kraftstoff für die Motoren schädlich ist oder nicht. Denn das Problem ist nicht neu: Schon der damalige Umweltminister Sigmar Gabriel sah sich im April 2008 dazu gezwungen, die für 2009 geplante Einführung von E10 aus technischen Gründen zu stoppen.

Vermaisung der Landschaft stoppen

Mit der anstehenden Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sollen auch die Anreize für die Stromerzeugung aus Biomasse überprüft werden. So hat die massive Förderung des Maisanbaues für den Betrieb von Biogasanlagen viele Kritiker auf den Plan gebracht. Viele Anwohner wehren sich gegen die Biogasanlagen, weil sie das Landschaftsbild stören und Geruchsbelästigung befürchtet werden. Vor allem aber ist es die sogenannte „Vermaisung“ der Landschaft, die viele stört. So wuchs die Anbaufläche von Biogas-Mais von etwa 70.000 Hektar (2005) auf 560.000 Hektar (2010). Während Rapsfelder im Frühjahr wenigstens schön gelb blühen und man auch dann die Landschaft sehen kann, wenn man zwischen Rapsfeldern wandert, sind Maisfelder grüne Wüsten. In vielen Fällen wird Mais mehrmals nacheinander angebaut, was für die Böden nicht gut ist. Düngemittel, Pestizide und öde Agrarmonokulturen prägen ganze Landstriche.

Im Rahmen der EEG-Novelle sollen solche Fehlentwicklungen korrigiert und vermieden werden. Vor allem die finanzielle Förderung des Anbaues nachwachsender Rohstoffe (dem NaWaRo Bonus) soll auf den Prüfstand. Ein Beispiel: Die Stromerzeugung einer kleinen Biogasanlage (Leistung kleiner als 150 KW elektrisch) wird mit 11, 67 Cent pro Kilowattstunde gefördert. Bei Anwendung von Kraft-Wärme-Kopplung (also der Nutzung der Abwärme) kommen noch einmal 3 Cent dazu. Nutzt die Anlage den Güllebonus und verwendet als Rohstoff mindestens 30% Gülle, bekommt sie auf die gesamte Strommenge noch einmal 4 Cent dazu. Macht zusammen 18,67 Cent. Vor allem solche Kombinationen der Boni haben viele Anlagen erst profitabel gemacht. Die Folge: in einigen Regionen stiegen die Pachtpreise, Wiesen und die meisten Stilllegungsflächen wurden umgeackert.

Umweltfreundlichere Landwirtschaft fördern

Der NABU fordert, die Förderung von Bioenergieproduktion grundlegend neu auszurichten, um die Nachhaltigkeit und die öffentliche Akzeptanz zu erhalten. Das Bonussystem soll vereinfacht werden. Nur noch solche Anlagen, die hohe Umweltstandards einhalten, sollen gefördert werden. Denn zu viel Grünland wurde in den vergangenen Jahren umgebrochen, zu gering war die Energieausbeute bei vielen Anlagen. In vielen Fällen wurde die Abwärme gar nicht genutzt - eine ungeheure Energieverschwendung. Der NABU fordert daher, nur noch zwei Boni zu zahlen. Einen Umweltbonus für den Einsatz von naturverträglicher Anbaubiomasse (Mischkulturen, Klee gras, Extensivgrünland und Dauerkulturen). Verbot des Grünlandumbruches, durch den ja große Mengen an Humus verrotten, was die Treibhausgasbilanz massiv verschlechtert und auch der Biodiversität schadet. Dies würde den Anlagen bis 500 kW 9 Cent einbringen.

Zusätzliche 4 Cent können diese Anlagen dann erhalten, wenn sie Reststoffe einsetzen (Bioabfälle, Grünabfälle, Gülle und andere Wirtschaftsdünger), allerdings nur für den Anteil der tatsächlich eingesetzten Reststoffe. Güllebasierte Kleinanlagen können, wenn sie einen Tierbestand aus der Standortregion nachweisen, sogar

Die Durchwachsene Silphie

Diese Pflanze (*Silphium perfoliatum* L. aus der Gattung *Silphium* aus der Familie der Asteraceae (Korbblütler)) wird bislang erst versuchsweise als Energiepflanze angebaut, ihre Kultivierung ist aktuell noch mit Schwierigkeiten verbunden.

Es muss nicht immer Mais sein. Auch andere Pflanzen können für die Biogaserzeugung verwendet werden und bieten damit die Möglichkeit, die Vielfalt im Energiepflanzenanbau zu steigern.

Eine als Energiepflanze besonders vielversprechende Art ist die Durchwachsene Silphie (*Silphium perfoliatum*). Diese hohe, gelbblühende Pflanze hat gegenständige, am Stängel zusammengewachsene Blattpaare, die einen kleinen Becher bilden, mit dem die Pflanze Tauwasser auffangen und aufnehmen kann. Dadurch ist sie gut an Trockenstandorte angepasst, während andere Biomasselieferanten wie Mais Feuchtigkeit nur aus dem Boden beziehen können und ausreichend Niederschläge brauchen.

Auch im Hinblick auf hohe Biomasserträge und hohe Methanausbeuten ist die Silphie vielversprechend: Die Erträge bewegen sich ab dem zweiten Jahr zwischen 13 und mehr als 20 Tonnen Trockenmasse pro Hektar und auch die Methanhalte sind mit denen von Mais vergleichbar.

Da in ihrer Heimat, den gemäßigten Breiten Nordamerikas, ähnliche klimatische Bedingungen wie bei uns herrschen, gedeiht die Silphie auch im nördlichen Europa. Sie gedeiht auch auf mäßigen Böden, aber auf Stickstoffdüngung kann nicht verzichtet werden. Zurzeit untersucht die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft (TLL), welche Arten sich für den Anbau eignen.

Anbau

Die Silphie ist eine ausdauernde, mehrjährige Pflanze, die sich mindestens zehn Jahre lang beernten lässt. Zwar ist der Aufwand im Pflanzjahr relativ hoch, denn die Silphie muss noch gepflanzt werden, was bei 40.000 Stück pro Hektar viel



Durchwachsene Silphie Foto: L. Maráz

Geld kostet. Hat sich der Bestand dann gut etabliert, wird man ihn unter Umständen so schnell nicht wieder los, denn die Silphie bildet ein weitverzweigtes Wurzelsystem aus. In den Folgejahren fallen zwar niedrigere Kosten an, doch fraglich ist noch, wie der große Aufwand im ersten Pflanzjahr verringert und so überhaupt erst ein Markteintritt für die Art zu schaffen ist. Ohne diesen wird sich die Silphie nicht als kommerzielle Energiepflanze etablieren können. Den Bedenken gegenüber steht jedoch das große Potenzial der massenwüchsigen, ausdauernden und – abgesehen vom ersten Jahr – sehr anspruchslosen Pflanze.

Ausblick

Die Durchwachsene Silphie wurde als Energiepflanze in Deutschland bislang nur in Thüringen in Versuchsanbauten der TLL systematisch untersucht. Die dort gesammelten vielversprechenden Ergebnisse müssen noch einige Jahre weiter abgesichert werden.

Quelle & nähere Informationen:
TLL, M. Conrad, Tel.: 036427 - 868 131
<http://www.energiepflanzen.info/pflanzen/portraits/durchwachsene-silphie.html>

E 10 – Debatte – Autofrei!

Bei allem Verständnis für die Sorgen vieler Bürger zeigt die aktuelle Debatte um die Einführung von E10 doch, dass die Unversehrtheit des eigenen Autos für viele wichtiger scheint, als der Schutz der Regenwälder, die Lösung der Hungerkrise oder der Klimaschutz. Allenfalls sorgen sich manche Akteure noch darum, ob Haferflocken, Fleisch oder Essig teurer werden, weil die Anbauflächen auch hierzulande knapper werden und in manchen Regionen der Mais nicht in Viehmägen, sondern in die Biogasanlagen wandert.

Die technischen Probleme lassen sich lösen, doch eine Vielzahl anderer Probleme bleiben.

Klimaschutz? Ob der Ersatz von Benzin durch Ethanol wirklich zum Klimaschutz beiträgt, lässt sich nicht so genau sagen. Befürworter betonen, dass die Treibhausgasminde- rung auch durch die Nachhaltigkeits- Zertifizierung gewährleistet wird. Eine CO₂ - Einsparung von mindestens 35% ist vorgeschrieben, ab 2017 sogar 50%. Der Anbau von Zucker- rohr schafft das mit seinen hohen Ertragsmengen, solange man die Ef- fekte der indirekten Landnutzungs- änderungen (ILUC: Indirect land use change) nicht berücksichtigt. Kein Prüfer kann nachverfolgen, ob durch eine hierdurch verdrängte Produk- tion nicht andernorts Regenwald zerstört wird. Ein möglicherweise fataler Unsicherheitsfaktor. Solange ILUC nicht einigermaßen plausibel angerechnet wird, bleibt die Höhe des Klimaschutzes von Ethanol, noch mehr aber von Palm- oder Rapsöl fraglich.

Zertifizierung? Innerhalb der EU ist Deutschland ist bisher das einzige Land, in dem die Zertifizierung von Biokraftstoffen vorgeschrieben ist, auch wenn es bei der Umsetzung noch Anlaufschwierigkeiten gibt. Wie lange es dauern wird, bis die anderen Länder nachziehen, ist of- fen. Wenn die EU hier nicht für die Durchsetzung klarer Regeln sorgt, dürfte die Glaubwürdigkeit ihrer oh-

nehin in der Kritik stehenden Bio- energiepolitik weiter leiden.

Ernährungssicherung? Jeder nachwachsender Rohstoff kann nur einmal verwendet werden. Zwar ist der Anbau von Roggen für die Ethanol-Erzeugung in Deutschland eine sinnvolle Anbauform, doch viele andere Produkte könnten auch für andere Zwecke verwendet werden. Das Hauptprobleme bleibt aber ungelöst: Der Flächenbedarf für die Fleischerzeugung ist um ein Vielfaches höher als das, was heute für Bioenergieproduktion verwen- det wird. Doch ehrgeizige Versu- che, den Fleischkonsum zu senken, sind kaum zu erkennen.

Benzin und Diesel? Über Nach- haltigkeitskriterien für diese fossi- len Energieträger wird kaum dis- kutiert. Warum auch: Eigentlich müssten wir darauf verzichten. Wenn der Abbau solcher fossilen Rohstoffe nicht sobald als möglich auf ein sehr geringes Niveau redu- ziert wird, lässt sich der Klimawan- del nicht mehr aufhalten. Ob wir daneben noch etwas Bioenergie verbrennen, spielt dann kaum noch eine Rolle.

Was dann/Fazit? Es kommt nicht so sehr darauf an, was man tankt, sondern ob man tankt. Es ist zu befürchten, dass die gesamte De- batte um E10, Biosprit und Palmöl von den wichtigeren Problemen und Herausforderungen ablenkt. Denn während sich trefflich darü- ber streiten lässt, ob Ethanol dem Motor gut tut, oder der Anbau von Ölpalmen dem Regenwald schad- et, müssten wir uns mehr darum kümmern, unseren energieintensiv- en Lebenswandel zu ändern. Tank oder Teller? Fleisch oder Brot? Oder wie Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamts kürzlich sag- te: „E 10 darf nicht das Aspirin für den Klimaschutz im Verkehr sein, sondern muss in eine verkehrspoli- tische Strategie eingebunden sein.“ Diese sucht man in Deutschland bis- her vergebens.

auf 6 Cent hoffen. In der Tat gibt es Alternativen zum Mais: Futterroggen und Futterhirse, Ganzpflanzensilage aus Wintergerste und Wintertriticale, das Ackergras „Landsberger Geme- ge“ und bislang weniger bekannte Pflanzen wie die Durchwachsene Sil- phie.

Widersprüchliche Politikziele?

Doch spätestens hier werden die Widersprüche zwischen den verschie- denen Umweltzielen deutlich. Denn die Pflanze mit den bisher weitaus höchsten Biogaserträgen ist der Mais. Auch die Kosten steigen, denn die bis- herigen Anlagen sind für andere Sub- strate nicht optimiert worden. Gras kann nicht so gut gehäckselt werden, wie Mais, viele Sorten müssen erst noch auf höhere Biogaserträge hin gezüchtet werden. Ohne entspre- chende Förderung ist der Einsatz sol- cher Alternativen kaum möglich.

Die Folge: Baut man weniger ertrag- reiche Pflanzen an, braucht man grö- ßere Flächen. Damit wächst die Flä- chenkonkurrenz zu anderen Verwen- dungen (Lebensmittel, Naturschutz). Vorausgesetzt, man will die geplanten Anteile von Erneuerbaren Energien am Gesamtenergieaufkommen errei- chen.

Doch hier empfiehlt es sich, Prioritä- ten festzulegen und die Folgen seiner Zielsetzungen abzuwägen. Ist Grün- land einmal umgebrochen, dauert es sehr lange, bis der Bodenumus und Biodiversität wieder hergestellt wer- den können. Überhaupt ist es grob fahrlässig, Raubbau an unseren Bö- den zu betreiben, denn dies hat fa- tale Folgen für jede Produktion. Man wird den Ausbau der Erneuerbaren Bioenergien auf die Mengen begren- zen müssen, die nachhaltig erzeugbar sind.

Bioenergie als Regelenergie

Doch es gibt ja noch andere und in vielen Fällen effektivere Maßnahmen, um die Verbrennung fossiler Energie- träger zurückzufahren und den Aus- stieg aus der Atomenergie zu reali- sieren. Im Bioenergiesektor sind diese vor allem technisch-organisatorischer Art. So müsste der KWK-Bonus nach- gebessert werden, also die Förderung von Anlagen, die durch Kraft-Wärme- Kopplung die Abwärme besser ver- wenden und damit mehr Nutzen aus der Biomasse schöpfen. Wichtig wäre

Foto: L. Maráz



eine ziemlich flächen- und energieintensive Ernährungstechnik.

Den Deutschen Bauernverband aber plagen andere Sorgen. In einer Positionierung zum EEG thematisiert man zwar die Konkurrenz von Bioenergie zur Nahrungsmittelproduktion. Demnach müsse ein wesentliches Ziel der Novelle darin bestehen, eine „sinnvolle Verbindung zwischen Tierhaltung und Biogasproduktion“ herzustellen, vor allem

auch die Schaffung von Anreizen zur System- und Marktintegration für Regenergie: Biogas kann gespeichert werden und gezielt dann zum Einsatz kommen, wenn etwa der Spitzenlaststrom besonders viel einbringt. Letztlich müssen sich die besonders effizienten Anlagen am Markt durchsetzen. Die Biogasbranche hat in den vergangenen Jahren dank der Förderung durch das EEG viele Innovationen und Effizienzsteigerungen hervorgebracht. Zwar soll es im Rahmen der Änderung des EEG ein Bestandschutz für Altanlagen geben, was durchaus nachvollziehbar ist. Doch Anreize für mehr Effizienz würden die ökologischen und sozialen Kosten der Bioenergieproduktion gering halten.

Flächenkonkurrenzen anderer Art

Weitgehend unbeachtet bleiben andere Potentiale. So empören sich zwar viele durchaus zu Recht über den ausufernden Anbau von Biogasmais. 560.000 Hektar ist auch kein Pappenstiel. Doch wer weiß schon, dass die gesamte Anbaufläche für Mais in Deutschland zurzeit bei etwa 2,1 Millionen Hektar liegt? Von den drei Vierteln der Maisanbaufläche, die nicht zur Bioenergieerzeugung genutzt werden, wird das meiste für die Produktion von Futtermitteln gebraucht (ein anderer Teil dient der Erzeugung von Maisstärke für industrielle Zwecke und Nahrungsmittel). Statt „Tank oder Teller“ könnten also auch Slogans wie „Fleisch oder Brot?“ in den Schlagzeilen stehen.

Eine Verringerung unseres Fleischkonsums würde viel Platz schaffen, und dies nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Ländern, aus denen wir massenweise die Futtermittel importieren, mit denen die deutsche Landwirtschaft angeblich die halbe Welt mitversorgt. Fleisch zu essen ist

durch den gezielten Anreiz zur Nutzung von Gülle, Mist und Reststoffen. Dies mindere die Flächenkonkurrenz.

Sinnvoll mag das für viele Landwirte sein, doch aus energie- und umweltpolitischer Sicht ist das zu wenig. Natürlich muss die Gülle, die wir im Rahmen der Fleischproduktion erzeugen, viel stärker als bisher für die Erzeugung von Bioenergie genutzt werden. Neben dem Energiegewinn wirkt sich auch die Vermeidung von Ammoniak- und Methanemissionen sehr günstig aus, und die Nährstoffe bleiben ja erhalten. Doch ist die aufwendige Erzeugung von Gülle wahrlich keine ökologische Form der Energieerzeugung.

Fazit

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist eine Erfolgsgeschichte und ein Exportschlager. Kaum eine Maßnahme hat so viele Innovationen in Gang gesetzt, Arbeitsplätze geschaffen und dazu beigetragen, Umweltschäden zu verringern und gleichzeitig Gelder, die bislang in Öl-exportierende Länder flossen, in die heimische Energieerzeugung zu investieren. Es lohnt sich für eine EEG-Novelle zu engagieren, die Fehlentwicklungen abstellt, neue Anreize für ökologischere Energieerzeugung schafft, aber das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet. Die schlechten Erfahrungen der Pflanzenöl-Branche, die durch eine drastische Steuererhöhung fast komplett ausgelöscht wurde, sollten sich nicht bei der Biogaswirtschaft wiederholen. Doch auch sie muss sich mehr anstrengen, um effizienter zu wirtschaften. Die Solarbranche hat es soeben vorgemacht.



László Maráz

Der Autor ist Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung und Koordinator der Plattform nachhaltige Biomasse.

Minister Remmel gründet „Dialog Landwirtschaft und Umwelt“

Im Februar wurde unter Leitung von NRW Landwirtschaftsminister Johannes Remmel der Dialog „Landwirtschaft und Umwelt“ gegründet. Zur konstituierenden Sitzung eingeladen waren Repräsentanten von Verbänden und Institutionen aus Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz und Verbraucherschutz sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Nach Angaben des Ministeriums wurden auf der Sitzung folgende Punkte vereinbart:

- Die Organisation und Geschäftsführung übernimmt das NRW-Landwirtschaftsministerium.
- Mindestens einmal pro Halbjahr soll zum Dialog eingeladen werden. Die nächsten Sitzungen finden im Juli und November dieses Jahres statt.
- Themenvorschläge können von allen Beteiligten eingereicht werden.
- Ziel ist ein ergebnisoffener Austausch, gemeinsame Positionen können, müssen aber nicht erarbeitet werden.
- Bei der nächsten Sitzung diskutiert werden die Themen „Flächenverbrauch“ und „Flächenkonkurrenz“ (agrar-presseportal.de)

Kommentar:

Der Dialog Landwirtschaft und Umwelt reiht sich ein in eine Reihe schon existierender oder in Gründung befindlicher Runder Tische in NRW (z.B. Flächenschutz, Wirtschaft und Umwelt). Durch seine breite und hochkarätige Besetzung läuft er allerdings Gefahr, dass er über den Austausch der Verbandsstandpunkte nicht hinauskommt. Durch die Einrichtung einer ersten Arbeitsgruppe zum Thema Bioenergie könnte das aber aufgebrochen werden. Sicher ist der Dialog notwendig und richtig, Minister Remmel und die rot-grüne Landesregierung müssen aber zügige Weichenstellungen in der Landwirtschaft vornehmen und können nicht auf eine 2x jährlich tagende Dialogrunde warten. Die Grünlandverordnung ist hier schon ein erster richtiger Schritt, die klare Positionierung bei der EU-Agrarreform sicher auf längere Sicht noch viel bedeutender.



Kommentar von Josef Tumbrinck

(Vorsitzender des NABU-Vorstands in NRW)

Schuldenfalle in der Landwirtschaft

Zur Krise der Mikrofinanzierung in Indien

Seit Jahren verbindet sich mit dem Ruin der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Indien eine grauenhafte Statistik: Die Selbsttötung von Bauern. Todesursache: Überschuldung. Seit 1993 waren es mehr als 200 000. Im vergangenen Jahr häuften sich erstmals die Nachrichten über Frauen in ländlichen Regionen, die sich ebenfalls wegen ihrer untilgbaren Schuldenlast das Leben nahmen. Hinter den Zahlen steht die Tatsache, dass die Modernisierung der indischen Landwirtschaft mit dem Übergang zu Cash Crops, Bewässerungsanbau, zu Pestiziden, Hohertragssaatgut und anderen technologischen und agro-chemikalischen Inputs ein politisch gesteuerter Prozess ist, der sich in hohem Maße über Kredite und Finanzdienstleistungen vermittelt.

Kredite für ländliche Entwicklung

Seit Indira Gandhi 1970 indische Banken verstaatlichte, waren diese verpflichtet, 40 Prozent ihrer Kredite für ländliche Entwicklung zu vergeben und 25 Prozent an die sozial schwächsten Gruppen der Bevölkerung. Ende der 1980er Jahre kamen die Banken diesen Zielvorgaben sehr nahe. Seit jedoch mit der Liberalisierung der indischen Wirtschaft 1991 als Bedingungen für die Kreditvergabe finanzielle Solvenz, gute Geschäftsaussichten und Profitabilität eingeführt wurden, war die Vergabe von Darlehen an ressourcenarme Bauern rückläufig, während die ressourcenreichen Bauern sich zu einer neuen ländlichen Kapitalistenklasse entwickelten. Gleichzeitig übernahmen die Regierungen der südindischen Bundesstaaten das Modell der Mikrofinanzierung für Selbsthilfegruppen von Frauen. Pate stand die Grameen Bank in Bangladesh. Mithilfe von Weltbank-Krediten und vermittelt über die staatliche Entwicklungsbank NABARD bekamen seitdem etwa 100 Millionen Frauen kleine Kredite, mit denen sie die ländliche Entwicklung als Kleinstunternehmerinnen ankurbeln sollten. Neben den durch die Regierung und NROs mobilisierten Selbsthilfe-Programmen löste die Liberalisierung des Finanzsektors eine Gründungswelle von kommerziellen Mikrofinanzinstitutionen (MFIs) aus. Die indische Regierung erklärte „finanzielle Inklusion“ zum Ziel, weil nur 50 000 der 600 000 Dörfer Indiens Zugang zu Finanzdienstleistungen



Foto: Flickr/Dinesh Cyanam

hatten. Sie verpflichtete die MFIs per Gesetz dazu, sich auf Kreditvergabe zu beschränken. Deshalb nahmen sie zur Finanzierung ihrer Kreditgeschäfte selbst bei indischen und immer häufiger auch bei ausländischen Banken Kredite auf, die sie mit erheblichen Zins- und Gebührenaufschlägen an die Frauen weiterverliehen. Die „Penetrationsrate“ entlegener Gebiete wurde zum neuen Erfolgsindikator, aber eine gesetzliche Regulierung des wildwüchsigen Sektors gab es nicht.

Jahrelang wurden die Mikrokredite als entwicklungspolitisches Patentrezept zur Armutsbekämpfung, zum Frauen-Empowerment und zur ländlichen Entwicklung schlechthin gepriesen - sowohl in Indien als auch von ausländischen Gebern. Im Zentrum der Erfolgsgeschichte standen lachende Frauengruppen mit einer hohen Rückzahlungsmoral, nämlich bis zu 98 Prozent. Mit der Nachricht über die Selbsttötung von Frauen ist diese Säule der internationalen Entwicklungsarchitektur wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Die Rückzahlungen der Frauen brachen massiv ein. Die Mikrofinanzinstitutionen gerieten in Liquiditätsprobleme. Im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh, dem weltweiten Musterland der Mikrofinanzierung, platzte - wie in den USA - die Kreditblase und der Mikrofinanzmarkt steckt in einer heftigen Krise.

Was ist passiert in den kleinbäuer-

lichen Haushalten Andhra Pradesh? Seit der Liberalisierung fuhr die indische Regierung ihre Investitionen in den kleinbäuerlichen Sektor um mehr als ein Drittel zurück. Die kleinbäuerlichen Einkommen sanken um 20 Prozent. Kleinbauern liehen sich immer häufiger Geld von lokalen Geldverleiher, weil es zu schwierig war, von den Banken einen Kredit für die Landwirtschaft zu bekommen. Weil jedoch die Geldverleiher im Dorf regelmäßig Wucherzinsen verlangen, während häufig die Hoffnung auf schnelle Produktivitätssteigerung und gute Verdienste aus dem Anbau nicht aufging, gerieten die Bauern in eine Verschul-

dungsspirale. Der regelmäßig von der Regierung aus wahl-populistischen Gründen ausgerufenen Schuldenerlass für Bauern brachte keine Wende, weil nur Bankkredite, nicht aber informelle Finanztransaktionen abgedeckt werden.

Zeitgleich wurden die Frauen in den Dörfern, die meisten Subsistenzbäuerinnen, die zusätzlich als Tagelöhnerinnen auf den Feldern reicher Bauern arbeiten, mit Mikrokrediten überschüttet. Denn inzwischen waren mehr als 3000 Mikrofinanzinstitutionen (MFIs) entstanden. Die dank der hohen Rückzahlungsquote der Frauen guten Renditeaussichten lösten eine Art Goldrausch und Wachstumswahn aus. Je mehr Dörfer „penetriert“ wurden, desto mehr bäuerliche Haushalte wurde finanziell „inkludiert“. Doch diese Inklusion fand nicht über die Landwirtschaftskredite der Banken, sondern über die Mikrokredite für die Frauen statt.

Finanzialisierung des Alltags, Feminisierung der Verschuldung

Mit festem Blick auf die Rendite und ihre Erfolgsprämien jagten sich zigtausende, meist männliche Agenten der MFIs gegenseitig die Kundinnen in den Dörfern ab. Wie bei den billigen Hypothekenkrediten in den USA kam es zu einer Kreditschwem-

me und die MFI-Agenten drängten den Frauen, darunter viele unter der Armutsgrenze, die keine realistische Rückzahlungschance hatten, die Darlehen förmlich auf. Je stärker die MFIs expandierten, desto mehr Kapital brauchten sie vom internationalen Finanzmarkt. Den Banken, Investoren und den Anlegern in den inzwischen zahlreichen Mikrokreditfonds wurden sichere finanzielle und moralische Rendite in Aussicht gestellt, nämlich Frauen zu helfen, sich aus eigener Kraft von der Armut zu befreien. Trotz des sozialen Feigenblatts sind die kleinen Kredite nun gänzlich in die Verwertungslogik des Finanzkapitals eingebunden. Bizarrerweise profitierten die MFIs von der globalen Krise 2008, in der nomadisierendes Kapital neue Anlagemöglichkeiten suchte – und damit zum Aufbau einer neuen Blase beitrug.

In Andhra Pradesh, das zur weltweiten Nr. 1 der Kredit-„Penetration“ avancierte, hatte all dies zur Folge, dass schließlich 82 % der bäuerlichen Haushalte hoch verschuldet waren – über 30 Prozent mehr als im indienweiten Durchschnitt. Rein statistisch flossen in jeden armen Haushalt in Andhra Pradesh acht Kredite. Cash-Flow und Konsum nahmen in den Dörfern bei wachsender Verschuldung zu. Die Mikrokredite bewirkten eine Finanzialisierung des Alltags, wie dies für die USA genannt wurde, und zu einer wachsenden Abhängigkeit kleinbäuerlicher Haushalte von den Finanzdienstleistungen.

Die Kredite sollten die Frauen für „einkommenschaffende Maßnahmen“, vor allem einen Einstieg in nicht-landwirtschaftliche Selbstbeschäftigung und kleinstunternehmerische Tätigkeiten nutzen. Tatsächlich aber zahlten viele Haushalte mit den Mikrokrediten der Frauen als erstes die Schulden der Männer beim lokalen Wucherer zurück. Da die MFI-Agenten die stattlichen Zinsen und Gebühren von meist mehr als 30 Prozent einmal pro Woche eintraben, nahmen die Frauen mehrere Kredite von mehreren Anbietern auf, um alle Rückzahlungen prompt leisten zu können. Wenn das nicht reichte, gingen sie schließlich doch wieder zum lokalen Geldverleiher. Hinter der hohen Rückzahlungsquote, die sich demnach nur teilweise durch den Gruppendruck erklären lässt, verbarg sich

ein kompliziertes System finanzieller Transaktionen mit einer wachsenden Verschuldung bei verschiedenen Quellen und ein ständiges Verschieben der Schulden.

Trotzdem haben die kleinen Kredite vielen Frauen Anerkennung und Verhandlungsmacht sowohl in der Familie als auch gegenüber Behörden gebracht. Doch der nachhaltige ökonomische Nutzen ist offenbar extrem gering. Wegen ihrer kurzen Laufzeiten sind Mikrokredite nicht zur Finanzierung der Landwirtschaft und zur Überwindung der Krise kleinbäuerlicher Produktionsweise geeignet. Doch weil die Haushalte gelernt haben, ihren Alltag knapp oberhalb oder unterhalb der Armutsgrenze durch das Jonglieren mit den kleinen Darlehen zu finanzieren, sind sie hochgradig abhängig von der immer wieder neuen Zufuhr von Geld von außen. Für sie sind die Kleinkredite zum Lebensmittel geworden.

Wo die Kreditvergabe zum Business und der Profit für die Gläubiger zum Selbstzweck wurde, haben die kleinen Kredite mit der ursprünglich intendierten Armutsbeseitigung nichts mehr zu tun. Das versprochene Münchhausen-Prinzip, dass die Frauen sich am eigenen Schopf aus der Misere ziehen können, erweist sich als Mär. Vielmehr bewirken die Mikrokredite eine Feminisierung der Verschuldung und stellen das direkte Gegenteil des ursprünglichen Ziels dar, die Frauen aus den Fängen der lokalen Geldhaie zu befreien. Überschuldung aber bedeutet ein hohes Risiko, das kleine Stück eigenes Land zu verlieren, und damit eine Bedrohung für die kleinbäuerliche Existenz.

Eine kürzlich erlassene Verordnung der Regierung von Andhra Pradesh zu MFIs bemüht sich um Schadensbegrenzung, aber schützt die Kreditnehmerinnen nicht effektiv vor Ausbeutung. Sie ist ebenso halbherzig wie die Finanzmarktregulierung im Westen. Nationale wie ausländische Banken, darunter der US-Konzern Citi Group entfalteteten mit Kapitalhilfe einen Rettungsschirm für die MFIs.

Kreditunabhängige Landwirtschaft

Erstaunlicherweise bestehen jedoch in Andhra Pradesh auch krisenfreie Zonen, wo kleinbäuerliche Landwirtschaft und ein Überleben der Haus-

halte unabhängig von permanenter Kreditvergabe möglich sind. Die Decan Development Society (DDS), eine NRO, die in fast hundert semi-ariden Dörfern tätig ist, setzt nicht auf Kredite, sondern auf Hirse als Lebensmittel. Hirse steht für tradierte, im Unterschied zu Reis und Weizen genügsame, vor allem dürreresistente Sorten und ein landwirtschaftliches Konzept des Misanbaus, das auf „moderne“ Inputs und Bewässerung weitgehend verzichtet. Hier sind Frauen aus kleinbäuerlichen Haushalten die Hauptakteurinnen, weil sie von alters her die Expertinnen des Saatguts und der Biodiversität sind. In jahrelanger Arbeit haben sie Saatgutbanken angelegt und mehr als 70 Sorten von Getreide und Linsen vor dem Vergessen und Aussterben bewahrt. DDS veranstaltet in jedem Jahr ein aufwendiges Festival, um die alten Sorten und das lokale Wissen über sie zu verbreiten, organische Schädlingsbekämpfer statt Pestizide und Kompost statt Kunstdünger bekannt zu machen. Dabei tauschen die Frauen Saatgut und Kenntnisse, haben aber auch ihr eigenes Kreditssystem entwickelt. Sie vergeben Saatgut als Kredit, für den sie Erntegut als Rückzahlung erhalten. Durch Aussaat wird das Saatgut quantitativ vermehrt und seine Qualität erhalten.

Auch in diesen Dörfern sind es überwiegend Männer, die immer wieder den Versprechen auf höhere Erträge und Verdienste durch cash-crop-Anbau Glauben schenken, die Abhängigkeit von Markt- und Preisschwankungen nicht sehen und bereit wären, für Agrarinputs und Brunnenbohrung einen Kredit aufzunehmen – wenn denn die Frauen zustimmen würden. Das stärkste Gegenargument der Frauen ist die Erfahrung, dass ihr biodiversitätszentrierter Anbau sowohl Dürren als auch die Mikrokreditkrise ohne große Einbrüche überstanden und die eigene Ernährung wie auch die Belieferung der lokalen Märkte sichergestellt hat. Sie sind durch eine kleinbäuerliche Landwirtschaft empowert, die nicht von Krediten abhängig ist.



Christa Wichterich

Die Autorin ist Soziologin und freiberufliche Publizistin. Sie ist Mitglied in der AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung.

Bericht der Klima-Allianz

Starten statt warten
– Klima-Ziele auf EU-
Ebene höher stecken



Ein ambitionierter Klimaschutz in Europa hätte nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch immense Vorteile. Dies ist das zentrale Ergebnis einer aktuellen Studie des Climate Action Network (CAN), die nun über die Klima-Allianz auch auf Deutsch erhältlich ist. Die Studie belegt auf sehr eindrucksvolle Weise, wie sehr die europäische Wirtschaft von einer Erhöhung ihres CO₂-Reduktionsziels von 20 auf 30 Prozent bis 2020 profitieren würde. Das 30-Prozent-Ziel würde das Wirtschaftswachstum ankurbeln, neue Jobs schaffen, Innovationen fördern und zu besserer Energiesicherheit in Europa beitragen. Unterlassener Klimaschutz, so die CAN-Studie, ist demgegenüber viel teurer. Allein durch einen Verfall der Preise für die Zertifikate im Emissionshandel könnte die EU zwischen 2013 und 2020 insgesamt 70 Milliarden Euro an Einnahmen verlieren. Deutschland allein drohen in diesem Zeit-

Foto: Die Klima-Allianz

raum Einnahmeverluste von 15 Milliarden Euro.

>> Studie unter www.klima-allianz.de/ Print-Exemplare bei der Klima-Allianz bestellen

Die Zukunft des Automobils: Klimaschleuder oder CO₂-effizientes Auto?

Die Mobilitätsrunde der Klima-Allianz arbeitet derzeit am Thema Firmenwagenbesteuerung. Der Anteil von Dienstwagen bei der Neuzulassung von Fahrzeugen liegt mittlerweile bei über 60 %. Dienstwagen haben einen entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung des Fahrzeugbestands in Deutschland, weil der größte Teil oft nach wenigen Jahren weiterverkauft wird und so den Gebrauchtwagenmarkt dominiert. Die bisherigen steuerlichen Regelungen, sowohl der betrieblichen als auch der privaten Nutzung von Dienstwagen, sind weder ökologisch noch sozial: Von der deutschen Dienstwagenbesteuerung profitieren diejenigen am meisten, die am weitesten fahren, den höchsten absoluten und relativen Privatanteil aufweisen, die teuersten und neuesten Fahrzeuge nutzen, den klimafeindlichsten Fahrstil aufweisen und den höchsten Grenzsteuersatz bei der

Einkommensteuer haben. Eine Neuregelung ist daher dringend notwendig und wird daher von der Klima-Allianz eingefordert.

Terminhinweis: 28.3.2011, 10.00 – 13.00 Uhr: Workshop „Klimaschleuder oder CO₂-effizientes Auto – was eine Reform der Firmenwagenbesteuerung leisten kann“, mehr Infos unter www.klima-allianz.de

MovingPlanet – und sie bewegt sich doch!

Im September ist es wieder soweit: Der weltweite Klima-Aktionstag findet am 24.9.2011 statt und steht dieses Jahr unter dem Motto „MovingPlanet!“. Die Klima-Allianz koordiniert die Aktivitäten in Deutschland. Das breite gesellschaftliche Bündnis zeigt mit einer zentralen Aktion in Berlin und vielfältigen dezentralen Aktionen vor Ort, dass die Klimapolitik ambitionierter werden muss.

Terminhinweis: 24.9.2011 Weltweiter Klima-Aktionstag; Aktionsideen, Veranstaltungshinweise etc. bitte an reuter@klima-allianz.de

Übrigens: Die Website der Klima-Allianz gibt es jetzt auch auf Englisch: www.climate-alliance-germany.de/



Katharina Reuter

Die Autorin ist Koordinatorin der Klima-Allianz.



Auf halbem Weg

Reicht der EU ein Ziel von 30% Treibhausgasreduktionen für 2020 oder sind 25% schon zu viel?

Während der englische Umweltminister Chris Huhne von höheren EU-Klimazielen wirtschaftliche Vorteile erwartet, warnt Kommissar Oettinger vor der Gefahr eine De-Industrialisierung Europas.

Momentan gilt für die Staaten der EU die griffige Formel 20% weniger CO₂ mit 20% Erneuerbaren Energien und 20% Einsparungen durch Energieeffizienz bis 2020. Das klingt nur solange gut, bis man einmal ausrechnet, dass auf dem Weg von 100% Emissionen im Jahr 1990 zu 80-95% Einsparungen im Jahr 2050, bis 2020 die Hälfte der Zeit abgelaufen ist und die Mitte im besten Fall 40% heißen kann.

Die internationale Klimapolitik kann nicht scheitern, denn sie ist unverzichtbar. Ohne eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls fehlt allerdings die Grundlage für einen weltweiten CO₂ Handel, einstmals gefeiert als ein wirkungsvolles marktwirtschaftliches Instrument im Kampf gegen den Klimawandel. Für den Erfolg der UN-Klimaverhandlungen in Durban wäre ein mögliches Anheben der EU Reduktionsziele auf 30% bis 2020 ein wichtiges Signal. Doch in vielen Mitgliedsstaaten der EU wird befürchtet, dass ambitioniertere Ziele im Klimaschutz Wettbewerbsnachteile auf dem Weltmarkt bedeuten.

Mit der Klimaroadmap 2050 für eine kohlenstoffarme Wirtschaft und der Energieroadmap 2050 hat die EU-Kommission gleich zwei strategische Kommunikationspapiere auf

den Weg gebracht, die fast 40 Jahre in die Zukunft planen. Für einen Abgeordneten, der bis zu seiner Wiederwahl denkt, ein deutlich zu langer Zeitraum. Für die Handlungsfähigkeit der EU, besonders bei schmerzlichen Einschnitten für den Klimaschutz, könnten die auf Grundlage der Roadmaps entstehenden Gesetzgebungen jedoch genauso notwendig werden, wie die in Deutschland eingeführte Schuldenbremse für die Durchsetzung von Sparmaßnahmen ist.

Die am 8. März von der Generaldirektion Klima veröffentlichte Klimaroadmap 2050 fokussiert auf der Vereinbarkeit von Klimazielen und wirtschaftlicher Entwicklung. Sie macht zwei wichtige Feststellungen: 25% EU-interne (!) Emissionsreduktionen können bis 2020 ohne nennenswerte wirtschaftliche Einbußen erreicht werden können und alternativ zu einem geänderten EU-Klimaziel mit komplizierten Gesetzesänderungen im ETS besteht auch die Möglichkeit ETS-Zertifikate vom Markt zu nehmen und auf diese Weise einen EU-CO₂-Markt mit höheren Emissionszielen zu simulieren.

Obwohl mit den bisherigen Energieeffizienzmaßnahmen das zurzeit freiwillige Ziel maximal zur Hälfte erreicht werden könnte, enthält der

gleichzeitig veröffentlichte Energieeffizienzplan keine neuen Impulse, sondern schlägt lediglich vor, 2013 ein weiteres Mal zu überprüfen, ob die Ziele erreicht werden.

Doch mit dieser zurückhaltenden Position zu höheren Emissionszielen steht die Kommission wissenschaftlich auf sehr wackeligen Füßen. Nicht nur, dass die EU mit 20% in 2020 die notwendige Begrenzung der maximalen Erderwärmung auf 2°C nicht erreichen kann, auch wirtschaftlich können die bestehenden Ziele nicht überzeugen. Das hat mehrere Gründe:

- Die bisherigen EU-Klimaschutzziele lassen sich aufgrund des Wirtschaftseinbruchs während der Finanzkrise so einfach erreichen, dass sie keine Anreizwirkung für klimafreundliche Investitionen mehr haben.
- Die benutzten Berechnungsmodelle berücksichtigten die Kosten des Klimaschutzes, aber nicht ausreichend die ökonomischen Vorteile von Klimaschutzmaßnahmen.
- Für die meisten ökonomischen Prognosen wurden aus heutiger Sicht unrealistisch niedrige Energiepreise angenommen. Das Modell der Kommission erwartet einen Preis von \$ 90 Dollar im Jahr 2020 und maximal \$ 115 im Jahr 2035.

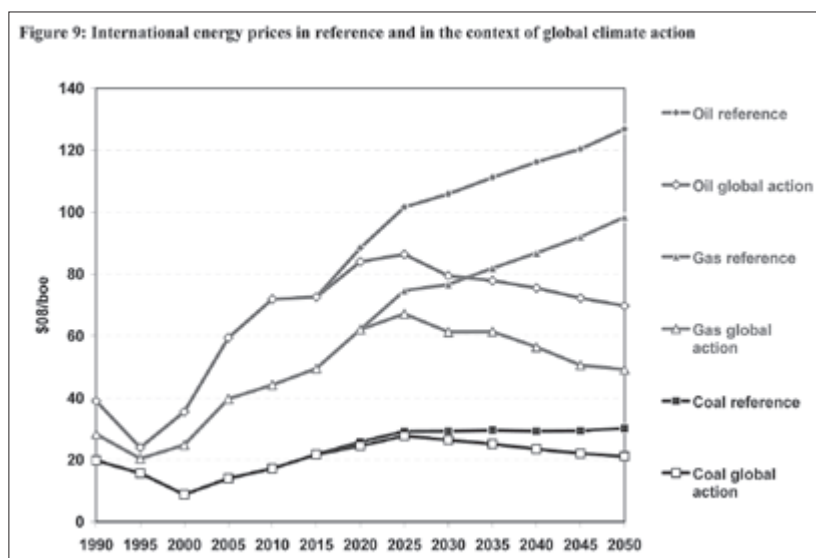
Mehrere kürzlich veröffentlichte Studien bestätigen dies: „A new Growth Path for Europe“¹, von PIK und BMU erstellt, kommt zu dem Ergebnis, dass ein EU-Einsparziel von 30% bis 2020 jährlich 0,6% zusätzliches Wachstum und insgesamt 6 Millionen neue Jobs anregen würde. Die CAN-Europe Studie „30%, Warum die EU ihre Klimaziele für 2020 höher stecken sollte“² stellt zudem fest, dass mit einem 30%-Ziel allein in Deutschland jährlich über 8 Mrd. € Gesundheitskosten eingespart werden könnten.



Dietrich v. Tengg-Kobligk

Der Autorist seit November 2010 Europabeauftragter des Forum Umwelt & Entwicklung in Brüssel und arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Klimaschutz und Energie.

- 1 PIK/BMU „A new Growth Path for Europe“: http://www.european-climate-forum.net/fileadmin/ecf-documents/Press/A_New_Growth_Path_for_Europe_Synthesis_Report.pdf
- 2 CAN-Europe/FUE/KA „30%, Warum die EU ihre Klimaziele für 2020 höher stecken sollte“: <http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2011/03/30Prozent.pdf>



Quelle: Europäische Kommission, http://ec.europa.eu/clima/roadmap/docs/sec_2011_288_en.pdf, S. 34

Rio+20

Die Vorbereitungen nehmen Fahrt auf

Am 7. und 8. März fand die zweite Sitzung der Vorbereitungskommission für den UN-Gipfel über Nachhaltige Entwicklung (UNCSD), auch Rio+20 genannt, im New Yorker UN-Hauptquartier statt. Dieser Rio-Gipfel rückt zunehmend in den Fokus des Interesses von Regierungen, NGOs und natürlich auch der UN-Institutionen selbst. Verhaltener Optimismus prägt die Einschätzungen der meisten beteiligten Akteure, auch wenn es zu früh ist, aus dem jetzigen Planungsstand allzu viele Prognosen für den Gipfel abzuleiten. Sein Termin steht nun mittlerweile fest: 4.-6. Juni 2012.

Das inhaltliche Thema des Gipfels, die »Green Economy«, ist nach wie vor ein relativ vages Konzept. Die Diskussionen bei der New Yorker »Prepcom 2«-Sitzung verliefen jedoch nicht mehr ganz so scharf wie in den letzten Jahren entlang der üblichen Nord-Süd-Konfrontation.

Auch wenn immer noch viele der G77-Regierungen bei dem Begriff erstmal in Abwehrhaltung gehen und gleich vor allem möglichem warnen, insbesondere vor versteckten protektionistischen Hintertürchen, so mehren sich doch auch im Süden differenziertere Stimmen. Gerade die Schwellenländer sehen zunehmend auch die Chancen – und die Unausweichlichkeit – einer ökologischeren Wirtschaftsweise. Korea beispielsweise rief zu einer ökologischen Steuerreform auf.

Green Economy als neuer Wachstumsmotor

Die Zeichen mehren sich, dass die »Green Economy« zunehmend als Gewinnerthema gesehen wird, und so wies UNEP-Chef Achim Steiner darauf hin, dass man bei der Transformation zu einer Green Economy die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) nicht vergessen dürfe, die nicht genügend Ressourcen für diese Transformation haben. Die EU betonte die Wachstum-

spotenziale einer Grünen Wirtschaft, ihre Arbeitsplatzchancen und schlug vor, einen Fahrplan (neudeutsch »Roadmap«) zu einer grünen Wirtschaft als Ergebnis von Rio zu beschließen. »The greening of economies is not generally a drag on growth, but a new engine of growth,« schlußfolgerte der neue UNEP-Bericht »Towards a Green Economy«. Dass Wirtschaftswachstum vielleicht nicht nur ein Teil der Lösung sein könnte, sondern auch ein Teil des Problems – darauf hinzuweisen, bleibt wohl Aufgabe der NGOs.

Meerespolitik

Eine auffallend wichtige Rolle spielte die Meerespolitik in dieser Diskussion – die AOSIS-Gruppe der kleinen Inselstaaten betonte die Rolle der »blue economy« und die erheblichen Regulierungsdefizite bei der Nutzung bzw. Übernutzung der maritimen Ressourcen. Ähnlich argumentierten eine ganze Reihe weiterer staatlicher, zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Teilnehmer – man kann also davon ausgehen, dass dieses Thema für Rio+20 eine bedeutende Rolle spielen wird.

Reformen

Zweites Thema des Gipfels und damit auch der Prepcom ist die institutionelle Reform des Umweltbereichs

der Vereinten Nationen, die mit dem Kürzel IEG beschrieben wird (»International Environmental Governance«). Hier besteht schon seit langem Handlungsbedarf, aber das gilt für das gesamte Setup der Vereinten Nationen – und der notwendige Konsens ist eben sehr schwer zu erzielen. Auch bei der IEG-Diskussion fällt auf, dass das gewohnte Nord-Süd-Raster sich aufzulösen beginnt und immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer ihre traditionelle Ablehnung gegen starke Umweltinstitutionen und ernstzunehmende Umweltpolitik modifizieren. Insbesondere Brasilien als Gipfel-Gastgeber hat ein großes Interesse an greifbaren Ergebnissen. Brasilien schlägt dafür eine sogenannte Dachstruktur vor, mit der die bestehenden Institutionen besser vernetzt werden sollen und UNEP eine führende Koordinations- und Umsetzungsrolle bekommen soll. Die EU favorisiert die Aufwertung von UNEP von einem »Umweltprogramm« zu einer UN-Sonderorganisation analog der FAO und der WHO. Für eine Stärkung von UNEP plädierten auch viele andere, darunter auch China, während es aber auch noch eine ganze Reihe Skeptiker gibt. Darunter befinden sich die üblichen Verdächtigen aus den Industrieländern wie etwa USA, Kanada und Russland, aber auch viele Entwicklungsländer wie etwa Indien oder OPEC-Vertreter.

Zeitplan

Das Ergebnis der zweitägigen Prepcom ist ein Beschluss, mit dem ein Zeitplan definiert wird wie bis zum Januar 2012 ein erster Entwurf für das Rio-Abschlussdokument vorliegen soll. Bis 1. November können alle Mitgliedsstaaten aber auch nichtstaatliche Organisationen ihre Vorstellungen an das UN-Sekretariat einreichen. Es wird dann Aufgabe der Ko-Vorsitzenden sein, daraus den ersten Entwurf zu erstellen. Im Januar 2012 sowie danach in drei weiteren informellen Sitzungen soll das CSD-Präsidium diesen »zero-draft« weiterentwickeln. Prepcom 3 findet dann unmittelbar vor dem Gipfel am 28.-30. Mai in Rio statt.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Die OECD ergrünt zum 50. Geburtstag

Ein Workshopbericht zur neuen „Green Growth Strategy“

Am 10. und 11. Februar trafen sich in Paris über 400 Delegierte, um über den aktuellen Entwurf der OECD „Green Growth Strategy“ zu diskutieren. Trotz herausfordernder Diskussionsbedingungen fuhren viele am Ende mit dem Gefühl zurück, dass dieser Workshop die Strategie verbessern wird.

Eine Diskussion mit hunderten von Teilnehmern zu führen grenzt an Unmöglichkeit. Die vielen Anmeldungen für den Workshop bewiesen jedoch, dass sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Beobachter diesem Strategiebildungsprozess eine große Bedeutung beimessen. Während ursprünglich die Delegationsgröße auf 3-4 Teilnehmer begrenzt wurde, so lag letztlich der Durchschnitt eher bei über 10 Teilnehmern pro Delegation. Trotzdem war man bemüht, die normalerweise in der OECD vorherrschenden nationalen Statements zu vermeiden und einen offenen Meinungs austausch zu ermöglichen.

Die Notwendigkeit von Wachstum wird in der OECD nicht in Frage gestellt, dies würde auch dem ursprünglichen Auftrag durch die Mitgliedstaaten widersprechen. Aber es wurde intensiv über die Qualität des gewünschten Wachstums diskutiert. 6 Themenbereiche wurden auf dem Workshop vertieft in Arbeitsgruppen besprochen. Der Einsatz ökonomischer Instrumente, die Rolle von Innovation, Beschäftigung und Ausbildung, Ernährung und Landwirtschaft, Indikatoren für grünes Wachstum sowie die Beziehung zu Entwicklung und Armutsreduzierung.

Grünes Wachstum als Luxusstrategie für reiche OECD Staaten?

Während die Vertreter des Umwelt- und des Wirtschaftsdirektorats nicht immer unisono die Relevanz der Green Growth Strategie auch für Entwicklungs- und Schwellenländer beschrieben haben, so stellte der OECD Generalsekretär Angel Gurría doch klar, dass grünes Wachstum keine teure Luxusstrategie für Industrieländer ist. Stattdessen soll es Entwicklungsländern helfen, nachhaltige Wachstumspfade aufholender Entwicklung einzuschlagen. Gerade frühe Entwicklungsstadien, wo schwer rückgängig zu machende Infrastrukturentscheidungen zum Teil noch nicht getroffen wurden, bieten hierfür große Chancen. Simon Upton, Leiter des Umweltdirektorates, machte jedoch auch deutlich, dass in diesem Moment wachsende Mittelschichten in Entwicklungsländern mit Nachdruck eben jene nicht-nachhaltigen Konsumstrukturen der Industrieländer etablieren.

Weitgehende Einigkeit bestand darüber, dass Entwicklungsaspekte bisher nicht ausreichend in der Strategie verankert sind. Dies gilt sowohl für potentielle Auswirkungen der Umsetzung der Strategie in den Mitgliedsstaaten auf Entwicklungsländer als auch auf die Relevanz der Strategie für eine mögliche Umsetzung in Nicht-Mitgliedstaaten. Hier wurden einerseits Nachbesserungen in der Strategie selbst angekündigt, andererseits wurde auch auf die Erarbeitung eines künftigen Hintergrundbe-

richts zu grünem Wachstum und Entwicklung verwiesen, der speziell auf Umsetzungsstrategien in Nicht-OECD-Ländern eingehen soll.

Die OECD hat Erfahrung mit der Veränderung von Spielregeln

„Green is not a colour, green is a state of mind“ mit diesem Zitat von Gro Harlem Brundlandt begann der OECD Generalsekretär seine Ansprache zum Abschluss des Workshops. In einer enthusiastischen Rede betonte er den weitreichenden Charakter der Strategie, welche nicht durch Zufall im Mai während der Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag der OECD verabschiedet werden soll. Man erwartet Hillary Clinton und hofft auf die Teilnahme von Angela Merkel und anderen Staatsoberhäuptern, um der Strategie einen hohen Stellenwert zu verleihen. Es wurde noch einmal deutlich, dass dies keine Umweltstrategie sein soll, sondern eine Strategie für eine wirtschaftliche Transformation, eine Strategie, die die Zuständigkeitsbereiche vieler Ministerien betrifft. Unmissverständlich wies Angel Gurría darauf hin, dass die OECD in den letzten Jahren die Spielregeln für offene Märkte und Wettbewerb, für Korruptionsbekämpfung, Investitionen und viele weitere Bereiche mit seinen Instrumenten verändert hat und das in Hinblick auf grünes Wachstum die Ansprüche nicht geringer sind.

Auch wenn noch viel Nachbesserungsbedarf besteht, so wurde dieser doch auf dem Workshop benannt und von der OECD aufgenommen. Zugleich wurde deutlich, dass von höchster Ebene innerhalb der OECD große Ambitionen und Erwartungen an das eigene Haus bestehen.



Kim Nguyen Van/ Anuschka Hilke

Kim Nguyen Van ist Referent im BMZ Referat für Wirtschaftspolitik und Finanzsektor; Anuschka Hilke ist GIZ Beraterin für das BMZ Referat Umwelt und Nachhaltige Ressourcennutzung.

Internationales Jahr der Wälder

BMELV- Waldstrategie 2020 vor dem Scheitern?

Im Internationalen Jahr der Wälder will sich die Bundesregierung besonders um den Wald kümmern. Doch das für Forstwirtschaft zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) blamiert sich gerade mit seinem wichtigsten waldpolitischen Vorhaben, der Waldstrategie 2020. Die für den internationalen Tag der Wälder im März geplante Veröffentlichung entfiel, stattdessen ließ das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) verlauten, dass es vorerst keine Entscheidung über die Waldstrategie 2020 geben werde und stattdessen der Diskussions- und Dialogprozess weiter fortgeführt werden solle.

Ein vom BMELV finanziertes Kampagnenbüro bemüht sich um frohe Botschaften und will die Öffentlichkeit über die Bedeutung des Waldes aufklären¹. Akteure aus Forst- und Holzwirtschaft üben sich im gegenseitigen Schulterklopfen und werden nicht müde zu betonen, wie segensreich die Forstwirtschaft für den Wald sei. Umweltverbände sehen das anders. Sie lehnen die Waldstrategie in der Form ab und fordern einen Neuanfang.

Blamable Vorstellung

Schon im Vorgängerprozess, dem Nationalen Waldprogramm Deutschland (NWP), mussten Umweltverbände erst kritische Analysen und transparente Verhandlungsregeln einfordern, um eine Basis für politische Abwägungs- und Entscheidungsprozesse zu schaffen. Nur so konnten konstruktive Handlungsempfehlungen erarbeitet und im Konsens verabschiedet werden. Vielen Beteiligten ging der Kompromiss dann offenbar doch zu weit: Das BMELV und Akteure von Forst- und Holzwirtschaft wollten die Maßnahmen nicht umsetzen. Während die Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit andere Länder bei der Erarbeitung Nationaler Waldprogramme unterstützt, schlummert das NWP Deutschland seit Jahren in der Schublade.

Biologische Vielfalt...

Dann doch ein Lichtblick für die Wälder: Ende 2007 wurde die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt



Foto: L. Maráz

Stoffliche Nutzung und das Holzrecycling bringen mehr für den Klimaschutz als die Verbrennung von Holz.

(NBS) einstimmig vom Bundeskabinett beschlossen. Sie fordert, bis zum Jahre 2020 die Wälder auf mindestens 5 Prozent der Fläche der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Zwar fordern Umweltverbände deutlich mehr Schutzgebiete, sie unterstützen aber auch dieses Teilziel. Doch viele Akteure aus der Forst- und Holzwirtschaft beklagen bis heute, sie seien damals zu wenig beteiligt worden. Je mehr Holz geerntet würde, umso besser für den Wald, die Artenvielfalt und den Klimaschutz, sagen sie. Auch im Bundeslandwirtschaftsministerium war man über die Pläne nicht erfreut. Und so begann man im Jahre 2008 damit, auf eigene Faust eine Art Gegenprogramm zur Biodiversitätsstrategie zu entwerfen: eine Waldstrategie 2020.

...oder der Wald als Holzfabrik

Denn das BMELV und einige Forst- und Holzwirtschaftsverbände machen sich mehr Sorgen um das Holz als um den Wald, der ihnen sowieso zu langsam wächst. Denn um die Ziele des Nationalen Aktionsplanes Erneuerbare Energien zu erreichen, muss noch mehr Holz verheizt werden und auch der Papierverbrauch steigen. Zudem unterstützt die Branche das Ziel der Charta für Holz, den Holzverbrauch der Bundesbürger noch zu steigern. Weil aber schon 2020 gut 34 Millionen Kubikmeter Holz pro Jahr zu viel verbraucht würde, planten die Verantwortlichen im BMELV, für einige Jahrzehnte den wichtigsten Grundsatz der Nachhaltigkeit über Bord zu werfen. Man könne ja 20-30 Jahre lang mehr Holz einschlagen, als nachwächst, um die sogenannte „Holzlücke“ zu schließen. Das war offenbar selbst einigen Verbänden und Landesforstverwaltungen zu viel des Guten. Sie erhoben Widerspruch. Publik geworden war das Ansinnen erst durch eine Akteneinsicht, deren Ergebnisse der Verfasser nicht nur an die Umweltverbände, sondern auch an Ministerien, Abgeordnete im Bundestag und an Verbände der Forst- und Holzwirtschaft versandt hatte, um für mehr Transparenz zu sorgen. Die Pläne sind inzwischen wieder vom Tisch. Übrig geblieben ist eine Art Beschleunigungsprogramm für die Holzproduktion.

Schutz und ökologische Waldnutzung

Darum fordern BUND, DNR, Forum Umwelt & Entwicklung, GREENPEACE, NABU und der WWF das BMELV dazu auf, eine Strategie für den Wald zu entwickeln, anstatt sich nur um die Beschaffung von noch mehr Holz zu kümmern². Wichtiger wäre es, mehr Schutzgebiete einzurichten und im forstlich genutzten Wald ökologischer zu wirtschafteten. Da sich aber die Holzerzeugung und der Schutz der auf die Alters- und Zerfallsphasen von Wäldern angewiesenen Artengemeinschaften gegenseitig ausschließen, können viele der wichtigsten Schutzziele nicht im Rahmen der Holznutzung erreicht werden. Wer auf den Holzverkauf angewiesen ist, will die

Bäume fällen bevor sie vermodern. Um bis zum Jahre 2020 das Ziel, fünf Prozent der Waldflächen dauerhaft aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, zu erreichen, müssen dringend neuen Schutzgebiete eingerichtet werden. Um den naturnahen Waldbau weiter zu fördern, müssten klare Grundsätze einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Gesetz verankert werden. In vielen Regionen liegen die Wildbestände beim 8 bis 10-fachen der natürlichen Dichte! Sie müssen dringend so weit reduziert werden, dass die Naturverjüngung im Wald wieder aufwachsen kann. Immerhin hat sich Deutschland auf der COP10 der CBD in Nagoya verpflichtet, 17% seiner terrestrischen Ökosysteme unter effektiven Schutz zu stellen und seine Wälder so zu bewirtschaften, dass die biologische Vielfalt keinen Schaden nimmt.

Deutschlands Verantwortung für seine Buchenwälder

Deutschland beherbergt etwa ein Viertel des natürlichen Verbreitungsgebietes der Rotbuche. Kein anderes Land hat einen vergleichbar hohen Anteil an diesem Areal und viele Buchenwaldtypen kommen nur hier vor. Alte, naturnahe Buchenwälder zählen heute zu den am meisten bedrohten Lebensräumen. Deutschland trägt daher eine besondere globale Verantwortung für das weltweit einzigartige Naturerbe „Buchenwälder“. Darum muss der Erhalt und die großflächige Entwicklung natürlicher und naturnaher Buchenwälder in Deutschland durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden.

Holz „intelligent nutzen“ statt „verbrauchen“

Verbrauchst Du noch oder nutzt Du schon? Der nachhaltigen Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz sind Grenzen des Wachstums gesetzt. Deshalb sollte die Charta für Holz nicht das Ziel verfolgen, den Holzverbrauch pro Kopf zu steigern, sondern zu einer intelligenten Nutzungsstrategie für Holz weiterentwickelt werden. Hilfreich wäre z.B. der Abbau indirekter Subventionen für energieintensive Baustoffe, denn die Klimaschutzwirkung von Holz lässt sich vor allem durch den Ersatz solcher Produkte fördern. Stoffliche Nutzung und das Holzrecycling bringen mehr für den

Klimaschutz, als die Verbrennung von Holz. Außerdem könnte viel Holz gespart werden, indem wir beispielsweise unseren Papierverbrauch halbieren. Jeder Bundesbürger verbraucht jährlich über 220 Kilo! Abgelehnt wird

die Steigerung des Holzeinschlags, der verstärkte Anbau exotischer Baumarten und die tendenzielle Abkehr von der Wertholzproduktion zugunsten billiger Massensortimente.

Deutsche Wälder könnten mehr Kohlenstoff speichern

Der Wald in Deutschland war noch 1990 eine bedeutende Senke für das Treibhausgas CO₂. Die Holzvorräte waren stetig auf 320 Kubikmeter pro Hektar angestiegen. In natürlichen Wäldern würde aber weitaus mehr als das Doppelte gespeichert und naturnah wirtschaftende Forstbetriebe erzielen auch bei Vorräten um 550 Kubikmeter/ha hohe Erträge. Doch mit den von der Bundesregierung beabsichtigten, und an das Klimasekretariat gemeldeten Holzeinschlagsmengen würden die Holz- und Kohlenstoffvorräte im deutschen Wald massiv abgebaut. Die dadurch verursachten CO₂-Emissionen können nicht durch langlebige Holzprodukte oder durch den Ersatz fossiler Energieträger ausgeglichen werden. Damit der Wald nicht selbst zum Verursacher des Klimawandels wird, darf nicht so viel Holz geerntet werden. Mit der flächendeckenden Erhöhung der Vorräte könnten die Wälder wieder zu einer bedeutenden Senke für CO₂ werden.

Geht es den Wäldern wirklich so schlecht?

Der Druck auf die Wälder nimmt zu. Die endlichen fossilen Rohstoffe werden knapper und der Holzverbrauch steigt. Und der Raubbau findet nicht nur in Entwicklungsländern statt. Zwar werden immer noch riesige Tropenwaldflächen gerodet, um Holzplanta-



Foto: R. Fenner

In der durch jahrzehntelange Kahlschlagwirtschaft geprägten schwedischen Waldlandschaft sind nur noch etwa zehn Prozent der Waldfläche in einem naturnahen Zustand erhalten geblieben.

gen anzulegen oder Palmöl zu produzieren. Doch auch in den nordischen, den Borealen Wäldern, steigt der Nutzungsdruck. Ein Beispiel ist zurzeit in Schweden zu beobachten. Wie der größte schwedische Naturschutzverband SSNC (Swedish Society of Nature Conservation) dokumentiert, bewahren weder das schwedische Forstgesetz noch freiwillige Verpflichtungen der Waldbesitzer zur Einhaltung von Zertifizierungsstandards die wenigen in ihrer Ursprünglichkeit noch erhaltenen Waldgebiete vor der Zerstörung durch Kahlschlag [3]. Mehr als 20 Prozent des Zellstoffs für das in Deutschland verwendeten Papiers stammt aus schwedischen Wäldern.

In der durch jahrzehntelange Kahlschlagwirtschaft geprägten schwedischen Waldlandschaft sind nur noch etwa zehn Prozent der Waldfläche in einem naturnahen Zustand erhalten geblieben. Lediglich ein Bruchteil davon steht unter gesetzlichem Schutz. Der Erhalt dieser Überreste an naturnahen Waldstandorten ist die wichtigste Forderung schwedischer Umweltverbände, damit die jetzt schon erschreckend lange Rote Liste der bedrohten Arten nicht noch länger wird.

In Deutschland sind übrigens nur etwa ein Prozent der Waldfläche streng geschützt.



László Maráz

Der Autor ist Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung und Koordinator der Plattform nachhaltige Biomasse.

- (1) [Link zum Kampagnenbüro: kampagnenbuero@wald2011.de](mailto:kampagnenbuero@wald2011.de)
- (2) siehe auch: 10 Kritikpunkte am aktuellen Entwurf der Waldstrategie 2020 (www.nabu.de/themen/wald/waldpolitik/13337.html)
- (3) <http://www.robinwood.de/Protest.577.0.html>

IPBES

Die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik wird eingerichtet

Nach dem Beschluss der UN-Vollversammlung, die Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) wirklich einzurichten, müssen nun Struktur, Aufgaben und Vorgehensweise genau festgelegt werden. Eine erste Plenumsversammlung dazu wird noch 2011 stattfinden.

Die Idee, eine internationale Schnittstelle zwischen der weltweiten Biodiversitätsforschung und der für die Umsetzung zuständigen Politik zu schaffen und dafür IPBES einzurichten, hat im Jahr der Biodiversität 2010 deutlich an Gestalt gewonnen. Nach zwei internationalen Stakeholder meetings (2008 in Malaysia und 2009 in Kenia), die jeweils mit einem Bericht des Vorsitzenden zu Ende gingen, wurde in einem dritten Treffen im Juni 2010 in Busan (Südkorea) nicht nur Einigkeit darüber erzielt, dass IPBES wirklich eingerichtet werden soll, sondern es wurde auch Text verhandelt, der die Ausgestaltung näher erläutert. Dieser sog. Busan Outcome hatte als verhandelter und akzeptierter Text eine viel höhere politische Verbindlichkeit als die Berichte der Vorgängertreffen.

Busan Outcome

Die wesentlichen Einigungen des Busan Outcomes (<http://www.ipbes.net>) sind:

- IPBES soll als unabhängiger internationaler Mechanismus zwischen Regierungen aufgestellt werden und eine (oder mehrere) UN-Organisationen sollen die Administration übernehmen
- Die Finanzierung kann nur über einen freiwillig zu füllenden Fonds gelingen, über dessen Verwendung das Plenum von IPBES entscheidet
- IPBES soll auf Anfragen von Regierungen antworten und Assessments durchführen. Anfragen von anderer Seite sind willkommen, brauchen aber die Unterstützung des Plenums
- IPBES soll Notwendigkeiten des capacity buildings priorisieren und für die höchsten Prioritäten Unterstützung bereitstellen oder zur Bereitstellung aufrufen.

Der Busan Outcome wurde der UN-Vollversammlung in ihrer 65ten

Sitzungsperiode vorgelegt und im Dezember 2010 entschied die Vollversammlung, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) um die Organisation einer Gründungsversamm-



lung zu bitten. Der zuständige UNEP Governing Council/ Global Ministerial Environment Forum (GC/GMEF) hat Ende Februar UNEP offiziell beauftragt, in jedem Fall noch im Jahr 2011 dieses Treffen anzuberaumen. Der genaue Termin und der Tagungsort stehen noch nicht fest. Bei dieser ersten Plenumsitzung sollen dann die Modalitäten und der strukturelle Aufbau weiter beraten und möglichst auch festgelegt werden. Dabei könnte auch über den Sitz des einzurichtenden IPBES-Sekretariats entschieden werden, um den sich u.a. auch Deutschland (für den UN-Standort Bonn) bewirbt.

Herausforderungen stehen noch an

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung stehen die wirklichen Herausforderungen für die Ausgestaltung einer Einrichtung, die auch tatsächlich po-

litisches Gehör findet, noch an. Dazu gehören Überlegungen zur genauen Struktur von IPBES. Es ist zwar klar, dass es als höchstes Entscheidungsgremium ein Plenum der Mitgliedsstaaten geben wird und dass dieses Plenum allen Stakeholdern offensteht. Aber die Rolle, Verantwortung und vor allem die Besetzung des sog. executive bodies als Leitungsgremium sind noch im Unklaren. Je nachdem, ob in diesem Gremium auch regierungsunabhängige Wissenschaftler vertreten sein werden, ist über die Notwendigkeit eines eigenen wissenschaftlichen Zusatzgremiums zu diskutieren. Neben diesen strukturellen Erwägungen muss auch eine Form gefunden werden, vorhandenes Wissen, das nicht in streng wissenschaftlicher Form publiziert ist, in die thematischen Assessments mit einzubeziehen. Da IPBES Antworten auf relevante gesellschaftliche Fragen und unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenhangs mit Armutsbekämpfung beantworten soll, ist es von entscheidender Bedeutung, soziale und lokal- bis regionalspezifische Faktoren in die Assessments aufzunehmen. Dies wird viel mehr als in der Klimadebatte erfordern, sich den Fragen auf verschiedenen Maßstabsebenen von lokal bis global zu nähern. Auch hierfür liegen bislang noch keine konkreten Handlungsvorschläge vor.

Für die politische Durchsetzungskraft wird auch entscheidend sein, welchen Themen man sich in den ersten Assessments widmen wird, und wie gut es gelingt, aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen tatsächlich Handlungsoptionen für politische Entscheider abzuleiten, die diese in ihrer jeweiligen lokalen, nationalen, überregionalen oder globalen Zuständigkeit auch umsetzen können.

Insofern ist IPBES wichtige Schritte voran gekommen, aber der Ausgestaltungsprozess hat gerade erst begonnen.



Axel Paulsch

Der Autor ist Geoökologe und arbeitet am Helmholtz Zentrum für Umweltforschung Leipzig an der Schnittstelle Wissenschaft und Politik des Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland (www.biodiversity.de) und hat am Multistakeholder Meeting in Nairobi als Teil der deutschen Delegation teilgenommen.

Halb voll oder halb leer?

Die Rechte indigener Völker im ABS-Protokoll gegen Biopiraterie

„We can live with it“, so die spontane und wenig euphorische Bewertung des „Nagoya Protokolls über den Zugang zu genetischen Ressourcen und den ausgewogenen und gerechten Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile“¹ des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) durch eine Vertreterin indigener Völker. Andere sehen das Ergebnis kritischer, es bleibe, so ihr Fazit, weit hinter dem zurück, was die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) aus dem Jahre 2007 bereits enthält.

Es geht darum, welche Rechte indigene Völker haben, wenn ausländische Unternehmen oder Forschungsinstitute ihre genetischen Ressourcen und ihr traditionelles Wissen nutzen wollen. Können sie sich weiterhin nur auf solche Rechte berufen, die ihnen durch staatliche Gesetzgebung explizit gewährt werden oder entwickelt das ABS-Protokoll neue internationale Standards, auf deren Umsetzung sie sich in der Auseinandersetzung mit ihren Regierungen berufen können? Oder hilft ihnen das ABS-

Protokoll auch bei der Anerkennung ihrer traditionellen, gemeinschaftlichen Rechte weiter?

Nach UNDRIP Art. 31.1 haben indigene Völker das Recht auf die Bewahrung, die Kontrolle, den Schutz und die Weiterentwicklung ihres kulturellen Erbes, ihres traditionellen Wissens und ihrer traditionellen kulturellen Ausdrucksformen sowie der Erscheinungsformen ihrer Wissenschaften, ihrer Techniken und ihrer Kultur, einschließlich ihrer menschlichen und genetischen Ressourcen, ihres Saatguts, ihrer Arzneimittel [...] Sie haben außerdem das Recht auf die Bewahrung, die Kontrolle, den Schutz und die Weiterentwicklung ihres geistigen Eigentums an diesem kulturellen Erbe, traditionellen Wissen und diesen traditionellen kulturellen Ausdrucksformen.

Weiterhin schreibt die Erklärung den unterzeichnenden Staaten eindeutig vor, dass diese „gemeinsam mit den indigenen Völkern wirksa-



Kleiner Laden im historischen Ladenviertel von Osu Kannon in Nagoya, Symbole und Mystik indianischer Völker trifft auf die traditionelle Kultur der Japaner

me Maßnahmen zur Anerkennung und zum Schutz der Ausübung dieser Rechte“ ergreifen. Während die – völkerrechtlich unverbindliche – UN-Erklärung die Souveränität indigener Völker über die Nutzung ihrer genetischen Ressourcen anerkennt, schränkt das – völkerrechtlich verbindliche – Nagoya Protokoll diese an mehreren Stellen durch die Rolle nationaler Gesetzgebung ein. Nimmt man folglich die UN-Erklärung als Ausgangspunkt, so muss das Nagoya-Protokoll in der Tat enttäuschen.

Ein Beispiel: Die UN-Erklärung erkennt die Rechte indigener Völker an ihren genetischen Ressourcen und ihrem traditionellen Wissen praktisch ohne Einschränkungen an. Das ABS-Protokoll verpflichtet seine Mitglieder aber nicht, dieses Prinzip national umzusetzen. Es verlangt von seinen Mitgliedern lediglich, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, dass für die Nutzung genetischer Ressour-

cen die vorherige informierte Zustimmung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften erforderlich ist, wenn indigene Völker bereits etablierte Rechte haben, die den Zugang zu diesen Ressourcen regeln. Dass indigenen Völkern überhaupt ein Recht auf vorherige informierte Zustimmung zugestanden wird, geht über das hinaus, was die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) vorschreibt. Hinge-

gen verpflichtet das ABS-Protokoll die Staaten nicht dazu, nationale Gesetzgebung einzuführen, damit dieses Recht auf Zustimmung umgesetzt werden kann.

Ähnlich verhält es sich bei traditionellem Wissen. Im ABS-Protokoll verpflichten sich die Vertragsstaaten dazu, Maßnahmen zu ergreifen, die das Ziel haben, die vorherige informierte Zustimmung indigener Völ-

ker und lokaler Gemeinschaften zur Nutzung ihres mit genetischen Ressourcen verbundenen traditionellen Wissens festzuschreiben. Diese Verpflichtung soll erfüllt werden in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung, nicht jedoch, wie es noch in Art. 8j. der CBD heißt, Gegenstand derselben sein. Mit anderen Worten: Indigene Völker können solche Maßnahmen im Rahmen der nationalen Umsetzung des ABS-Protokolls nun einfordern, ohne dass es hierfür einer expliziten gesetzlichen Grundlage bedarf – die geforderten Maßnahmen dürfen nur nicht per Gesetz explizit verboten werden. Auch hier bleibt das ABS-Protokoll hinter dem durch die UN-Erklärung gesetzten Standard zurück, gegenüber der Formulierung in der CBD stellt es allerdings einen Fortschritt dar.

Der vielleicht markanteste Fortschritt gegenüber der CBD betrifft die Frage der Rechte indigener Völker



Foto: H. Meyer

Michael Frein (EED), Hartmut Meyer (EED), Christine von Weizsäcker (Ecoropa), Chee Yoke Ling (TWN) am 28.10.2010 auf der ihrer Abschlusspressekonferenz, Bewertung des Verhandlungsstandes, wir haben insg. 3 solcher Pressevents während COP10 veranstaltet

beim gerechten Vorteilsausgleich für die Nutzung ihres traditionellen Wissens. Alle Mitglieder des ABS-Protokolls – unabhängig davon, ob es sich um das Nutzer- oder das Bereitstellertland handelt – müssen Maßnahmen ergreifen, damit der Vorteil aus der Nutzung des traditionellen Wissens indigener Völker mit ihnen in gerechter Weise und auf der Grundlage vereinbarter Bedingungen geteilt wird. Diese Bestimmung steht nicht unter dem Vorbehalt nationaler Gesetzgebung, sie kommt der UN-Erklärung vermutlich am nächsten.

Nicht zuletzt nimmt das (völkerrechtlich verbindliche) Protokoll in seiner Präambel die (unverbindliche) UN-Erklärung selbst zur Kenntnis – was de facto eine Aufwertung der Erklärung

bedeutet. Der sich hinziehende Widerstand Kanadas weist darauf hin, dass dies seine Bedeutung hat. Nichtsdestoweniger handelt es sich um eine denkbar schwache Formulierung, die Mitglieder des Protokolls nehmen die UN-Erklärung lediglich zur Kenntnis – weder bestätigen sie sie noch erkennen sie sie an.

Auf der skizzierten Linie lässt sich die Analyse mühelos fortsetzen. Es ist etwas im Glas, ob es bis zu Hälfte gefüllt ist, und ob es dann eher halb voll oder halb leer ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Entscheidend für die Bewertung ist, welche Messlatte man anlegt: die UN-Erklärung oder die CBD. Hinzu kommt, dass vieles auf die Umsetzung ankommt. Denn grundsätzlich gilt auch für die Rechte

indigener Völker an ihrem traditionellen Wissen und an ihren genetischen Ressourcen, dass sich erst noch in der Praxis erweisen muss, inwieweit das ABS-Protokoll geeignet ist, Biopiraterie zu verhindern.²

Allerdings gilt diese Einschätzung nur aus der Sicht indigener Völker, nicht für traditionelles Wissen insgesamt. Denn auf Regelungen für solches Wissen und damit verbundene genetische Ressourcen, die sich nicht mehr einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zuordnen lassen können, wie etwa die Traditionelle Chinesische Medizin oder die indische Ayurveda, konnten sich die CBD-Mitglieder in Nagoya nicht verständigen. Hier bleibt das Glas eindeutig leer. Der lange vergeblich verhandelte Passus wurde im abschließenden Protokolltext einfach fallen gelassen. Die asiatischen Länder, die hier zuvor vehement ihre Interessen gegen die Industriestaaten vertraten, konnten sich schlussendlich nicht durchsetzen. Insofern bleibt der Schutz traditionellen Wissens (auch) an dieser Stelle unvollkommen.



Michael Frein, Hartmut Meyer

Michael Frein ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Hartmut Meyer ist freier Experte im Bereich biologische Sicherheit.

- 1 Im folgenden sprechen wir von ABS-Protokoll (eng.: access & benefit sharing), da im Oktober 2010 ein weiteres „Nagoya Protokoll“ über Haftungsfragen bei der Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen verabschiedet wurde.
- 2 Vgl. den entsprechenden Beitrag im Rundbrief Nr.4/2010

Neuer multilateraler Klimafonds

Der Green Climate Fund und seine Ausarbeitung in 2011

Eines der zentralen, und auch öffentlich wahrgenommenen Ergebnisse des Klimagipfels von Cancun war die Entscheidung zur Etablierung eines neuen multilateralen Klimafonds, des so genannten Green Climate Fund (GCF).

Wenngleich die in vielen Medien zu findende Aussage, dass durch diesen Fonds 100 Mrd. US-Dollar an Klimafinanzierung fließen sollen, definitiv falsch ist, besteht allgemein die Erwartung, dass der GCF schon in eine andere Größenordnung vorstoßen wird, als dies bisherige Klima-Fonds getan haben, nämlich in Richtung zweistelliger Mil-

liardenbeträge.¹ Er könnte damit eine ganz zentrale Rolle dafür spielen, die Anpassungsbedürfnisse der besonders betroffenen Länder zu bedienen und Investitionen für eine Transformationsrichtung kohlenstoffarmer Entwicklungswege in vielen Entwicklungsländern auszulösen, wenngleich er natürlich nicht der einzige Kanal sein wird.

Cancun-Entscheidung gibt die Richtung vor

Die COP-Entscheidung von Cancun legt noch relativ wenige Details fest, mit Ausnahme der Anzahl der Mitglieder sowie einer Gleichverteilung von Sitzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im späteren Steuerungsgremium des Fonds, der Einrichtung eines unabhängigen Sekretariats für den Fonds sowie der Wahl der Weltbank als Treuhänder. Insbesondere letzterer Punkt war einer der zentralen Knackpunkte der Verhandlungen, denn vor allem viele Industrieländer wollten die Weltbank in einer möglichst starken Rolle. Die letztendliche Einigung bietet allerdings

definitiv eine gute Grundlage dafür, die Weltbank aus einer dominierenden Rolle zunächst rauszuhalten, da die Treuhänderfunktionen sehr stark eingegrenzt wurden und sich im Wesentlichen auf die Abwicklung von Finanztransaktionen beschränken wird, ähnlich der Weltbankrolle beim Anpassungsfonds unter dem Kyoto Protokoll.

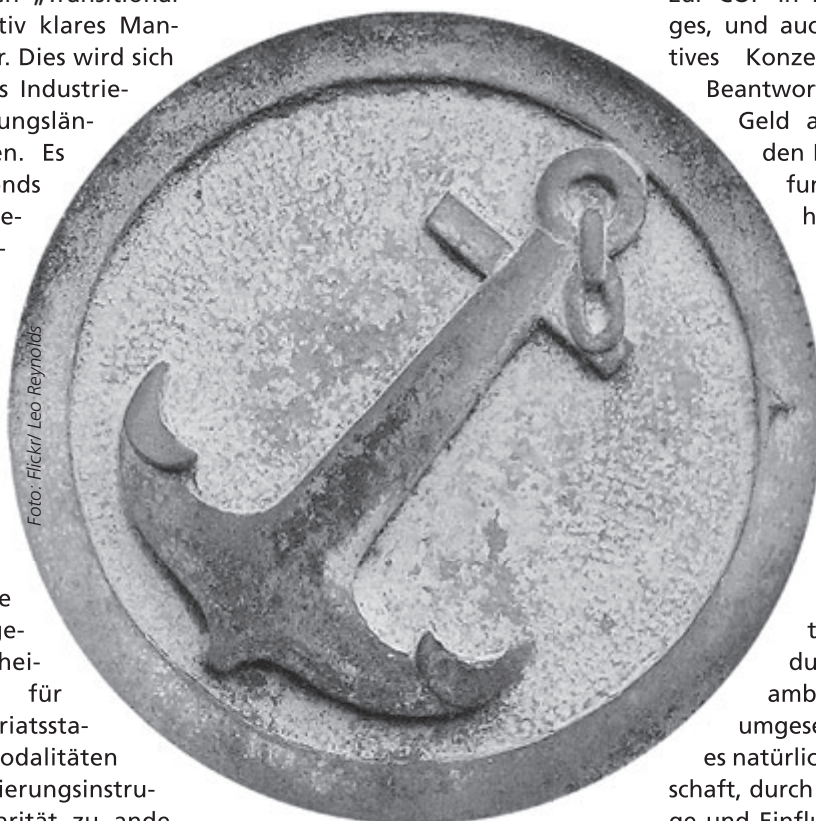
Mandat für Transitional Committee

Für die Aushandlung zentraler Details gibt die Cancun-Entscheidung dem neu gegründeten „Transitional Committee“ ein relativ klares Mandat für dieses Jahr vor. Dies wird sich aus 15 Vertretern aus Industrie- und 40 aus Entwicklungsländern zusammensetzen. Es geht darum, den Fonds soweit auf Staatenebene zu operationalisieren, dass im Anschluss das Board des Fonds weitgehend eigenständig die Geschicke des Fonds managen kann. Der Arbeitsauftrag listet dabei eine Reihe von Aufgaben auf, die man grob in die Bereiche rechtliche Arrangements (z.B. Entscheidungsfindungsregeln für das Board, Sekretariatsstatus), Finanzierungsmodalitäten (verwendete Finanzierungsinstrumente, Komplementarität zu anderen Fonds), Aspekte der Evaluierung und von Sicherungsmaßnahmen (z.B. Öko- und Sozialstandards, Mechanismus zur fortlaufenden Evaluierung) sowie Beteiligung (sowohl von Expertenrat wie auch grundsätzlich für Beobachter) unterteilen kann.² Das Transitional Committee hat damit eine anspruchsvolle Agenda bei dem Ziel, bis zur nächsten COP in Südafrika seine Arbeit zu beenden. Dass es allerdings möglich ist, durch eine fokussierte Arbeit einen Fonds in wenigen Monaten aufzusetzen, das hat vor knapp einem Jahrzehnt die so genannte „Transitional Working Group“ gezeigt, die den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria in knapp einem halben Jahr vorbereitet hat.³

Start mit Flurschaden

Der Start für die Arbeit des Transitional Committee ist leider von Kontroversen überschattet. In Cancun war vereinbart worden, dass die verschiedenen regionalen Ländergruppen ihre Vertreter bis Ende Januar benennen sollten und im März dann das erste Treffen des TC stattfinden soll.

Während es die vermeintlich institutionell schwächeren Ländergruppen, Afrika, LDCs und die kleinen Inselstaaten als einzige geschafft haben, diese Deadline einzuhalten, waren



Ob der Klima-Fonds zum „Rettungsanker für die internationale Klimapolitik“ werden wird, bleibt abzuwarten.

zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels die Nominierungen aus Asien und Lateinamerika noch nicht eingetroffen. Deutschland wird einen Sitz im TC bekommen. Die ursprünglich bereits für den 14./15. März durch das UNFCCC-Sekretariat und die mexikanische COP-Präsidentschaft angesetzte erste Sitzung des TC musste auf Druck dieser Länder schließlich verschoben werden. Insbesondere der derzeitige Vorsitzende der Asien-Gruppe, der Chefverhandler Saudi-Arabiens, scheint hier in der besten Tradition Saudi-Arabiens eine wenig konstruktive Rolle zu spielen, da er massiv die

Verschiebung des Treffens gefordert hatte. Das erste Treffen wird nun erst im April, wahrscheinlich nach den Klimaverhandlungen in Bangkok stattfinden. Wie groß der politische Flurschaden durch diese Kontroverse ist bleibt abzuwarten.

Es bleibt zu hoffen, dass die Mitglieder des TC, die unterschiedlichste Bereiche und politische Ebenen abdecken, von Ministern über Klimaverhandler bis zu Entwicklungsfinanzierungsexperten, sich nicht hiervon bremsen lassen und sich ernsthaft an die Arbeit machen mit dem Ziel, bis zur COP in Durban ein glaubwürdiges, und auch für Geldgeber attraktives Konzept auszuarbeiten. Die Beantwortung der Frage, wieviel Geld aus welchen Quellen in den Fonds fließt, ist natürlich fundamental und lässt sich hier nicht ausklammern; sie wird aber vor allem auf anderen Ebenen entschieden werden als im TC, z.B. im G20-Kontext.

Ob der Fonds damit insgesamt zum „Rettungsanker für die internationale Klimapolitik“ werden wird, bleibt abzuwarten.⁴ Doch die hohen Erwartungen sollten vor allem durch eine konstruktiv-ambitionierte Arbeit des TC umgesetzt werden, und hier gilt es natürlich auch für die Zivilgesellschaft, durch entsprechende Vorschläge und Einflussnahme dazu beizutragen, um einen Erfolg für COP17 und die Klimafinanzierung insgesamt zu ermöglichen. Die Arbeit dafür beginnt erst jetzt.



Sven Harmeling

Der Autor ist Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch

- 1 BBC, 2010: UN climate change talks in Cancun agree a deal. 11. Dezember 2010. <http://www.bbc.co.uk/news/science-environment-11975470>
- 2 S. Harmeling, S. und B. Müller, 2011: What to do now? Elements for organizing the Transitional Committee to establish the Green Climate Fund, based on lessons learned from the Global Fund experience. Oxford Energy and Environment Brief, Januar 2011.
- 3 s. Mueller, B. und S. Harmeling, 2010: 'In the Footsteps of the Global Fund: How to establish the new climate fund', COP 16 Outreach, 30 November 2010. www.stakeholderforum.org/fileadmin/files/OUTREACH-02.pdf.
- 4 s. Kowalzig, J., 2011: Der Grüne Klimafonds: Rettungsanker für die globale Klimapolitik? W&E-Hintergrund Februar 2011.

Welthandel und Klimaschutz

Die Konflikte werden zahlreicher

Während die Doha-Runde und die Klima-Verhandlungen stolpern, gibt es erste Handelsstreitigkeiten mit Klimaaspekten

Die von einer Reihe von Akteuren befürchteten großen Konflikte zwischen den auf Liberalisierung gerichteten internationalen Handelsregeln der WTO und den Klimaschutzabkommen der Vereinten Nationen sind in den letzten Jahren weitgehend ausgeblieben. Das lag sicher auch daran, dass die internationalen Klimaziele bislang wenig ehrgeizig sind, und mit dem Scheitern der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 auch nicht absehbar ist, ob und wann wirksame multilaterale Vorgaben vereinbart werden können.

Weitere Liberalisierung

Die Diskussionen in der WTO zielen einerseits auf die weitere Liberalisierung umweltfreundlicher Güter und Dienstleistungen, wobei die Definition ebenso umstritten ist wie der Effekt. Aus Sicht der WTO und vor allem der Industrieländer hat dieser Ansatz allerdings den Vorteil, dass er einen weiteren Baustein in der Agenda zur Liberalisierung des Welthandels darstellt. Heftig umstritten ist die vor allem von Industrieländern vorgebrachte Debatte um Grenzausgleichsmaßnahmen wie Zölle oder Steuern für klimaschädliche Güter. Auch hier spielen Definitionsfragen eine wichtige Rolle. Allerdings hat insbesondere die Debatte um Grenzausgleichsmaßnahmen den Verdacht nicht loswerden können, dass hierbei die Stärkung der globalen Wettbewerbsposition der Protagonisten eine mindestens ebenso große Rolle spielt wie der Klimaschutz. Dies wird besonders deutlich an der Rolle der USA, die an der einen Stelle bremsen und an der anderen Gas geben.

Konflikte bislang im Hintergrund

Ungeachtet dieser Debatten spielen sich die (potenziellen) Konflikte zwischen Handelsregeln und Klimaschutz bislang noch eher im Hintergrund ab. Nicht zuletzt hat die stagnierende Doha-Runde verhindert,

dass die internationalen Handelsregeln noch stärker auf nationale Politikbereiche wie Investitionen und Dienstleistungen einwirken, die eng mit Klimaschutzmaßnahmen zusammenhängen. Das beträchtliche Konfliktpotenzial, das zwischen den schon heute bestehenden Handelsregeln und effektiven Klimaschutzmaßnahmen besteht, hat in den letzten Jahren nicht zu Streitfällen in der WTO geführt.

WTO-Streitfälle

Dies beginnt sich nun allerdings zu ändern: Anfang des Jahres beantragten die USA formale Konsultationen über ein chinesisches Programm zur Förderung der Windenergie. Hierbei handelt es sich um den ersten Schritt in einem Streitschlichtungsverfahren, das eingeleitet werden kann, wenn sich die beteiligten Parteien nicht binnen zwei Monaten einigen. Die USA beklagen sich über eine Bestimmung im chinesischen Programm, derzufolge Hersteller von Windkraftanlagen bei der Vergabe von Subventionen bevorzugt werden, wenn sie Komponenten aus chinesischer Produktion verwenden. Dies verletze, so die USA, das WTO-Abkommen zu Subventionen, das keine Diskriminierung gegen ausländische Anbieter zulasse. Die chinesische Regierung argumentiert,

das Programm diene dem Umweltschutz und befinde sich in Übereinstimmung mit den WTO-Regeln. In der Tat stellt sich die Frage, ob es dem Klimaschutz nicht mittel- und langfristig mehr diene, wenn verschiedene Länder ihre eigene Industrie dabei fördern, Anlagen für die Herstellung erneuerbarer Energien zu bauen, als nur das aktuell günstigste Angebot am Weltmarkt einzukaufen.

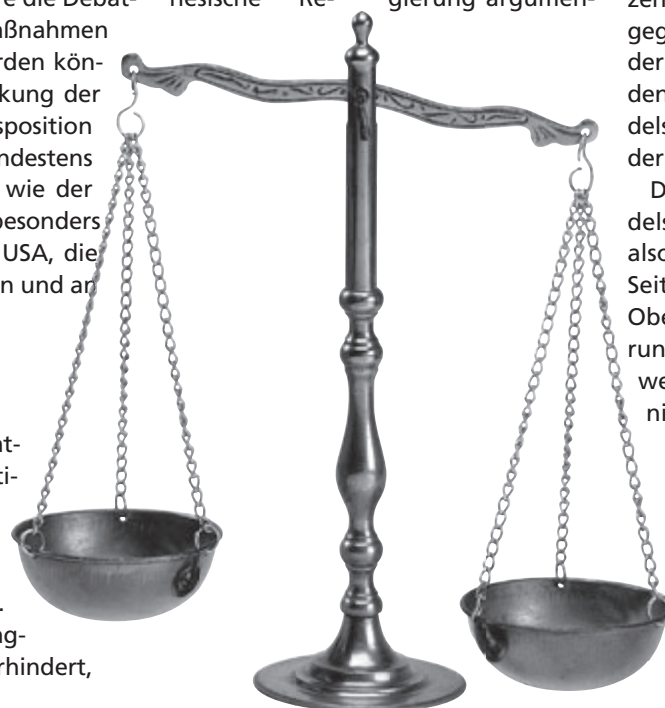
Ein ähnlicher Konflikt besteht seit Ende letzten Jahres zwischen Japan und der kanadischen Provinz Ontario. Deren Variante des Erneuerbare Energien Gesetzes sichert den Erzeugern nur dann lukrative Einspeisevergütungen zu, wenn ihre Anlagen zu mindestens sechzig Prozent aus Teilen aus kanadischer Produktion bestehen. Dies widerspricht nach Ansicht Japans dem Gleichbehandlungsgebot des GATT und dem Abkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen.

Zu einem weiteren WTO-Streitfall könnte sich die EU-Nachhaltigkeitsverordnung für Kraftstoffe entwickeln. Darin werden die Klimaeffekte unterschiedlicher Kraftstoffe, einschließlich ihrer Herstellungsverfahren definiert, um eine Grundlage für eine verpflichtende Reduktion der Klimaeffekte zu schaffen. Die EU-Kommission will nun festlegen, dass Kraftstoffe, die aus kanadischen Ölsanden gewonnen werden, im Durchschnitt 20% höhere CO₂ Emissionen zur Folge haben als die aus „normalen“ Ölquellen. Damit würde es für europäische Raffinerien sehr viel unattraktiver, Öl aus Ölsanden zu nutzen. Kanada hat eine Klage in der WTO gegen dieses Vorgehen angekündigt, der Konflikt könnte auch die laufenden Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU belasten.

Die friedliche Koexistenz von Handels- und Klimapolitik scheint sich also dem Ende zuzuneigen. Welche Seite in der WTO-Streitschlichtung die Oberhand behalten wird, die regulierungsfeindliche Regel oder die umweltpolitische Ausnahme, ist bisher nicht absehbar.

Michael Frein, Tobias Reichert

Michael Frein ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelische Entwicklungsdienst (EED), Tobias Reichert ist Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch und Mitglieder in der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.



China überholt alle

Ausbau des Hochgeschwindigkeitsverkehrs ist ohnegleichen

China setzt im Personenverkehr sehr auf Hochgeschwindigkeit auf der Schiene und plant dafür strategisch. Das hohe Wirtschaftswachstum stellt die finanziellen Ressourcen zum Ausbau entsprechender Strecken bereit. So entsteht ein Hochgeschwindigkeits-Netz von bislang ungekannten Dimensionen, das bereits heute mit Abstand das größte weltweit ist.



Foto: M. Treber/ Germanwatch

HGV-Triebzug auf Basis des Siemens Velaro in Beijing Nan Zhan (Peking Südbahnhof)

Hochgeschwindigkeitsverkehr (HGV) auf der Schiene im heutigen Sinne begann 1964 mit dem Shinkansen in Japan. In Europa war der TGV (train à grande vitesse) der französischen Staatsbahn im Jahr 1981 der Vorreiter. Interessanterweise hat Spanien durch offensive Investitionen mittlerweile sogar Frankreich, das sein Streckennetz stetig ausdehnt, in der Länge seines Schnellfahrnetzes überholt.

Infrastruktur-Investitionen werden getrieben durch den Staat, was erklärt, dass Länder (wie Großbritannien oder die USA), die dem Markt hohen Einfluss zuweisen, wenig HGV aufweisen. Noch kaum wahrgenommen wird, wie sehr sich China in diesem Bereich engagiert.

Der ICE als die Ausprägung des HGV in Deutschland hat die Angebotsqualität auf der Schiene erhöht, was begrüßt wird. Es wird allerdings vermisst, dass der HGV in ein Konzept eingebettet ist, damit nicht Partikularinteressen bedient werden, was zu Milliardengräbern (vgl. Erfurt – Nürnberg) führen kann. Mangels einer solchen HGV-Konzeption zählt der HGV in Deutschland zu den teuersten und langsamsten Systemen überhaupt. Daher ist gerade in manchen Umwelt-

kreisen Skepsis gegenüber Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der Schiene verbreitet. Ist er doch mit immens hohen Investitionen verbunden, die den chronisch unterfinanzierten Etat des Bundesverkehrsministers auszehren, so dass das bestehende Netz kaum in einem akzeptablen Normalzustand gehalten werden kann.

Die Skepsis mancher gegenüber HGV basiert zudem darauf, dass der Schienenpersonenfernverkehr in Deutschland (wie auch in der Schweiz) durch die mit der hohen Besiedlungsdichte und der dezentralen Struktur verbundenen häufigen Zughalte einen relativ geringen Nutzen durch hohe Geschwindigkeiten erzielen und deshalb seine Stärken nur wenig ausspielen kann.

Dies ist in Staaten mit größerer Ausdehnung und größeren Entfernungen zwischen den Bevölkerungszentren anders. Die Empirie zeigt, dass die Fahrgäste geneigt sind, zwischen drei und maximal vier Stunden Fahrtzeit den Zug zu wählen. Wenn es länger dauert, ziehen sie das Flugzeug vor. Daraus folgt, dass in gewissen Regionen der Schienenpersonen-Hochgeschwindigkeitsverkehr ein notwendiger Bestandteil eines nachhaltigen Verkehrssystems ist. Dies trifft insbesondere für China zu.

Die Situation in China

Die chinesische Führung hat erkannt, dass weiteres Wachstum nur mit einer umweltschonenden Wirtschaftsweise möglich ist. Das zeigt sich auch in der Identifizierung von „Sieben Strategischen Industrien“ (darunter auch ‚Erneuerbare Energien‘ oder ‚mit alternativen Energien betriebene Fahrzeuge‘), in die in den nächsten fünf Jahren 1.500 Mrd \$ fließen sollen. Bereits seit Jahren investiert die chinesische Regierung in den Ausbau der erneuerbaren Energien und hat ein Einspeisevergütungsgesetz nach Vorbild des deutschen EEG eingeführt. Schon heute stehen in China die meisten Windräder weltweit. Bis 2020 soll die CO₂-Intensität pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes um 40 – 45 Prozent gesenkt werden. Bis 2015 plant China, ein Emissionshandelssystem einzuführen.¹

Die Verkehrspolitik in China ist, trotz der sonst stark wahrzunehmenden Imitation US-amerikanischer Strukturen, nicht vergleichbar einseitig autolastig. Zwar ist China mittlerweile auch zum größten Autoabsatzmarkt der Welt aufgestiegen, doch anders, als von vielen befürchtet, setzt die Regierung in Peking nicht primär auf einen Ausbau des Autobahnnetzes zur Lösung der zunehmenden Verkehrsprobleme.

China plant den Personenfernverkehr strategisch (man denkt sogar an eine Strecke Peking – London; unklar ist uns, inwiefern diese Überlegungen durch Restriktionen durch das Ende des billigen Erdöls beeinflusst sind) und hat einen Netzplan für langfristigen HGV aufgestellt. Dieses Netz wird schnell und mit immensem Finanzeinsatz ausgebaut. Die Führung im Reich der Mitte hat beschlossen, innerhalb weniger Jahre das größte, schnellste und modernste Schienennetz aufzubauen.

Ein wichtiger Einflussfaktor ist noch, dass aus den weniger entwickelten Provinzen im Westen Chinas ein unablässiger Strom an Arbeitern in die Ballungsgebiete im reichen Osten fließt. Durch diese Heere an billigen Arbeitskräften erklärt sich, dass eine HGV-Strecke innerhalb weniger Jahre fertig gestellt werden kann. Chinas Investitionen in das Schienennetz dienen als gigantisches Beschäftigungspaket. Allein mit dem Bau der Strecke Peking-Shanghai sind 110.000

Menschen beschäftigt. Das hohe Wirtschaftswachstum befähigt China, erhebliche finanzielle Mittel zu mobilisieren: 38% des chinesischen Konjunkturpaketes (Gesamtvolumen 586 Mrd. \$) sind für Infrastrukturmaßnahmen bestimmt. Den weitaus größten Anteil nehmen davon Bahn-Projekte ein.² Zum Vergleich: Im US-amerikanischen Konjunkturpaket waren kumuliert lediglich 8 Mrd. \$ für den Ausbau der Schieneninfrastruktur vorgesehen. Allein im Jahr 2009 investierte China 79 Mrd. Euro in sein Schienennetz. Im gleichen Zeitraum flossen 78 Mrd. Euro in das Straßennetz. Damit stiegen die Schieneninvestitionen 2009 im Vergleich zum Vorjahr um beeindruckende 87,5% an, die in die Straße hingegen nur um 50,7%. Der Berliner Verkehrswissenschaftler Peter Mnich kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass sich dieser Trend zugunsten der Schiene weiter fortsetzen wird. Für 2011 sind sogar Investitionen in Höhe von 104 Mrd. \$ geplant. Jüngsten Medienberichten zufolge plant die Volksrepublik, im Zeitraum zwischen 2011 und 2015 weitere 451 bis 602 Milliarden \$ in sein HGV-Netz zu investieren.

Selbst die von US-Vize Präsident Joe Biden Ende Januar 2011 unter großem Medienecho angekündigten 53 Milliarden \$, die ab 2012 verteilt über sechs Jahre in Bahnprojekte investiert werden sollen, sehen dagegen gering aus.

Noch viel weniger lässt sich Deutschland den Ausbau des Schienennetzes kosten: Nur 1,3 Mrd Euro stellt die Bundesregierung nach Auslaufen der Extra-Mittel durch die Konjunkturpakete jährlich zur Verfügung. Die Fahrzeugflotte ist stark überaltert (bereits vor 20 Jahren plante man den Ersatz von Zügen, die heute noch verkehren und deren Nutzungszeit jetzt um 10 Jahre verlängert wird) und zu gering bemessen³. Anstatt in umwelt- und klimaschonende Verkehrsträger flossen große Teile des deutschen Konjunkturpaketes in die Abwrackprämie. Gemäß Allianz pro Schiene⁴ befindet sich Deutschland bei den Pro-Kopf Investitionen in die Schieneninfrastruktur unter neun ausgewählten Staaten auf dem letzten Platz in Europa.

Deutschland und China lassen sich allerdings aus verschiedenen Gründen nur bedingt vergleichen: In der weitgehend autokratisch geführten

Volksrepublik bestimmt die Partei per Fünf-Jahres Plan über Infrastrukturmaßnahmen. Konsultationsverfahren mit der Öffentlichkeit oder die Möglichkeit, Einspruch zu erheben, existieren kaum im Reich der Mitte. Planfeststellungsverfahren werden (nicht wie bei uns in Jahren oder gar Jahrzehnten sondern) in wenigen Monaten durchgeführt. Zudem gibt es in China keinen privaten Landbesitz in unserem Sinne. Alles Land gehört per Verfassung der Volksrepublik. Bauern oder die lokale Bevölkerung sind keine Eigentümer, sondern sie haben die Flächen vom Staat quasi „geleast“. Peking braucht also nicht erst umständlich das Land erwerben. Auch gibt es in China kaum Proteste gegen ein staatliches Bauvorhaben.

Anders stellt sich dies in Hong Kong dar. Die ehemalige britische Kronkolonie genießt eine gewisse Autonomie und hat eigene Gesetze. Hier wird gerade ein lediglich 26 km langes Teilstück des Guangzhou-Shenzhen-Hong Kong Express Rail Link gebaut. Dieses soll 2016 den Abschluss des 2.229 km langen HGV-Korridors von Peking über Wuhan und Guangzhou nach Hong Kong bilden (das entspricht der Entfernung zwischen Lissabon und Berlin). Anders als im restlichen China gibt es hier massive Proteste von Dorfbewohnern, die (trotz Entschädigungszahlungen) gegen eine Zwangsumsiedlung protestieren. Das Projekt wurde dadurch bisher um Monate zurückgeworfen.

Blick auf das derzeitige System

Das gewaltige Ausmaß der chinesischen Pläne und die Geschwindigkeit, mit der sie umgesetzt werden, kann nur als atemberaubend bezeichnet werden. Schon heute ist dieses Netz mit 8.385 km Länge (Stand Dezember 2010) größer als alle HGV-Strecken von Japan (2.534 km), Spanien (2.056 km), Frankreich (1.896 km) und Deutschland (1.285 km) zusammen. Und man hat noch mehr vor: Bis Anfang 2012 soll das Streckennetz um weitere immense 4.600 km auf dann gut 13.000 km erweitert werden. Bis 2015 sind sogar über 16.000 km Streckennetz anvisiert.⁵

Grob skizziert ist das chinesische Hochgeschwindigkeitsnetz ein Raster aus vier Nord-Süd und vier Ost-West Verbindungen. Diese sollen im

Endausbau alle wichtigen Städte in der Volksrepublik miteinander verbinden.

Anders als im dezentralen Deutschland werden diese Bahnstrecken so geplant, dass HGV-Züge durchgehend mit Betriebsgeschwindigkeiten zwischen 250 und 350 km/h fahren können. So wird auf der 968 km langen Strecke zwischen Wuhan und Guangzhou eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 313 km/h erzielt.

Mit der für Ende Juni 2011 erwarteten Eröffnung der HGV-Strecke von Peking nach Shanghai wird sich dies sogar noch weiter steigern. Um eine akzeptable Alternative zum Flugzeug zu bieten, sollen die beiden größten und wirtschaftlich bedeutendsten chinesischen Metropolen in unter vier Stunden Fahrzeit miteinander verbunden werden. Die Züge werden dafür auf der 1.318 km langen Strecke mit bis zu 380 km/h verkehren. Damit wird die Strecke Peking-Shanghai zur schnellsten Eisenbahnverbindung der Welt aufsteigen (zum Vergleich: In Deutschland bewältigt der ICE die knapp halb so lange Strecke von München nach Hamburg (776km) in fünf Stunden und vierzig Minuten).

Schließlich noch ein Blick auf die Schienenfahrzeuge, die im HGV in China unter der Marke CRH (China Railway High Speed) verkehren. Sie sind allesamt von ausländischen Herstellern konzipiert. Insgesamt gibt es sieben verschiedene Typen (CRH 1 bis 5, CRH 380 A und B), die auf Fahrzeugen von Bombardier, Siemens, Alstom und auf dem japanischen Shinkansen basieren.



Christian Schwarzer/ Manfred Treber

Christian Schwarzer arbeitet für die Naturschutzjugend; Manfred Treber ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch.

¹ vgl. *China macht ernst mit Klimapolitik in Klima-Kompakt, Germanwatch Dezember 2010: <http://www.germanwatch.org/kliko/k69.pdf>*

² Vgl. *China's amazing new bullet train http://money.cnn.com/2009/08/03/news/international/china_high_speed_bullet_train.fortunelindex.htm?postversion=2009080610*

³ Vgl. Hecht, M. (2011): *Deutschland: Wir haben ein (Verkehrs-)Problem. TU intern Nr. 1 – Januar 2011, S.8f*

⁴ *Investitionen in die Schieneninfrastruktur im europäischen Vergleich, vgl. <http://www.allianz-pro-schiene.de/infrastruktur/europavergleich-schieneinvestitionen/>*

⁵ *Aussagen des chinesischen Eisenbahnministers Liu Zhijun auf einer Fachkonferenz am 5.1.2011, vgl. http://www.shanghaidaily.com/sparticle/2011/201101/20110105/article_460727.htm*

Gesellschaftlicher Fortschritt?

Der Weg in die Zukunft geht nicht geradeaus

Seit Jahren wird darüber diskutiert, dass Lebensqualität und Lebenszufriedenheit der Menschen nur noch wenig wachsen, wenn ein bestimmtes Wohlstandsniveau erreicht ist. Solche Erkenntnisse schlagen sich in der Degrowth-Bewegung, aber auch in der weltweiten Suche nach neuen Indikatoren für gesellschaftlichen Fortschritt nieder. 2008 haben OECD, UNDP, UNICEF, die EU und andere Organisationen das 'Global Project on Measuring the Progress of Societies' konstituiert und die Weltgesellschaft zur Beteiligung aufgerufen.

Die sog. Stiglitz-Kommission

In diesem Kontext hat Präsident Sarkozy schon 2008 eine Kommission eingesetzt, die sich vornahm, Indikatoren für ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaften zu definieren. Sie wurde vom US-amerikanischen Nobelpreisträger Joseph Stiglitz geleitet und vom indischen Nobelpreisträger Amartya Sen beraten. Ihr Bericht vom Herbst 2009 (Report.. on the Measurement of Economic Performance and Social Progress) war der Impuls für die Einsetzung nationaler Expertengremien in mehreren Ländern im europäischen Umfeld.

Der Bericht empfiehlt dringend, im Hinblick auf Indikatoren für zukunftsfähiges Wirtschaften von der üblichen Fokussierung auf die Güterproduktion abzurücken. Mindestens ebenso wichtig wie das Wachstum materiellen Wohlstands sei die Stärkung des Bereichs der personenbezogenen Dienstleistungen innerhalb und außerhalb der Marktökonomie.

Die Kommission, der mit Nancy Folbre und Bina Agarwal zwei renommierte feministische Ökonominen angehörten, plädierte für die Erweiterung des Begriffs der Nachhaltigkeit. Well-Being, d.h. Lebensqualität und Lebenszufriedenheit als übergeordnetes Ziel wirtschaftlichen Handelns erfordere ökonomische Teilhabe,

daneben spielten jedoch auch außerökonomische Faktoren eine wichtige Rolle. Die Individuen müssten darin unterstützt werden, ihre persönlichen Fähigkeiten und Kompetenzen zur Entfaltung zu bringen.

Nach Meinung der Kommission beruht der gesellschaftliche Fortschritt auf der Balance in der Ausstattung einer Gesellschaft mit Natur-, Sach- Human- und Sozialkapital. Nachhaltigkeit bedeute, diesen ‚Kapitalstock‘ in vollem Umfang an zukünftige Generationen weiterzugeben.

Die Enquête-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Die Enquête-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft, die deutsche ‚Fortschrittskommission‘ hat im Januar 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Anspruch ist in mehrfacher Hinsicht ein anderer als der ihrer französischen Vorreiterin. Allein die Zusammensetzung des von den im Bundestag vertretenen Parteien kooptierten Expertengremiums lässt vermuten, dass die traditionellen Muster ökonomischen Handelns nicht zur Debatte stehen. Unter den Experten findet sich keine einzige Expertin.

Soziale Marktwirtschaft auf dem Fundament des Wirtschaftswunders nach dem 2. Weltkrieg („Wohlstand für alle“) bekennt sich nach wie vor zu den Prinzipien industriellen Wirtschaftens zwischen Produktion und Konsum von Sachgütern. Nur zögerlich verbindet man in unserem Land gesellschaftlichen Fortschritt mit sozialer neben technischer Innovation. Experten attestieren Deutschland bis heute einen Nachholbedarf im Ausbau öffentlich verantworteter sozialer Infrastruktur.

In den bisher vorliegenden Anträgen und Beschlüssen der deutschen Fortschrittskommission fehlt der Hinweis auf die Rolle von Human- und Sozialkapital in einem zukunftsfähigen Modell von Nachhaltigkeit. Auch die wachsende Bedeutung von Dienstleistungen bzw. der Care Ökonomie in entwickelten Volkswirtschaften wird nicht erwähnt. Erst recht bleibt der außerökonomische Bereich von Haushalt und Familie ausgeblendet. Das Konzept der geforderten Generationengerechtigkeit versteht sich ohne Bezug auf Sorgetätigkeiten.

Spontaner Protest

Nach dem Bekanntwerden der Details für die neue Enquête-Kommission regte sich spontaner Protest in den Netzwerken von Frauen in Organisationen, Umweltverbänden und in der Wissenschaft. Offene Briefe und Appelle sind bereits verschickt oder in Vorbereitung.

<http://www.attac-netzwerk.de/gender-ag> / <http://www.koelnagenda.de/frauenf>



Elisabeth Stiefel

Die Autorin ist Mitglied der AG Frauen des Forums U&E und des FrauenForums der KölnAgenda e.V. Sie ist darüber hinaus eingebunden in verschiedene Netzwerke der Feministischen Ökonomie wie der International Association for Feminist Economics (IAFFE) und dem European Network for Gender Budgeting (EGBN).

Veranstaltungen / Termine

Erneuerbare Energien: Ambivalenzen, Opti- mierungsprobleme, Anwendungsfragen

Tagung

11.-12. April 2011

Hofgeismar

Erneuerbare Energien stehen in Kritik: Bioenergie wegen des Verbrauchs potentieller Nahrungsmittel oder der Nutzung von Flächen, die ihrer Produktion dienen könnten; Windenergie aus Gründen der Ästhetik und des Naturschutzes; Geothermie aufgrund ihrer vermuteten Sicherheitsrisiken etc. Generell werden hohe Kosten, mangelnde Versorgungssicherheit und technische Unwägbarkeiten als Einwände vorgebracht. Ebenso sind die Fragen des optimalen Mix und der Optimierung der Verteilungs- und Verbrauchsinfrastruktur sowie der Rolle von Effizienz und Suffizienz noch offen. Die Tagung bietet einen Überblick über den aktuellen Stand ausgewählter Probleme und ihrer rechtlichen Regulierbarkeit.

Das detaillierte Programm ist unter <http://www.ekkw.de/akademie.hofgeismar/tagungen.htm> abrufbar.

Informationen:

Dr. Herwig Unnerstall

Evangelische Akademie

Hofgeismar

Gesundbrunnen 8-11

34369 Hofgeismar

Telefon: 05671/881-119

E-Mail: Herwig.

Unnerstall@ekkw.de

www.akademie-hofgeismar.de

Tagungsgebühr: ab 70 Euro

16. Tag der Erneuer- baren Energien 2011

Aktionstag

30. April 2011

Bundesweit

Dass die Entwicklung zur Nutzung der erneuerbaren Energien und die Umsetzung noch nicht am Ende sind, ist im letzten Jahr deutlich geworden. Was aber jetzt schon möglich ist, das zeigen unzählige Anlagenbetreiber am 30. April 2011 vor Ort. Sie haben ihre Anlagen

geöffnet, um die Nutzung der unerschöpflichen Solarenergie zu verdeutlichen. Dabei sind die Nutzungsformen sehr unterschiedlich: Das Spektrum reicht von Solarthermie- und Photovoltaikanlagen über Wind- und Wasserkraftanlagen bis zu Biomasseheizungen, Pflanzenölnutzungen. Auch effiziente Anlagen wie Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen oder besonders energieeffiziente Häuser sind an diesem einheitlichen Umwelttag zu besichtigen.

Da an diesem Tag viele verschiedene alternative Energienutzungsanlagen geöffnet haben, kann sich jeder das für seine Bedingungen optimale Projekt oder Prinzip auswählen. Es werden auch wieder verschiedene Begleitveranstaltungen wie Vorträge, Diskussionsrunden, Besichtigungsfahrten und Messen angeboten.

Informationen:

Stadtverwaltung Oederan

Markt 5

09569 Oederan

Telefon: 03 72 92 1 27 -162

E-Mail: tee-info@oederan.de

www.oederan.de

www.energietag.de

Nutztierhaltung in der Zukunft

Kolloquium

03.-04. Mai 2011

München

Im Zentrum des Interesses der Internationalen Gesellschaft für Nutztierhaltung (IGN) steht die artgemäße Nutztierhaltung und deren wissenschaftliche Fundierung insbesondere durch ethologische, neurobiologische und ethische Erkenntnisse. Nicht zuletzt die Debatte über den weltweiten Klimawandel und die Rolle der Landwirtschaft als einer der Mitverursacher der globalen Klimaveränderungen hat Umweltaspekte der landwirtschaftlichen Produktion wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung gerückt. Als besonders problematisch gelten die durch die landwirtschaftliche Tierhaltung entstehen-

den Emissionen klimaschädlicher Gase. Zu befürchten ist, dass aus (vermeintlichen) Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes ausgerechnet besonders tierfreundliche und ökologisch sinnvolle Haltungssysteme zurückgedrängt werden, Tier- und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt werden.

Vor diesem Hintergrund soll es in dem Kolloquium „Nutztierhaltung in der Zukunft - Verantwortung für Tiere, Umwelt und Klima“ vorrangig um die Frage gehen, wie Tierhaltungssysteme beschaffen sein müssen, um relevante Emissionen zu reduzieren. Darüber hinaus soll aber auch diskutiert werden, wie die Landwirtschaft und insbesondere die Tierhaltung unter quantitativen wie qualitativen Aspekten in Zukunft zu gestalten ist, damit – unter Berücksichtigung hoher Tierschutzstandards – klimawirksame Emissionen reduziert und damit eine Schonung von Klima und Umwelt erreicht werden kann. Wie lassen sich die Ziele des Tierschutzes mit den denen des Klima- und Umweltschutzes in Einklang bringen?

Informationen:

Dr. Manuel Schneider,

Projektbüro !make sense!

Waltherstr. 29

80337 München

Tel.: 089/767589-55

E-Mail: info@make-sense.org

Tagungskosten: 30

Euro (15 Euro)

Woche der Sonne 2011

Aktionswoche

6. bis 15. Mai 2011

Bundesweit

Solarbegeisterte können sich auch in diesem Jahr vom 6. bis 15. Mai mit eigenen Veranstaltungen an der Woche der Sonne beteiligen. Die Solarkampagne wird 2011 bereits zum fünften Mal vom Bundesverband Solarwirtschaft e.V. (BSW-Solar) als zentrales Ereignis zum Start der Solarsaison organisiert. Ziel der bundesweiten Kampagne ist es, das öffentliche Interesse für die Solarenergie zu steigern und allen Interessierten die Gelegenheit zu geben, sich auf den vielfältigen Veranstaltungen vor Ort über die Möglichkeiten der privaten Nutzung der Sonnenenergie und die Chancen einer so-

laren Energieversorgung zu informieren.

Das Konzept ist denkbar einfach: Egal ob Handwerker, Kommune, Solarinitiative, Bank oder Energieberater, jeder, der in der Aktionswoche vom 6. bis 15. Mai eine Veranstaltung zum Thema Solarenergie durchführt, kann sich als Veranstalter registrieren und damit an der Woche der Sonne teilnehmen. Jeder, der vor Ort im Rahmen der Woche der Sonne eine Solarveranstaltung durchführt, erhält die kostenlosen Aktionszeitungen und ein Aktionspaket, mit denen er herstellerneutral über die Vorteile der Solarenergie informieren kann. Dazu gibt es Tipps zur Veranstaltungsplanung und zur Durchführung erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit mit Musterpresstexten und Checklisten zu gelungener Pressearbeit. Ob Tage der offenen Tür, Solarfeste, Vortragsveranstaltungen oder Solarberatertage – der Kreativität der Akteure sind bei der Planung ihrer Veranstaltung keine Grenzen gesetzt.

Informationen:

BSW - Bundesverband

Solarwirtschaft e.V.

c/o Woche der Sonne

Stralauer Platz 34

10243 Berlin

Tel.: 030 29 777 88 0

E-Mail: [info@woche-](mailto:info@woche-der-sonne.de)

[woche-der-sonne.de](http://www.woche-der-sonne.de)

www.woche-der-sonne.de

Klimawandel und Biodiversität – Fol- gen für Deutschland

Tagung

19.-20. Mai 2011

Frankfurt

„Klimawandel und Biodiversität – Folgen für Deutschland“ soll einen breiten Informationsaustausch über die Auswirkungen des Klimawandels auf Biodiversität, Ökosysteme und Ökosystemdienstleistungen ermöglichen und bietet eine Plattform für Kommunikation und Wissenstransfer.

Im Fokus der Tagung steht die aktuelle Situation für alle relevanten Lebensräume sowie Kurzfrist- und Langfrist-Trends, unter besonderer Berücksichtigung von Unsicherheiten. Dabei werden Forschungs-, Informations- und Handlungsbedarfe identifiziert und

Handlungsempfehlungen für Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt.

Als Ergebnis der Tagung erscheint in der zweiten Jahreshälfte 2011 ein Statusbericht für Deutschland.

Teilnehmer sind die Berichtsautoren und Vortragende sowie interessierte Gäste aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.

Informationen:
Dr. Julia Krohmer
Biodiversität und Klima
Forschungszentrum (BiK-F)
Telefon: 069 75421837
E-Mail: jkrohmer@senckenberg.de
www.bik?f.de/biodivmai2011

Jenseits des Wachstums?!

Kongress
20.-22. Mai 2011
Berlin

Wirtschaftswachstum wird weltweit als universales Rezept gegen ökonomische Probleme jeglicher Art angepriesen. Angesichts des Klimawandels, unsicherer Arbeitsplätze, der Zerstörung der Umwelt, der Umverteilung von den Armen zu den Reichen wird deutlich, dass dieses alte Rezept nicht funktioniert. Attac will auf diesem Kongress gemeinsam mit Bündnispartnern nach neuen Antworten für die drängenden Krisen unsere Zeit suchen - Antworten, die jenseits des Wachstumswahns liegen.

Vom 20.-22. Mai 2011 diskutieren in der TU in Berlin über 100 ReferentInnen in über 70 Veranstaltungen mit den TeilnehmerInnen darüber, wie eine "Postwachstumsökonomie", eine Wirtschaft jenseits des Wachstums, aussehen könnte, welche Hindernisse es auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft ohne Wachstum zu überwinden gibt und warum Umverteilung ein zentraler Bestandteil einer nicht wachsenden Wirtschaft sein muss. Neben Diskussionen in Podien, Foren und Workshops sind auch künstlerische Aktionen vorgesehen, die die Frage nach der Veränderbarkeit der Gesellschaft und unserer eigenen Wünsche auf eine andere Art thematisieren. Zur Eröffnung werden Vandana Shiva (Indien) und Alberto Acosta

(Ecuador) über die Notwendigkeit einer Gesellschaft jenseits des Wachstums sprechen.

Informationen:
info@jenseits-des-wachstums.de
www.jenseits-des-wachstums.de

16. Umweltfestival der Grünen Liga

Festival
05. Juni 2011
Berlin

Am 5. Juni 2011 veranstaltet die Grüne Liga zum 16. Mal das Umweltfestival am Brandenburger Tor. Gemeinsam mit über 200 AusstellerInnen, darunter Firmen, Verbände, Initiativen und Einzelpersonen aus ganz Deutschland, wird die ganze Bandbreite des Umwelt- und Naturschutzes präsentiert.

Unter dem Motto "Klimaschutz bewegt!" wird in diesem Jahr die ganze Vielfalt umweltfreundlicher Mobilität – vom grünen Wanderweg durch die Stadt bis zum Fahrrad und vom alternativen Fahrzeugantrieb bis zum Nah- und Fernverkehr präsentiert.

Ab Mittag kommen auch die Teilnehmer der Fahrradsternfahrt des ADFC hinzu, der auch in diesem Jahr mit über 100.000 Teilnehmern rechnet. Weitere Highlights auf dem Umweltfestival werden sein: Kulinarisches aus ökologischem Anbau, viel Unterhaltung für die Familie, Straßentheater und Livemusik auf zwei Bühnen.

Aussteller finden unter: www.umweltfestival.de Anmeldeformulare und Informationen.

Informationen:
Grüne Liga Berlin e.V.
Grünes Haus
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
E-Mail: berlin@grueneliga.de
www.umweltfestival.de

Vision 2030 – Geschichte und Zukunft des Eine Welt-Engagements

Konferenz
17.-18. Juni 2011
Münster

Das Eine Welt Netz NRW lädt in diesem Jahr zu einer ganz besonderen Landes-

konferenz ein. Unter dem Titel „Vision 2030 – Geschichte und Zukunft des Eine Welt-Engagements“ findet die 15. Eine-Welt-Landeskonferenz in der katholisch-sozialen Akademie Franz Hitze Haus in Münster statt.

Neben inhaltlichen Impulsen und Neuigkeiten für die Eine Welt Arbeit geht es in diesem Jahr um eine längere Zeitperspektive: Was ist in NRW in den letzten 20 Jahren in der Eine Welt-Arbeit passiert? Was hat das Eine-Welt-Engagement bewirkt? Welche Meilensteine gab es und aus welchen Fehlern kann gelernt werden? Doch es soll nicht nur den Blick zurückgeben. Der Titel „Vision 2030“ setzt eine klare Priorität auf den Blick nach vorne: Wie sehen Nord-Süd-Beziehungen im Jahr 2030 aus? Welche neuen Akteure und Bündnisse spielen eine Rolle? Und wie kann und muss die Eine-Welt-Bewegung auf Zukunftstrends reagieren?

Bewährte Kooperationspartner der Konferenz sind das UNEP/Wuppertal Institut Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production (CSCP) sowie die katholisch-soziale Akademie Franz Hitze Haus.

Die RednerInnen und DiskussionspartnerInnen bringen viele Jahre Erfahrung aus der Eine Welt-Arbeit mit. Zugesagt hat z.B. bereits Denis Goldberg, der sich viele Jahre gegen die Rassentrennung in Südafrika engagierte, sowie Klaus Milke von Germanwatch, der auch die Kampagnen gegen die Verschuldung der Entwicklungsländer mitkonzipierte. Den Entwicklungspolitischen Überblick vermittelt Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik.

Programm siehe www.eine-welt-netz-nrw.de, Anmeldungen unter www.franz-hitze-haus.de, Tagungs-Nr.: 11-817 WT

Informationen:
Jens Elmer
Eine Welt Netz NRW
Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Tel.: 0251 28 46 69- 18
jens.elmer@eine-welt-netz-nrw.de
www.eine-welt-netz-nrw.de
Tagungsbeitrag: 40-60 Euro

Verantwortlich wirtschaften - nachhaltig entwickeln: Neue Wege für Volkswirtschaften?

21.-22. Juni 2011
Fachtagung
Eschborn

Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels und knapper Ressourcen stellt sich die Frage nach einem zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Die Ausrichtung von Volkswirtschaften auf umweltfreundliche Produktions-, Handels- und Konsummuster ist die Basis für nachhaltiges Wachstum. Inwieweit dieser Entwicklungspfad Armut reduziert und den Wohlstand weltweit fördert und langfristig sichert, steht unter dem Schlagwort „Green Economy“ auch im Fokus des UN-Gipfels Rio+20 im Jahr 2012.

Wie lassen sich Ressourceneffizienz, Umwelt- und Klimaschutz in Einklang mit wirtschaftlichem Wachstum bringen? Was ist nötig, um Interessenskonflikte zwischen Nord und Süd sowie zwischen globalen Gremien, einzelnen Staaten und der Bevölkerung auszuhandeln? Welche Innovationen und Technologien braucht es, um Lebensqualität zu sichern ohne gleichzeitig ihre Grundlage zu zerstören? Unter dem Titel „Verantwortlich wirtschaften – nachhaltig entwickeln: Neue Wege für Volkswirtschaften?“ werden die Chancen und Herausforderungen eines Strukturwandels hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft diskutiert.

Wir laden Sie ein, sich im Rahmen der Eschborner Fachtagung 2011 unter dem Blickwinkel der Internationalen Zusammenarbeit mit anderen Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu diesen Fragen auszutauschen.

Informationen:
Christian Schwartz
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
Tel.: +49 69 247065-12
E-Mail: eschborner-fachtagung@giz.de





Ich kann den Klimawandel spüren

Klimawandel und China: Zivilgesellschaftliche Perspektiven - Im Jahr 2007 begannen chinesische zivilgesellschaftliche Organisationen, sich für eine Begrenzung des Klimawandels und für eine Anpassung an dessen Folgen einzusetzen. Sie fördern sowohl grüne Technologien als auch einen nachhaltigen Lebensstil. Sie bilden Netzwerke. Ihre Zahl wächst. Sie arbeiten eng mit US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen zusammen. Die europäisch-chinesische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit aber steckt noch in den Kinderschuhen.

Die Broschüre „Ich kann den Klimawandel spüren“. Klimawandel und China: Zivilgesellschaftliche Perspektiven“ bietet einen Einblick in die Arbeit chinesischer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Indem sie dies tut, beschreibt sie implizit, wie sich China in diesen Tagen wandelt.

Veröffentlicht von der Werkstatt Ökonomie in Zusammenarbeit mit „EU-China: Civil Society Forum“. Dezember 2010, 44 Seiten

Bezug:
Werkstatt Ökonomie e.V.
Obere Seegasse 18
69124 Heidelberg
Telefon 0 62 21 / 4 33 36-0
E-Mail [info\[at\]woek.de](mailto:info[at]woek.de)
<http://www.eu-china.net>
5 €

Zivilisierung des Klimaregimes

Eine immer wieder auch vom Scheitern verfolgte Klimapolitik zeigt nicht nur die

Handlungsgrenzen der Staatengemeinschaft auf. Auch die Strategie der ‚konfliktiven Kooperation‘ mit den Staaten, wie sie von NGOs lange schon praktiziert wird, ist an Legitimations- und Glaubwürdigkeitsgrenzen gestoßen. In Reaktion darauf betreten neue, transnational vernetzte soziale Bewegungen die Bühne der internationalen Politik. Die politische Gemengelage wird unübersichtlicher. Wie sehen die transnationalen Beziehungen der zivilgesellschaftlichen Akteure aus NGOs, Bewegungen oder außerparlamentarischen Initiativen aus? In welchem Diskurs- und Handlungskontext bewegen sie sich, wie ist ihr Verhältnis zum Staat und zur Privatwirtschaft, welche Themen werden in den Fokus gestellt und welche Forderungen oder Lösungsansätze haben die ‚alten‘ wie die ‚neuen‘ zivilgesellschaftlichen Akteure? Auf diese Fragen gibt das vorliegende Buch, herausgegeben von Achim Brunnengräber, Antworten. Es wendet sich der übergreifenden Frage zu, ob im ‚globalen Dorf‘ der Zivilgesellschaft Unterstützung für das geleistet werden kann, was in der internationalen Politik bisher nicht gelungen ist: die große Transformation des Energiesystems in Richtung einer nachhaltigen, klimaverträglichen Zukunft. Eine Zivilisierung des Klimaregimes scheint dafür unerlässlich.

Bezug:
VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Tel.: 0611 / 78 78 - 0
E-Mail springerfachmedien-wiesbaden@springer.com
ISBN 978-3-531-18086-1, 273 Seiten
34,95 €

Chinas Landwirtschaft und Ernährung im Blick

Mit der Veröffentlichung der Broschüre „Landwirtschaft in China: Zwischen Selbstversorgung und Weltmarktintegration“ hat sich die Asienstiftung in Zusam-

menarbeit mit dem EU-China Civil Society Forum eines vernachlässigten Themas angenommen: Denn angesichts des Aufstiegs zur globalen Wirtschaftsmacht wird oft übersehen, dass China nach wie vor auch noch ein Agrarland ist und die landwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte ebenfalls ausgesprochen erfolgreich war.

China kann seine inzwischen 1,3 Milliarden Einwohner weitgehend selbst ernähren, gleichzeitig steigen die Exporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse und das Auslandsengagement chinesischer Agrarunternehmen.

Die von Uwe Hoering erstellte Broschüre geht den folgenden fünf Fragen nach: Die Rolle der Landwirtschaft im chinesischen Reformprozess, das Konfliktfeld ländlicher Raum, Ernährungssicherheit, Chinas Landwirtschaft und Ernährung global.

Bezug:
Asienhaus
Bullmannau 11
45327 Essen
Tel.: 0201. 83038-38
vertrieb@asienhaus.de
Download unter:
http://www.eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/eu-china_2010_landwirtschaft_in_china.pdf
5 Euro plus Versandkosten

Wie radioaktiv ist meine Bank?

In der neuen Verbraucherbroschüre: „Wie radioaktiv ist meine Bank?“ hat die Organisation Urgewald Finanzdienstleistungen elf deutscher Banken für die internationale Atomindustrie untersucht: von der Kreditvergabe bis zur Ausgabe und dem Besitz von Anleihen und Aktien.

„Während die Banken gerne und umfassend über ihr Engagement bei den Erneuerbaren reden, schweigen sie sich aus zu ihrer Finanzierung für die Atomindustrie. Dieses ‚Atomgeheimnis‘ wollen wir mit unserer Studie lüften,“ erklärt Heffa Schücking, Geschäftsführerin von urgewald. Gemeinsam mit internationalen Umweltorganisationen wählte urgewald 80 der weltweit wichtigsten Atomunternehmen aus und ließ

untersuchen, welche Banken diesen Konzernen Geld geben. Die Ergebnisse für die deutschen Banken liegen nun erstmals gesammelt vor. Platz Eins belegt die Deutsche Bank, die zwischen 2000 und 2009 die Atomindustrie mit 7,8 Mrd. Euro unterstützt hat. Ihr folgen die Commerzbank mit 3,9 Mrd. Euro und die UniCredit/Hypovereinsbank mit 2,3 Mrd. Euro Unterstützung.

Die Broschüre gibt Verbrauchern die Möglichkeit, gezielt zu prüfen, ob und welche Atomunternehmen ihre Bank finanziell unterstützt hat. Neben der ‚Negativrecherche‘ zeigt die Broschüre aber auch Alternativen auf: Banken, die Atomfinanzierungen explizit ausschließen.

Bezug:
Urgewald
Von Galen Str. 4
48336 Sassenberg
Tel.: 02583/1031
Fax: 02583/4220
www.urgewald.de
4,50 €

Ausgepowert - Das Ende des Ölzeitalters als Chance?

Die Gesellschaft, wie wir sie kennen, basiert auf billiger Energie. Doch das Zeitalter der billigen Energie steht vor seinem Ende. Die Gewinnung von Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran wird immer aufwändiger und der Klimawandel und andere Umweltprobleme zwingen uns, diese Energieträger aufzugeben. Das kann verheerende Folgen haben. Oder es kann eine Chance sein. Im Zentrum jeder Energie-debatte, die sich nicht auf das Technische beschränkt, müsste heute die Frage stehen, wie eine Gesellschaft aussehen könnte, die mit weniger -- und anderer -- Energie auskommt, als wir es im 20. Jahrhundert konnten. Wir können angesichts der Energieprobleme nicht einfach die Glühbirnen raus-schrauben, Sparlampen rein-drehen und weiter machen wie bisher.

Eine Debatte, die nur über alternative Formen der Energiebereitstellung diskutiert, über Potenziale, CO2-Bilanzen und Vor- und Nachteile von Sonne und Wind, Öl und Atom, ver-

passt es, über alternative Wege zu sprechen, die eine Gesellschaft gehen könnte. Sie verpasst die Frage, die im Kern aller Politik stehen müsste: In was für einer Welt wollen wir leben? Das Buch „Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance?“ von Marcel Hänggi, herausgegeben von der Schweizerischen Energie-Stiftung erscheint im April 2011 ca. 340
 Bezug:
 Rotpunktverlag Zürich
 www.rotpunktverlag.ch
 ISBN 978-3-85869-446-1, ca. 320 Seiten
 ca. Fr. 36.- / 24,- €

Die neue Jagd nach Ressourcen

Die EU geht neue Wege, um ihren Unternehmen und Investoren den Zugang zu Rohstoffen in Entwicklungsländern zu erleichtern.



Der vorliegende Bericht zeigt, dass sich bereits die gegenwärtige Politik der EU äußerst negativ auf Entwicklungsländer auswirkt. Sollten die neuen Vorschläge der EU Erfolg haben, könnte sich die Situation noch verschärfen. Denn die geplanten Maßnahmen würden Entwicklungsländern wichtige politische Instrumente nehmen, mit denen sie bisher ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung wirksam lenken können. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen durch europäische Unternehmen zunehmen werden. Schlimmstenfalls führt die EU-Strategie zu einem Ressourcenraub, der die Entwicklungsländer in eine neue Spirale der Armut treiben wird.

Die Rohstoffinitiative wird von europäischen Unternehmen bestimmt, die sich einen günstigen Zugang zu Rohstoffen sichern wollen. Sie lenkt damit von den eigentlich wichtigen Zielen ab: Die Reduzierung des übermäßigen Ressourcenverbrauchs in Europa und die Förderung eines gerechten globalen Systems zur nachhaltigen Nutzung der weltweiten Ressourcen. Herausgegeben wurde die Broschüre gemeinsam von WEED e.V., Oxfam Deutschland e.V., Traidcraft Exchange, Comhlamh und AITEC, Autor ist Marc Curtis.
 Bezug:
 Download unter <http://www.weed-online.org/themen/4313669.html> oder Bestellung unter weed@weed-online.org
 ISBN: 978-3-937383-70-5, 40 Seiten
 Kosten: Bezahlung der Versandkosten

Hunger im Überfluss

Noch immer hungert jeder sechste Mensch auf der Welt und die Preise für Nahrungsmittel sind in den letzten Jahren rasant angestiegen. Dies führt nicht nur dazu, dass sich die Zahl der Hungernden weiter erhöht, sondern hat auch soziale und politische Verwerfungen zur Folge. Auch die Unruhen in der arabischen Welt sind mitversucht von der Wut über teure Lebensmittel. Gleichzeitig werden so viele Nahrungsmittel produziert, wie nie zuvor. Doch wie kann eine Landwirtschaft jenseits des industriellen Agrarmodells eine steigende Weltbevölkerung ausreichend ernähren, ohne unsere Lebensgrundlage zu zerstören? Antworten auf diese Fragen sucht der Bericht zur "Lage der Welt 2011", der sich in diesem Jahr mit neuen Strategien gegen Unterernährung und Armut beschäftigt. „Hunger im Überfluss - Zur Lage der Welt 2011. Der Bericht des Worldwatch Institutes“, Band 28 der renommierten Reihe, ist soeben in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch erschienen.
 Bezug:
 Erhältlich im Buchhandel unter www.oekom.de oder bei Verlegerdienst

München GmbH
 Gutenbergstraße 1
 82205 Gilching
 Tel.: 081 05/388-577
 ISBN-13: 978-3-86581-241-4, 288 Seiten
 19,95 €



Engagement deutscher NROs im WASH-Sektor - Bestandsaufnahme und Ausblick

In der AG Wasser des Forum Umwelt & Entwicklung hatte sich im Nachgang des Internationalen Jahres der sanitären Grundversorgung 2008 (IYS) eine Initiative gebildet, welche unter dem Namen SanWat-Initiative an die positiven Entwicklung anzuknüpfen versucht, die im Rahmen des IYS angestoßen worden waren. Höhepunkte des IYS in Deutschland waren die Bundestagsdebatte zum IYS und das Sektorgespräch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Im Dialog mit anderen Netzwerken war den Initiatoren aufgefallen, dass die deutschen NROs nicht nur auf nationaler Ebene schlecht vernetzt sind, sondern auch international nicht sehr koordiniert auftreten. Einige andere Länder zeigen, dass es auch anders geht. So vertritt etwa das französische Netzwerk Coalition Eau die Interessen von über 20 französischen Organisationen national und international und sorgt für ein kohärentes Auftreten des französischen WASH-Sektors.

Vor diesem Hintergrund wurde Befragung durchgeführt, um herauszufinden, ob bei den deutschen NROs, die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind, Interesse an einem fachlichem Netzwerk für den gesamten WASH-Sektor besteht. Die Ergebnisse der Untersuchung sind in dieser Broschüre zusammengefasst.

Bezug:
 Forum Umwelt & Entwicklung
 Koblenzer Str. 65
 53173 Bonn
 Tel.: 0228-359704
 E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de



Kernfragen einer bedarfs- und praxisorientierten Klimafinanzierung- Hintergrundpapier

Angesichts der schwierigen Lage in den internationalen Klimaverhandlungen stellt sich die Frage, welche strategische Bedeutung sie und die Nord-Süd-Transfers in den nächsten Jahren für Minderung und Anpassung an den Klimawandel haben.

In diesem Kontext ist die Umsetzung von Finanzierungsversprechen in zweierlei Hinsicht fundamental: um die politische Glaubwürdigkeit der Industrieländer in den Verhandlungen wieder zu verbessern und um praktische Schritte auf dem Weg zu einer klimaverträglichen Entwicklung zu gehen.



Diese Studie konzentriert sich auf drei Fragen, die sich in der klimapolitischen Debatte für eine bedarfs- und praxisorientierte Klimafinanzierung stellen: Was bestimmt das Verhältnis zwischen Klima- und Entwicklungsfinanzierung (Kriterium der Zusätzlichkeit; Kapitel 2) Welche Lehren können aus der Entwicklungsfinanzierung gezogen und für eine wirksame Klimafinanzierung genutzt werden? Welche Finanzierungsarchitektur und -instrumente wären wünschenswert (Kriterien der Vorhersehbarkeit und Nachhaltigkeit; Kapitel 3)? Wie wird der (zusätzliche) Finanzierungsbedarf für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern berechnet; was kann über den Bedarf gesagt werden (Kriterium der Angemessenheit; Kapitel 4)? Auf Grundlage der Analyse

werden im Anschluss an jedes Kapitel Empfehlungen für politisches Handeln formuliert.

Bezug:
VENRO
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstrasse 201
D-53113 Bonn
Tel.: 0228 94677-0
E-Mail: sekretariat@venro.org
www.venro.org



30% - Warum Europa sein Klimaziele für 2020 höher stecken sollte

Die Studie vom Climate Action Network Europe belegt auf sehr eindrucksvolle Weise, wie sehr die europäische Wirtschaft von einer Erhöhung ihres CO₂-Reduktionsziels von 20 auf 30 Prozent bis 2020 profitieren würde. Eine Erhöhung der Klimaziele ist derzeit in Brüssel aber auch in der Bundesregierung umstritten. Das 30-Prozent-Ziel würde laut der Studie das Wirtschaftswachstum ankurbeln, neue Jobs schaffen, Innovationen fördern und zu mehr Energiesicherheit in der EU beitragen.

Unterlassener Klimaschutz, so die CAN-Studie, ist demgegenüber viel teurer. Allein durch einen Verfall der Preise für die Zertifikate im Emissionshandel könnte die EU zwischen 2013 und 2020 insgesamt 70 Milliarden Euro an Einnahmen verlieren. Deutschland allein drohen in diesem Zeitraum Einnahmeverluste von 15 Milliarden Euro.

Nachdem die Studie bislang nur auf Englisch erhältlich war, hat das Forum Umwelt & Entwicklung diese übersetzen lassen. Die deutsche Version ist als PDF-Datei online abrufbar unter www.klima-allianz.de.

Bezug:
Katharina Reuter
Die Klima-Allianz
Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Tel.: 030-6781775-72
www.klima-allianz.de

Transgene Pflanzen und Agrochemikalien

Pablo Paciuk kommt aus Paraguay. Der Filmautor verfolgt seit vielen Jahren, wie

sich sein Heimatland durch den Anbau von genmanipulierten Pflanzen immer mehr in eine Agrarwüste verwandelt. Doch die Agrarlobby ist mit den Medien und dem Staat so stark verflochten, dass es schier unmöglich ist, diese Entwicklungen transparent zu machen.

In Zusammenarbeit mit dem NABU ist nun ein Dokumentarfilm über 15 Jahre Gen-Soja-Anbau und die Situation in Südamerika entstanden. Pablo Paciuk hat mit den Menschen vor Ort gesprochen. Sie berichten von schweren Krankheiten, erhöhter Kindersterblichkeit und Unfruchtbarkeit - Fakten, die bisher verborgen blieben.

Der Film ist zu sehen unter:
<http://www.youtube.com/watch?v=gRD-wW5bALE>
NABUtv

Zukunftsfelder

Taufune, Trockenheit, steigender Meeresspiegel: Die Philippinen erleben die Folgen des Klimawandels. Wie überall auf der Welt müssen auch dort Bauern Anpassungsstrategien für die veränderten Bedingungen entwickeln. Die Bauern des



Netzwerkes MASIPAG tun dies, indem sie die Vielfalt ihrer Sorten und Kulturen erhöhen und sich unabhängig machen von teuren externen Inputs wie Düngern, Saatgut und Pestiziden. Sie züchten eigene angepasste Reissorten und stellen die Nahrungserzeugung für die eigene Familie vor den Profit.

Aber auch Wissenschaftler und Unternehmen suchen nach Lösungen, jedoch

meist mit hohem technischem Aufwand. Denn eines ist klar: Gebraucht wird eine neue, angepasste nachhaltige Landwirtschaft, dort und hier in Europa. Können wir von den philippinischen Bauern etwas lernen?

Der Dokumentarfilm „Zukunftsfelder - Philippinische Bauern im Klimawandel“ von U. Gröhn-Wittern, T. Przyrembel, S. Blessin wurde im September und Oktober 2010 auf den Philippinen in Zusammenarbeit mit dem Bauernnetzwerk MASIPAG gedreht. Gefördert von: MISEREOR, KEW, NUE

Informationen:
DVD, 45 Minuten, 2011, Deutsch
Die DVD kann bei der Agrar Koordination www.agrarkoordination.de bestellt werden.
15,00€ plus Porto

„Der Dieb des Lichts“ - Ein Film über den Traum von der ökologischen Wende

Ein kleines Dorf in den Weiten Kirgisistans liebt einen Mann – nicht irgendeinen Mann, sondern den örtlichen Elektriker Svet-Ake, den man überall nur den „Herrn Licht“ nennt. Der vierfache Vater hat ein o'enes Ohr – für den Herzschmerz der Dorfbewohner, ihren Ehefrust und ihre Lebenslust, doch vor allem für ihre Stromrechnung. Und das ist gut so, denn die Stromkosten in dem kleinen Dorf klettern in astronomische Höhen. Kaum kann sich noch jemand das Licht im Dunkeln leisten, geschweige denn sich sonst irgendwie über Wasser halten. Und so lässt Svet-Ake die Stromzähler der Nachbarn auch schon mal rückwärts laufen – bis er mit dem Gesetz in Konflikt gerät und seinen Elektriker-Posten verliert. Doch Herr Licht hält fest an einer kühnen Vision, die das Dorf aus der Misere führen und für zukünftige Generationen lebenswert machen soll: einen riesigen Windpark will er bauen. Doch die Unabhängigkeit hat ihren Preis. Um den Windpark realisieren zu können, muss sich Svet-Ake mit dem neuen Bürgermeister arrangieren, der mit einem windigen

Investor unter einer Decke steckt und dem es mehr um das eigene, als um das Wohl der Dorfbewohner geht. Kinostart ist der 14. April

Informationen:
Neue Visionen
Filmverleih GmbH
Schliemannstr. 5
D-10437 Berlin
Tel.: 030.44 00 88 44
E-Mail: info@neuevisionen.de
www.neuevisionen.de

Videoclips gegen Hunger und Armut

Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen. Davon lebt der Großteil auf dem Land. Gleichzeitig werden in Deutschland täglich Tonnen von Lebensmitteln weggeworfen. „Wie im falschen Film fühlt man sich da“, finden die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) und das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR. Mit ihrem bundesweiten Video-Podcast-Wettbewerb „Im falschen Film!? Podcasts gegen Hunger und Armut“ rufen sie Jugendgruppen, Schulklassen und Einzelpersonen auf, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Der Wettbewerb sucht Videoclips mit einer Länge zwischen einer und fünf Minuten. Die Filme sollen zeigen, was schief läuft, was sich ändern muss und welche Forderungen an Politik und VerbraucherInnen zu stellen sind. Begleitend zu dem Wettbewerb haben MISEREOR und KLJB die Broschüre „Wer spielt die Hauptrolle für Hunger und Armut in der Welt“ herausgegeben. Diese gibt Hintergrundinfos zu Fehlentwicklungen in der weltweiten Lebensmittelproduktion und Agrarpolitik und regt zum Recherchieren und Aktivwerden an.

Zu gewinnen gibt es für die zehn besten Filmteams ein Wochenende in Bonn mit Preisverleihung am Vorabend des Welternährungstages am 15. Oktober 2011, ein Wochenende in Hamburg zum Kurzfilmfestival sowie zahlreiche Sachpreise. Eine Jury aus Film, Politik und Entwicklungszusammenarbeit entscheidet über die Beiträge. Der Publikumspreis wird per Online-Abstimmung ermittelt.

Weitere Infos:
www.imfalschenfilm.de



Die Stimme der Zivilgesellschaft darf nicht fehlen: Diese Studie zeigt, wie wichtig die Vernetzung von NROs in den Arbeitsbereichen Wasser- /Sanitärversorgung und Hygiene ist.



**Engagement deutscher NROs
im WASH-Sektor**
Bestandsaufnahme und Ausblick



Forum Umwelt
und Entwicklung

zu bestellen bei:

Forum Umwelt & Entwicklung

Koblenzer Str. 65

53173 Bonn

info@forumue.de, www.forumue.de